

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

In dieser Onlineausgabe

Bernhard Richter

„Denken in Szenarien“ als Methode innovativer strategischer Planung (Teil 1)

Martin Pabst

Ist Algerien immun gegenüber dem arabischen Umbruch?

Heinz Brill

Die neue geopolitische Rolle der Türkei
„Strategische Tiefe“ als außenpolitisches Konzept?

Michael Paul

Konfrontation, Kooperation oder Kompromiss?
Russland und die Raketenabwehr?

Zusätzlich in der Printausgabe

Erwin A. Schmidl

Vor 75 Jahren: Der deutsche Einmarsch in Österreich im März 1938

Hans Krech

Sicherungsmaßnahmen und Spionageabwehr bei Al Qaida

Wolfgang Taus

Strategische Beziehungen USA - China

Michail Logvinov

Globale Energiesicherheit und globale strategische
Ressourcenlage bis 2035

sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik

„Denken in Szenarien“ als Methode innovativer strategischer Planung *) (Teil 1)

„Es kommt nicht darauf an, die Zukunft zu wissen,
sondern auf die Zukunft vorbereitet zu sein.“ (Perikles)



Bernhard Richter

Für die Menschen war es schon immer ein wichtiges Anliegen, in die Zukunft zu sehen. V.a. die politischen Eliten in jeder historischen Epoche waren bestrebt, die Zukunft zu kennen, um ihr Handeln so zu gestalten, dass ihre Reiche sicherer wurden und überlebten. Vom Orakel von Delphi im antiken Griechenland über Nostradamus in der Neuzeit bis heute versuchen die Menschen Informationen über die Zukunft zu erlangen. Jedoch ist die Zukunft eine Dimension, die wir nicht ergründen können.

Auch müssen die politischen Entscheidungsträger und die Planer auf politisch-strategischer Ebene eine Vorstellung von den bevorstehenden Herausforderungen und Entwicklungen haben, um die Sicherheitsarchitekturen und deren Instrumente zukunftstauglich auszurichten.

V.a. im sicherheitspolitischen Bereich ist die Notwendigkeit einer langfristigen, zukunftsfähigen Ausrichtung offensichtlich, da die Streitkräfte und andere Einsatzorganisationen relativ lange Planungshorizonte benötigen (aufgrund der hohen Kapitalintensivität und Lebensdauer von Großgerät etc.). Dazu sind (sowohl heute als auch schon in der Vergangenheit) jedoch Informationen über die Zukunft notwendig.¹⁾

Wie schon erwähnt, ist die Zukunft eine Dimension, die nicht erschließbar ist, und es gibt keine wissenschaftliche Disziplin, die es uns erlaubt, die Zukunft deterministisch vorherzusagen. Alle Zukunftsgedanken sind Bilder, die konstruktivistisch geprägt sind und auf gedanklichen, empirischen und statistischen Modellen beruhen. Wenn es keine Gewissheit über die Zukunft gibt, so sollte man sich vom Wunsch nach sicheren Aussagen über die Zukunft lösen und davon ausgehen, dass alle Aussagen über die Zukunft - insbesondere jene, die weit in die Zukunft reichen - mehr oder weniger falsch sind.²⁾

Strategische Entscheidungen basieren sehr oft auf quantitativen Prognosen und/oder impliziten Vorstellungen über die Zukunft. Dabei werden sehr häufig unterschiedliche Möglichkeiten zukünftiger Entwicklungen (z.B. der für das eigene Handeln relevanten Umfeld) betrachtet. Letztendlich legt man sich dann meist jedoch auf eine spezifische Zukunftsentwicklung (bzw. -vorstellung) fest, die wiederum der (strategischen) Entscheidung

zugrunde liegt. Diese Festlegung auf jene Zukunftsentwicklung, worauf die eigene Strategie optimiert werden soll, kann anhand unterschiedlicher Kriterien vorgenommen werden (z.B. die wahrscheinlichste Entwicklung, die für die eigene Organisation günstigste oder ungünstigste Entwicklung).³⁾

Strategische Planer und Entscheidungsträger mussten ihre meist sehr weitreichenden Entscheidungen schon immer unter hoher Ungewissheit zukünftiger Entwicklungen in komplexen Umfeldern treffen. Die These an dieser Stelle ist jedoch, dass in jüngerer Vergangenheit, insbesondere seit dem Ende des Kalten Krieges, sowohl die Ungewissheit als auch die Komplexität der Umfeldsysteme (sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik) stark zugenommen haben.

Das internationale System ist geprägt durch steigende Multipolarität und somit durch eine Vermehrung relevanter Akteure, eine steigende Bedeutung nichtstaatlicher Akteure (auch Gewaltakteure), eine steigende Vernetzung der Gesellschaften, Volkswirtschaften, Wertesysteme etc. Darüber liegt, sozusagen als Metatrend, die Globalisierung, die mit ihrer ungeheuren Kraft alle Lebensbereiche erfasst und zu einer starken Veränderungsdynamik des internationalen Systems beiträgt.

Aufgrund dieser zunehmenden Ungewissheit, Komplexität und Dynamik der Umfeld und Rahmenbedingungen erscheint an dieser Stelle die Erkenntnis, dass es die Zukunft schlechthin nicht geben kann, sondern in alternativen Zukünften (den so genannten Szenarien) gedacht werden sollte, zweckmäßiger. Das bedeutet, eine solche szenariobasierte Analyse und Planung stützt sich auf mehrere Zukunftsbilder.

Dieses Denken in Szenarien resultiert aus der Erkenntnis, dass zukünftige Entwicklungen nicht auf Basis einer Prognose aus der Fortschreibung von Zahlen oder impliziten Vorstellungen über die Zukunft ermittelt werden können. Ziel dieses Aufsatzes sind die folgenden Überlegungen und Darstellungen:

1. Was wird unter dem Begriff Szenarien verstanden, und welche unterschiedlichen Szenarien gibt es?

2. Wie können Szenarien gewinnbringend im Prozess des strategischen Managements verwendet werden, und welchen Mehrwert bringen diese?

3. Praktische Anwendungsbeispiele des in diesem Aufsatz vorgestellten Prozessmodells des strategischen Managements aus dem Bereich des österreichischen Bundesheeres und der niederländischen Streitkräfte.

*) Dieser Artikel hat das Peer-Review-Verfahren erfolgreich durchlaufen

Dabei erhebt diese Methode strategischen Managements keinesfalls den Anspruch „das Rad völlig neu zu erfinden“, sondern baut auf einem bewährten (generischen) Prozess strategischen Managements auf bzw. erweitert diesen. Die Entscheidung für eine strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung der eigenen Organisation basiert somit (meist) nicht auf einer möglichen Zukunftsentwicklung, sondern auf mehreren.

Auch kann das hier vorgestellte Prozessmodell nahezu unterschiedslos in der Wirtschaft und in sicherheits- und verteidigungspolitischen Strategieentwicklungsprozessen angewendet werden.

Szenarien

Wenn man der Meinung von Bill Gates folgt, würde es das Internet in der heute verfügbaren Form nicht geben. Er sah das Internet als einen kurzen „Hype“ an, der sich bald wieder legen würde. Dies ist nur eines der Fehlurteile, das die Schwierigkeiten verdeutlicht, zukünftige Entwicklungen zu prognostizieren.⁴⁾

Ein kurzer Auszug von bekannten Fehlprognosen der Vergangenheit soll dies verdeutlichen.⁵⁾

Die Welt, die uns umgibt, ist kein einfaches lineares System mit klaren Ursache-Wirkungsbeziehungen, sondern ein komplexes dynamisches Ganzes, worin eine Unmenge an Einflüssen gleichzeitig und vernetzt wirkt. Dies trifft insbesondere auf das internationale politische System zu, in dem eine Vielzahl von Akteuren, Kräften und Interessen wirkt, sodass zukünftige Entwicklungen nicht einmal annähernd exakt vorausgesagt werden können.

Das Denken in Szenarien resultiert aus der Erkenntnis, dass unter solchen Bedingungen zukünftige Entwicklungen nicht mit einer Prognose aus der statistischen Extrapolation quantitativer Werte oder aufgrund impliziter Zukunftsvorstellungen (im Sinne qualitativer Prognosen) ermittelt werden können.

Aus diesem Grund gewinnt das Denken in Szenarien im strategischen Management immer mehr an Bedeutung. Szenarien kombinieren zukunftsoffenes und systemisches Denken. Was versteht man unter einem Szenario? Beim Studium der Literatur und anhand von Fallbeispielen zum Thema erkennt man, dass sich die Definition relativ unübersichtlich darstellt. Schon vom Begriff und der Bezeichnung gibt es alle Variationen und Kombinationen: Szenario-Analyse, Szenario-Planung, Szenario-Technik, Szenario-Management etc. Definitionen, Prinzipien, Ansätze und Charakteristik unterscheiden sich je nach Autor und Veröffentlichung.⁶⁾

In diesem Aufsatz wird der Begriff Szenario mit folgender Bedeutung verwendet:

Szenarien

- sind hypothetische Zukunftsbilder, die auf einer schlüssigen Kombination denkbarer Entwicklungsannahmen beruhen,
- spannen einen Raum möglicher Entwicklungsalternativen auf (Möglichkeiten- oder Zukunftsraum),
- beschreiben Entwicklungspfade,
- enthalten qualitative und quantitative Aussagen,
- sind zukunfts offen, d.h. es wird nicht mehr versucht, die Zukunft deterministisch vorherzusagen, sondern es werden mehrere mögliche Zukunftsbilder beschrieben,

1901 Gottlieb Daimler	„Die weltweite Nachfrage nach Kraftfahrzeugen wird 1 Million nicht überschreiten – allein schon aus Mangel an verfügbaren Chauffeuren.“	Der heutige Bestand von Kfz wird auf etwa 600 Millionen geschätzt
1943 Thomas J. Watson , Vorstands- vorsitzender IBM	„Ich glaube, der Weltmarkt hat Raum für fünf Computer – nicht mehr.“	Heute werden mehr Computer verkauft als Autos
1946 Darryl F. Zanuck , 20th Century Fox	„Der Fernseher wird sich auf dem Markt nicht durchsetzen. Die Menschen werden es bald müde sein, auf eine Sperholzkiste zu starren.“	Das Fernsehen gilt heute als die nahezu beliebteste Freizeitbeschäftigung
1981 Bill Gates	„640 k storage ought to be enough for everybody.“	Der Speicher von Festplatten in PCs steigt immer weiter
1995 Bill Gates	„Internet is just a hype.“	Heute gilt das Internet als eine Schlüsseltechnologie

Quelle: angelehnt an Fink 2002, S. 44 Gestaltung: Redaktion ÖMZ/Dieter Hüttner

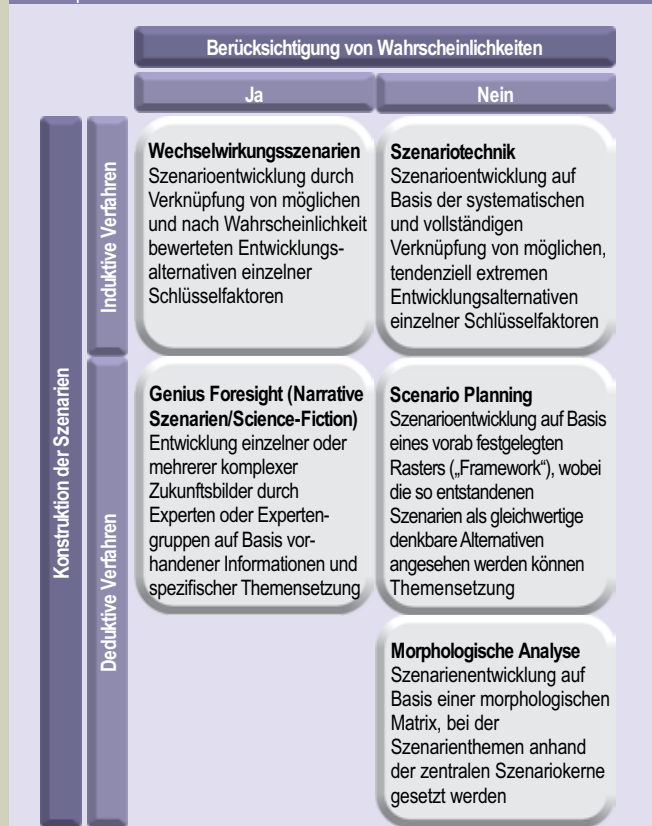
- sind vernetzt, d.h. bilden die wirksamen Beziehungen der relevanten Einflussfaktoren ab und versuchen somit die Komplexität der Wirklichkeit so weit als möglich aufrechtzuerhalten.⁷⁾

Arten von Szenarien

Wie oben angeführt gibt es eine ganze Reihe unterschiedlicher Szenariobegriffe und auch unterschiedliche Arten von Szenarien. Es ist nicht Ziel dieses Aufsatzes diese unterschiedlichen Begrifflichkeiten und die unterschiedlichen Arten und Formen von Szenarien erschöpfend zu beschreiben.

Nichtsdestotrotz werden in der Folge die in der Praxis gebräuchlichsten Verfahren zur Erstellung von Szenarien dargestellt. Diese werden anhand von zwei Kriterien strukturiert, nämlich der Richtung der Szenarioentwicklung und des Umgangs mit Eintritts-

Abb.2 Fünf Verfahren zur Erstellung von Szenarien



Quelle: angelehnt an Fink et al. 2006, S. 17 Gestaltung: Redaktion ÖMZ/Dieter Hüttner

wahrscheinlichkeiten. Diese Strukturierung anhand dieser Kriterien führt zu fünf grundsätzlichen Verfahren.

Bevor jedoch näher auf diese unterschiedlichen Verfahren eingegangen wird, soll an dieser Stelle eine weitere Unterscheidung in Umfeld- und Lenkungsszenarien vorgenommen werden, da dies für das Verständnis der weiteren Ausführungen zweckmäßig erscheint:

- Umfeldszenarien bestehen ausschließlich aus nicht lenkbaren Umfeldgrößen. Mit solchen Szenarien könnte eine Organisation beabsichtigen, mögliche Rahmenbedingungen in den für sie relevanten Umfeldern für die nächsten zehn bis 15 Jahre vor auszudenken und daraus Chancen, Risiken und letztendlich die eigenen Handlungsoptionen abzuleiten.⁸⁾

- Lenkungsszenarien bestehen ausschließlich aus internen Lenkungsgrößen. Solche Größen können von der Organisation direkt beeinflusst werden. Dies wären zum Beispiel Produktmerkmale oder Elemente eines neuen Geschäftsmodells. Im Bereich der Sicherheitspolitik kann darunter eine neue strategische Ausrichtung von Sicherheitsorganisationen, d.h. die Entwicklung neuer Aufgabenfelder (oder eine andere Gewichtung bzw. Priorisierung im Rahmen des bestehenden Aufgabenportfolios) für diese Sicherheitsorganisationen verstanden werden.⁹⁾

Diese verschiedenen Ansätze zur Entwicklung von Szenarien weisen zwar große Unterschiede in der Vorgehensweise auf, folgen jedoch grundsätzlichen Gemeinsamkeiten:

- Gestaltungsfeldanalyse
 - Abgrenzung des Problemfelds (Festlegung der Systemgrenzen);
- Szenariofeldanalyse
 - Identifizierung von Einflussbereichen,
 - Ableitung von Einflussfaktoren,
 - Ableitung der bestimmenden Systemelemente (Schlüsselfaktoren);
- Szenarioprognostik
 - Ermittlung von möglichen Entwicklungen dieser Faktoren;
- Szenariobildung
 - Ableitung von alternativen Entwicklungsmöglichkeiten des Gesamtsystems,
 - Auswahl der für die weitere Arbeit geeigneten relevanten Szenarien;
- Szenariotransfer
 - Ermittlung von Konsequenzen und Auswirkungen auf das Gestaltungsfeld,
 - Ableitung konkreter Maßnahmen für die Problemstellung.

Verfahren zur Entwicklung von Szenarien

- Szenariotechnik

Das Verfahren Szenariotechnik beschreibt im Rahmen dieser Arbeit einen induktiven Weg der Szenarioentwicklung, bei dem die einzelnen Szenarien als systematische Kombination der alternativen Ausprägungen einer Reihe von Schlüsselfaktoren erstellt werden. Das Kennzeichen dieses Verfahrens ist der systematische softwareunterstützte Prozess, aus dem sich eine vorher nicht festgelegte Anzahl von Szenarien, ohne Vorgabe eines Frameworks, ergibt.

Im Rahmen des Verfahrens der Szenariotechnik kommen induktive Verfahren zur Anwendung. Induktive Ansätze werden mittels modellgestützter Logik erstellt; d.h., sie erfordern den Einsatz von speziellen Softwaretools.

- Wechselwirkungsszenarien

Wechselwirkungsszenarien beschreiben ein weiteres induktives Verfahren zur Szenarienerstellung. Die Erstellung von Wechselwirkungsszenarien unterscheidet sich kaum vom Verfahren Szenariotechnik. Die Verfahren zur Entwicklung der Einflussfaktoren und der Identifizierung der Schlüsselfaktoren sind identisch. Auch die Projektionen werden analog zur Szenariotechnik erarbeitet. Einzig und allein bei der Szenariobildung unterscheidet sich dieses Verfahren von der Szenariotechnik. Im Rahmen der Szenariobildung wird bei der Cross-Impact-Analyse (anstatt der Konsistenzanalyse) versucht, die Interdependenzen zwischen den Eintrittswahrscheinlichkeiten der Projektionen¹⁰⁾ auszuwerten.

- Morphologische Analyse

Eine weitere sehr praktikable Methode, Szenarien zu erstellen, ist die morphologische Analyse. Diese Methode soll dazu beitragen, die Gesamtheit von Beziehungen in multidimensionalen, nicht quantifizierbaren und komplexen Problemen zu analysieren, zu strukturieren und darzustellen.

Die Methodik der Szenarioerstellung unterscheidet sich bis auf die Szenariobildung nicht von der Szenariotechnik. Die Verknüpfung der Zukunftsprojektionen erfolgt jedoch nicht induktiv und modellgestützt, sondern deduktiv und intuitiv.

- Scenario Planning

Scenario Planning ist der traditionelle und im angloamerikanischen Raum gebräuchlichste deduktive Ansatz zur Erstellung von Szenarien. Von der grundsätzlichen Vorgangsweise bei der Umfeldanalyse und der Darstellung der Szenarien her ist dieses Verfahren der Szenariotechnik sehr ähnlich. Die Szenariobildung weist im Rahmen dieses Verfahrens jedoch erhebliche Unterschiede auf. Die Themen werden hier vom Szenarioteam vorab festgelegt. Diese Festlegung der Themen ist der wesentlichste Unterschied zum Verfahren der Szenariotechnik.

Der am häufigsten verwendete Weg zu den Szenariothemen führt über zwei als Schlüsselunsicherheiten bezeichnete dominante Schlüsselfaktoren oder Treiberkräfte, deren Achsen in einem Portfolio eingetragen werden. Dieses Portfolio wird auch als Szenariologik bezeichnet. Innerhalb dieser Szenariologik entstehen (meist) vier Szenariothemen. Damit ist auch erklärt, warum im angloamerikanischen Raum sehr häufig mit genau vier Szenarien gearbeitet wird.

- Narrative normative Szenarien/Science-Fiction¹¹⁾

Trotz der relativ geringen Bedeutung dieser Art von Szenarien werden narrative normative Szenarien an dieser Stelle kurz vorgestellt. Diese dienen sehr häufig zur Konkretisierung und Illustration von so genannten Leitvisionen für (sicherheitspolitische) Zukunftsthemen. „Normativ“ bedeutet, dass den Szenarien eine explizite Wertorientierung zugrunde liegt. Sie beschreiben Wünsche bzw. eine Vision, ohne dabei den Bereich des prinzipiell Möglichen zu verlassen. Im Gegensatz zu explorativen Szenarien, in denen heutige Trendentwicklungen in die Zukunft verlängert oder die Folgen von Störereignissen erkundet werden, werden narrative Szenarien ausgehend von konkreten Wunsch- bzw. Zielvorstellungen konstruiert. Dies geschieht häufig in Verbindung mit einem so genannten „Backcasting“. Mit diesem Verfahren wird untersucht, welche Schritte bzw. Voraussetzungen notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen. „Narrativ“ bedeutet, dass die Szenarien

quasiliterarisch gestaltet werden, als kleine Erzählungen über fiktive Personen oder Organisationen.

Zusammenfassende Bewertung der unterschiedlichen Arten und Formen von Szenarien

Es gibt kein grundsätzliches „Kochrezept“, welches Verfahren zur Erstellung von Szenarien das „beste oder zweckmäßigste“ ist. Jede einzelne der unterschiedlichen Arten von Szenarien hat ihre spezifischen Vor- und Nachteile.

Im kontinentaleuropäischen Raum werden Szenarien vorwiegend induktiv (Verknüpfung von Faktoren und Trends) und modellgestützt als explorative Zustandsbilder erstellt (Szenariotechnik und Wechselwirkungsszenarien).¹²⁾

Während auch die anderen Verfahren zur Szenarienerstellung das Kriterium der Zukunftsoffenheit erfüllen (narrative normative Szenarien mit Einschränkungen), enthält diese Art von Szenarien die Komplexität des Lösungsansatzes, was wiederum dem Gesetz der Kybernetik nach Ashby zum Umgang mit dieser Komplexität entspricht.¹³⁾ Der Nachteil dieses Verfahrens ist jedoch, dass diese Form der Szenarienerstellung sehr zeit- und personalaufwendig ist und für die modellgestützte Verknüpfung der Zukunftsprojektionen relativ kostspielige Softwaretools benötigt werden.

Der Unterschied zwischen den Ansätzen Szenariotechnik und Wechselwirkungsszenarien liegt in der Berücksichtigung und Zuordnung von Wahrscheinlichkeiten zu den Szenarien.

In der Konsistenzanalyse wird die Widerspruchsfreiheit der einzelnen Zukunftsprojektionen beurteilt, während bei der Cross-Impact-Analyse auch die Wahrscheinlichkeit - in diesem Zusammenhang wird von Plausibilität gesprochen - betrachtet wird.

Über die Berücksichtigung von Wahrscheinlichkeiten in Szenarien wird in der verfügbaren Literatur sehr kontrovers diskutiert. Einerseits wird argumentiert, dass eine solche Zuordnung sehr schwierig ist, da sich die Frage, was in der Zukunft richtig und wahrscheinlich ist, nicht beantworten lässt. Andererseits bietet die Zuweisung von Eintrittswahrscheinlichkeiten die Möglichkeit, die Akzeptanz und Aussagekraft von Szenarien deutlich zu verbessern, denn über die Wahrscheinlichkeiten können die einzelnen Projektionen (und letztendlich auch die Szenarien) gewichtet werden.

„Denken in Szenarien“ ist als Konzept grundsätzlich nicht auf die Verwendung von Wahrscheinlichkeiten ausgelegt. Anders gesagt ist die Ausblendung der Wahrscheinlichkeiten beim Denken in Szenarien sogar erwünscht oder beabsichtigt bzw. spielt die Frage, wie wahrscheinlich das Eintreten dieser alternativen Zukünfte ist, keine Rolle. Mit der Konsistenzanalyse erstellte Szenarien (im Rahmen der Szenariotechnik) stellen meist Extrembilder dar. Das Ziel solcher Extrembilder ist das Aufzeigen von Entwicklungsmöglichkeiten, die die „Eckpunkte“ des Zukunftsraums beschreiben. Daher brauchen den Szenarien keine Wahrscheinlichkeiten zugeordnet werden, da es hier mehr um das Vorausausdenken der Zukunft als um konkrete Voraussagen geht.

Heinecke ist der Ansicht, dass diese kontroverse Sicht der beiden induktiven Ansätze der Szenarioerstellung unberechtigt ist, da sich diese beiden Verfahren sehr gut ergänzen können.¹⁴⁾

Das Verfahren des Scenario Planning ist v.a. im angloamerikanischen Raum verbreitet. Dieses Verfahren folgt einer intuitiven und deduktiven Methode und hat den Vorteil, dass einfache Zukunftsbilder relativ rasch und ohne großen Aufwand erstellt werden können. Diese lassen sich zudem relativ leicht in den strategischen Planungs- und Führungsprozess integrieren. Aus diesem Grund ist das Denken in Szenarien v.a. im angloamerikanischen Raum viel weiter verbreitet als in Europa. Jedoch eignen sich diese Szenarien aufgrund der Vernachlässigung des systemischen Denkens häufig nicht für komplexe Fragestellungen. Solche Szenarien basieren auf einer relativ kleinen Anzahl von Faktoren. Aufgrund der Tatsache, dass das menschliche Gehirn nicht in der Lage ist, ein hohes Maß an Vernetzung zu bewerkstelligen, erfolgt die Darstellung des Zukunftsraums auf Basis weniger Strukturmerkmale. Daher sind die Kriterien der Vollständigkeit und des systemischen Denkens eher weniger erfüllt als bei der Verwendung von induktiven Verfahren.¹⁵⁾

Ein weiterer Nachteil dieser Methode ist, dass solche Szenarien immer relativ stark konstruktivistisch geprägt sind. In der Praxis zeigt sich das, wenn man eine Reihe von US-amerikanischen sicherheitspolitischen Szenariestudien analysiert. Wer in einer hobbeschen Welt lebt, wird auch hobbesche Szenarien entwickeln. Natürlich sind auch Szenarien, die mit dem Verfahren der Szenariotechnik erstellt wurden, in einem gewissen Maß durch die Auswahl und Bewertung der Einfluss- und Schlüsselfaktoren konstruktivistisch beeinflusst. Durch die modellgestützte Verknüpfung dieser Faktoren wird jedoch der gruppensubjektive Einfluss etwas abgeschwächt.

Mit narrativen normativen Szenarien (meist Wunsch- oder Chancenszenarien) werden positive, aber durchaus realistische Zukunftssituationen konstruiert. Dabei handelt es sich in erster Linie um antizipative Zukunftsbilder mit präskriptiver Ambition. Die Frage lautet hier: Welche Zukunft wollen wir - und wie können wir diese erreichen? Hier wird die Frage „Was muss geschehen, dass ...?“ gestellt. Das Hauptaugenmerk bei dieser Vorgehensweise liegt in erster Linie darauf, die Entwicklungswege, Handlungsschritte und Weichenstellungen zu identifizieren, die notwendig sind, damit sich das positive Wunsch-szenario verwirklichen lässt. Da es durchaus mehrere, möglicherweise alternative Zielvorstellungen geben kann, können auch verschiedene positive Szenarien nebeneinander verwirklicht werden.

Im Kontext der Sicherheitspolitik kann diese Art von Szenarien dazu eingesetzt werden, um Leitbild- bzw. Visionsfindungsprozesse mit stark normativem Anspruch zu unterstützen.

Bei der morphologischen Analyse können die Vorteile eines intuitiven Vorgehens (z.B. die direkte Einbindung des Szenarioteams oder der Verzicht auf spezielle und meist kostspielige Softwaretools) genutzt werden, ohne dabei den Anspruch systemischen Denkens in komplexen Systemen aufzugeben. Sehr bewährt hat sich dieser Ansatz zur Entwicklung von Strategieoptionen (-szenarien). Durch die intuitive Verknüpfung der einzelnen Faktoren, die die zukünftige Strategie bestimmen (die so genannten Strategieelemente), ist es den Teilnehmern am szenariobasierten Strategieentwicklungsprozess möglich, unterschiedliche Zukunftsvorstellungen, persönliche Ideen und Vorstellungen von der Zukunft der eigenen Organisation in einem sehr stark diskursiven strategischen Dialog einzubringen.

Aus Sicht des Verfassers hat sich in der Praxis die Verwendung der Szenariotechnik (induktives modellgestütztes Vorgehen) zur Erstellung der Umfeldszenarien bewährt, während für die Erstellung

der Strategieoptionen aus o.a. Gründen die morphologische Analyse als eine sehr zweckmäßige und zielgerichtete Vorgehensweise beurteilt wird.

Die Anwendung des Konzepts „Denken in Szenarien“ im strategischen Management

Begriff und Gegenstand strategischen Managements

Bei der langfristigen Gestaltung und Weiterentwicklung von Organisationen (sowohl Unternehmen als auch Organisationen der öffentlichen Verwaltung) stehen die beiden Begriffe Zukunft und Strategie in einem andauernden Spannungsverhältnis. Um geeignete Strategien zu entwickeln, sind Informationen über die Zukunft notwendig. Um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, braucht es zukunftsfähige Strategien.

Um sich weiterzuentwickeln und langfristig Bestand zu haben, müssen Organisationen ihre Festgelegtheit durch die Vergangenheit bzw. durch ganz spezifische Zukunftsvorstellungen unterbrechen. Dazu bedienen sie sich der Möglichkeit des Entscheidens. Dabei werden andauernd und in jedem Moment Dinge anders gemacht als bisher. Durch die Möglichkeit der Entscheidung wird der Vergangenheit ihre Bestimmtheit genommen. Bisher Bewährtes ist keine Prämisse für Festlegung mehr, und die Zukunft verliert ihr Unbestimmtheit. Grundsätzlich wollen Organisationen in Abgrenzung zum Bisherigen etwas Bestimmtes erreichen. Daher ist dieser Reproduktionsprozess notwendig für deren langfristigen Bestand.

Die Strategiearbeit ist nichts anderes als die konsequente systematische Umsetzung dieses Grundsachverhalts. Sie bringt jene Voraussetzungen für Entscheidungen mit sich, die Organisationen brauchen, um den Vollzug ihrer Leistungsprozesse gesichert gewährleisten zu können.

Das Ergebnis eines erfolgreichen Strategieentwicklungsprozesses besteht letztendlich in der Neudefinition des eigenen Existenzgrunds als Organisation (Warum gibt es uns? Welche Probleme lösen wir?) als auch der angestrebten Ziele. Dies sind in Unternehmen der Privatwirtschaft in erster Linie das Ertrags- und Wachstumsziel. In Organisationen der Sicherheitsarchitektur geht es dabei hauptsächlich darum, wie die jeweilige Organisation bestmöglich zum gesamtstaatlichen System der umfassenden Sicherheitsvorsorge beitragen kann.

Der Begriff der Strategie

„Strategie“ und „strategisch“ sind zu modischen Schlagworten - sowohl in der Wirtschaft als auch im öffentlichen Bereich - für alle langfristig angelegten Planungen geworden. Offensichtlich wird der Begriff der Strategie überall dort verwendet, wo Probleme auf einer hohen Führungs- und Handlungsebene zu lösen sind.¹⁶⁾

Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts wurde der Begriff der Strategie ausschließlich im politischen und insbesondere sicherheitspolitischen Kontext benutzt. Etymologisch geht der Begriff Strategie auf das griechische Wort „Strategos“ zurück, das die Kunst der Heerführung bezeichnet. Der Grieche Aeneas war der Erste, der den Begriff benützt haben dürfte. 357/356 v. Chr. hat er ein Lehrbuch der Strategik für den Strategos, den Heerführer, verfasst.¹⁷⁾ Auch im deutschsprachigen Raum wurde der Begriff zunächst im militärischen Bereich genutzt und dort v.a. dem Kriegstheoretiker Carl von Clausewitz zugeschrieben.

Abb.3

Prozess des strategischen Managements (generisch)



Genauso wie sich das Verständnis von Sicherheitspolitik verändert hat, hat sich auch der (sicherheitspolitische) Strategiebegriff gewandelt. Der Strategiebegriff ist (im sicherheitspolitischen Kontext) nicht mehr ausschließlich auf den Krieg und den militärischen Bereich begrenzt, sondern muss im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffs ausgeweitet und auf eine den heutigen Bedürfnissen für Sicherheitspolitik angepasste Begrifflichkeit, die auch die „neuen Bedrohungen“ umfasst, angepasst werden.¹⁸⁾ Stupka definiert Strategie wie folgt: „Strategie ist die planmäßige Vorbereitung und koordinierte Anwendung aller Mittel durch die Staatsführung und Ausnützung aller ihrer Möglichkeiten zur Wahrung der sicherheitspolitischen Ziele gegenüber allen Bedrohungen.“¹⁹⁾

Der Duden beschreibt den Begriff Strategie eher allgemein als einen „genauen Plan des eigenen Vorgehens, der dazu dient, ein militärisches, politisches und psychologisches oder ähnliches Ziel zu erreichen, und in dem man diejenigen Faktoren, die in die eigene Aktion hineinspielen könnten, von vornherein einzukalkulieren versucht.“²⁰⁾

Der Begriff des strategischen Managements

Genauso wie sich ein einheitlicher Strategiebegriff nicht durchgesetzt hat, ist die Frage, was strategisches Management ist, nicht einfach zu beantworten. Die wissenschaftliche Diskussion um ein strategisches Management entwickelte sich ab 1960. Seitdem hat sich eine bis heute kaum überschaubare Zahl von Wissenschaftlern und Praktikern mit diesem Thema beschäftigt. Folglich hat sich auch eine große Anzahl unterschiedlicher Ansätze strategischen Managements entwickelt, die sich inhaltlich und methodisch teilweise erheblich voneinander unterscheiden.

Jedoch ist es trotz der vorhandenen Breite und Vielfalt keinesfalls so, dass strategisches Management völlig unzusammenhängende Themengebiete und Ansätze umschreiben würde. Trotz unterschiedlicher Perspektiven und theoretischer Ausgangspositionen kann ein gemeinsames Grundverständnis des strategischen Managements erkannt werden. Dieses lässt sich anhand der folgenden Merkmale verdeutlichen, die im Allgemeinen mit dem Attribut „strategisch“ verbunden werden:

- Als strategisch gelten solche Entscheidungen des Managements, die die grundsätzliche Richtung der Organisationsentwicklung bestimmen bzw. maßgeblich beeinflussen.

- Ziel einer strategischen Entscheidung ist es, den langfristigen Erfolg eines Unternehmens zu sichern. In der Wirtschaft bedeutet dies, dass es einem Unternehmen gelingen muss, Vorteile gegenüber seinen Wettbewerbern aufzubauen und zu erhalten. Staatliche Sicherheitsarchitekturen (Polizei, Streitkräfte etc.) stehen jedoch in keinem wirtschaftlichen Wettbewerb zueinander. Umgelegt auf die Sicherheitspolitik ergibt sich der langfristige Erfolg aus der Fähigkeit, auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen angemessen zu reagieren.

- Strategische Entscheidungen versuchen den zukünftigen Nutzen zu sichern (in der Wirtschaft den langfristigen Erfolg), indem sie die externe und interne Ausrichtung des Unternehmens bestimmen.

- Strategische Entscheidungen streben nach einer optimalen Nutzung der Ressourcen und Fähigkeiten.²¹⁾

Der Prozess des strategischen Managements

Zur besseren Veranschaulichung des Einsatzes und Mehrwerts von Szenarien im strategischen Management wird in diesem Kapitel in sehr kurzer, straffer Form der Prozess des strategischen Managements generisch vorgestellt.

Strategische Analyse

- Strategische Ausgangslage

Bevor die Umwelt und die eigene Organisation analysiert werden, ist es zweckmäßig, sich darüber Gedanken zu machen, was die eigene Organisation eigentlich darstellt, was sie macht und wo sie dabei steht. Dazu werden die bisherige Entwicklung, Strategie und Tätigkeit der letzten fünf bis zehn Jahre betrachtet. Gegenstand der Analyse sind dabei die finanzielle und personelle Situation, der Ressourceneinsatz, das gegenwärtige Aufgabenportfolio (davon abgeleitet der Nutzen der Organisation für die Stakeholder) und die gegenwärtigen und künftig möglichen Aufgabenfelder.²²⁾

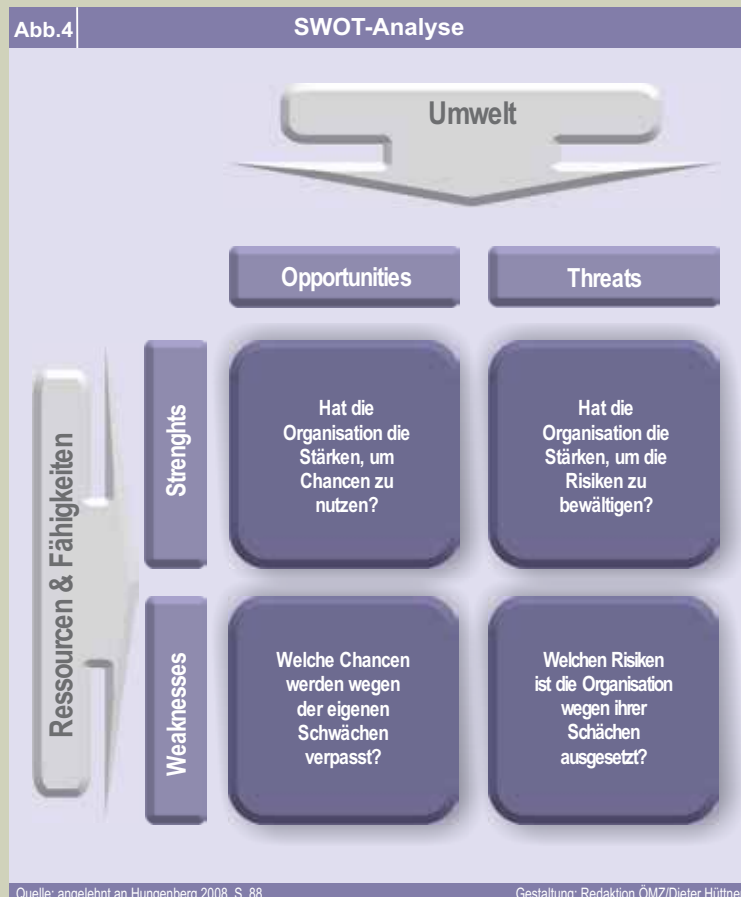
- Umweltanalyse (externe Analyse)

Betrachtungsgegenstand der Umweltanalyse ist das globale Umfeld (wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche, technologische, demographische Entwicklungen etc.) und die potenziellen Konkurrenten (im sicherheitspolitischen Kontext Gegner).

Die Aufgabe der externen Analyse besteht v.a. darin, potenzielle Chancen und Risiken zu erkennen, die sich der Organisation in ihrem externen Umfeld eröffnen bzw. drohen. Die Betrachtung ist zukunftsgerichtet.

- Organisationsanalyse (interne Analyse)

Die Stärken und Schwächen einer Organisation sind maßgebliche Größen dafür, ob sie die Risiken bewältigen und die



Chancen wahrnehmen kann, die durch die Umwelt und ihre potenziellen Veränderungen determiniert werden. Daher ist neben der Analyse der externen Umwelt auch die interne Analyse eine wesentliche Grundlage der Strategieentwicklung und -formulierung.

Die Organisationsanalyse soll v.a. die eigenen Stärken und Schwächen aufzeigen. Der Fokus der Analyse liegt auf den Ressourcen der Organisation in qualitativer und quantitativer Hinsicht. Sie erstreckt sich über die gesamte Organisation und erfasst z.B. Unternehmenskultur, Management- und Informationssysteme, finanzielle Lage, personelle Lage, Kostenstruktur, Standorte etc.²³⁾

Die Ergebnisse der Umwelt- und Organisationsanalyse werden in der so genannten „SWOT-Analyse“ zusammengefasst. Dabei sollen Aussagen über Chancen und Risiken sowie Stärken und Schwächen eines Unternehmens einander transparent gegenübergestellt werden. Das Akronym „SWOT“ steht dabei für die Anfangsbuchstaben der Begriffe „Strengths“ (Stärken), „Weaknesses“ (Schwächen), „Opportunities“ (Chancen) und „Threats“ (Risiken). Diese Gegenüberstellung verdeutlicht, ob die gegenwärtigen Stärken und Schwächen einer Organisation vor dem Hintergrund der potenziellen Entwicklung der Umfeldler prinzipiell relevant sind und insbesondere, ob sie geeignet sind, die Risiken zu bewältigen und die Chancen wahrzunehmen.

Strategieentwicklung

- Strategieauswahl und -formulierung

Auf der strategischen Analyse baut der nächste Teilprozess des strategischen Managements auf: die Strategieentwicklung. Hier gibt es ebenfalls keine einheitliche Sichtweise, welchen Rahmen der Prozess der Strategieentwicklung umfassen soll. Dies hängt v.a. mit den unterschiedlichen Visions- und Strategiebegriffen zusammen. Man kann eine Strategie als der Vision nachfolgend (Strategie ist der Weg zu einer zuvor festgelegten Vision) oder die Vision als Teil der Strategie verstehen (Strategie ist die Vision und der Weg dorthin). Abhängig von dieser Sichtweise ist demnach die Vision ein Teil der Strategieentwicklung oder dieser vorgelagert.

Die Vision wird auch oft als Teil des normativen Managements gesehen und stellt eine der Grundlagen für den Prozess des strategischen Managements dar.²⁴⁾ Während die Vision das Ziel (das Was und Warum) vorgibt, geht es bei der Strategieformulierung mehr um den Weg (das Wie). Da jedoch beide Elemente für den langfristigen Erfolg unabdingbar sind, wurden sie in dem o.a. Prozessmodell angeführt und unter dem Teilprozess der Strategieentwicklung zusammengefasst.

- Vision, Mission, Leitbild

Omar Bradley, ein berühmter amerikanischer General im Zweiten Weltkrieg und von 1948-1953 Vorsitzender der Vereinigten Generalstabschefs, war der Meinung: „*Organisationen müssen ihren Kurs nach dem Licht der Sterne bestimmen und nicht nach den Lichtern jedes vorbeifahrenden Schiffes.*“²⁵⁾ Dies gilt sowohl für Unternehmen im internationalen Markt als auch für Staaten im internationalen System, angesichts sich schnell und dauernd verändernder Umfeldler im besonderen Maß.

Eine Vision ist eine realistische, glaubwürdige und attraktive Zukunftsvorstellung für eine Organisation. Die Vision ist die Vorstellung davon, auf welches Ziel die Organisation hinarbeiten soll und wie die Zukunft erfolgreicher und wünschenswerter als bisher gestaltet werden kann. Die Vision gibt in erster Linie eine Vorstellung von richtungweisenden Gedanken für die zukünftige Entwicklung der jeweiligen Organisation. Eine Vision

- weckt Hoffnung und mobilisiert die Kräfte der Mitarbeiter,
- erzeugt Energie im Unternehmen,
- gibt der Arbeit neuen Sinn,
- sorgt für eine langfristige Ausrichtung und erzeugt Sicherheit und Stabilität und
- trägt zur Kontinuität des Unternehmens bei.

Strategieimplementierung

Um eine gewählte und formulierte Strategie zu verwirklichen, müssen in einer Organisation konkrete Handlungen geschehen. Die Aufgabe der Implementierungsphase im Rahmen des strategischen Managements ist daher, sicherzustellen, dass diese Handlungen auch erfolgen. Zu diesem Zweck sind Strukturen und Systeme in Abstimmung mit der gewählten Struktur zu gestalten.

Die Umsetzung der gewählten und formulierten Strategie ist eine sehr anspruchsvolle Phase. Viele Erfolg versprechende Strategien scheitern, weil Fehler in der Umsetzungsphase gemacht werden.

Ein Teil der Strategieimplementierung ist die Strategiekontrolle. Diese ist zwar das letzte Glied des Prozesses, darf aber nicht erst nach der Strategieumsetzung erfolgen. Infolge der zunehmenden Dynamik ist ein dauernder Überwachungs- und Lenkungsprozess auf drei Ebenen erforderlich:

- Prämissenkontrolle

Gelten die der Strategie zugrunde liegenden Annahmen (v.a. über die Umwelt) noch? Wurden in der Analyse wichtige Aspekte übersehen?

- Durchführungskontrolle

In welchem Ausmaß wurde die geplante Strategie umgesetzt? Wo sind unerwartet Probleme oder Widerstände aufgetreten?

- Wirksamkeitskontrolle

Wurden mit der umgesetzten Strategie die Ziele erreicht? Wurde die „beste“ Strategievariante gewählt?²⁶⁾ (*Wird fortgesetzt*)

ANMERKUNGEN:

1) Vgl. Bernhard Richter: Das Konzept „Denken in Szenarien“ als Methode der sicherheitspolitischen Analyse. Dissertation. Universität Wien 2010, S.1.

2) Vgl. Gereon Klein, Hans Georg Graf Arne Schöllhorn: Entscheidungsvorbereitung mit Szenarien im Team-Dialog. In: Falko E. P. Wilms (Hrsg.): Szenariotechnik. Vom Umgang mit der Zukunft: Haupt Verlag. Bern, Stuttgart, Wien 2006. S.377.

3) Vgl. Michael E. Porter: Wettbewerbsvorteile. Spitzenleistungen erreichen und behaupten: Campus Verlag. Frankfurt/Main 2000. S.591ff; Jochen Kiesel: Szenario-Management als Instrument zur Geschäftsfeldplanung: Tectum-Verl. Marburg 2001 (Wissenschaft im Tectum-Verlag), S.77.

4) Vgl. Alexander Fink, Oliver Schlake, Andreas Siebe: Erfolg durch Szenario-Management. Prinzip und Werkzeuge der strategischen Vorausschau: Campus Fachbuch. Frankfurt 2002, S.2.

5) Vgl. Fink et al. 2002, a.a.O., S.44; und Marina Schwarz-Geschka: Vortrag Seminar Szenariotechnik. Veranstaltung vom 15. November 2006. Frankfurt 15. November 2006.

6) Vgl. Ulf Pillkahn: Trends und Szenarien als Werkzeuge zur Strategieentwicklung: Publicis Corporate Publishing. Erlangen 2007, S.168.

7) Siehe auch: Pillkahn 2007, a.a.O., S.168.

8) Vgl. Fink et al. 2002, a.a.O., S.70.

9) Vgl. Fink et al. 2002, a.a.O., S.70.

10) Im Rahmen von Wechselwirkungsszenarien spricht man nicht von Zukunftspjektionen, sondern aufgrund der Zuordnung von Eintrittswahrscheinlichkeiten

von Trendprojektionen.

11) Vgl. Gaßner, Robert; Steinmüller, Karlheinz: Narrative normative Szenarien in der Praxis, In: Wilms, Falko E. P. (Hg.): Szenariotechnik. Vom Umgang mit der Zukunft: Haupt Verlag. Bern, Stuttgart, Wien, 2006, S.133-143.

12) Vgl. Jürgen Gausemeier, Alexander Fink, Oliver Schlake: Szenario-Management. Planen und Führen mit Szenarien: Carl Hanser Verlag. München Wien 1996, S.110 u. 112.

13) Der Kybernetiker Ross W. Ashby gibt für den Umgang mit Komplexität ein zentrales Gesetz vor: „Only variety absorbs variety“; vgl. Magret Richter: Syntegration - Die kybernetische Entwicklung von Szenarien. In: Wilms, Falko E.P. (Hrsg.): Szenariotechnik. Vom Umgang mit der Zukunft: Haupt Verlag. Bern, Stuttgart, Wien 2006, S.110f. und W. Ross Ashby: Design for a brain. The origin of adaptive behaviour: Chapman and Hall. London 1970, S.246ff.

14) Vgl. Albert Heinecke: Die Anwendung induktiver Verfahren in der Szenario-Technik. In: Wilms, Falko E. P. (Hrsg.): Szenariotechnik. Vom Umgang mit der Zukunft: Haupt Verlag. Bern, Stuttgart, Wien 2006, S.183-213.

15) Vgl. Alexander Fink, Andreas Siebe: Handbuch Zukunftsmanagement. Werkzeuge der strategischen Planung und Früherkennung: Campus Verlag. Frankfurt 2006, S.16.

16) Vgl. Roman Lombriser, Peter A. Abplanalp: Strategisches Management. Visionen entwickeln, Strategien umsetzen, Erfolgspotenziale aufbauen. 4. Aufl.: Versus-Verl. Zürich 2005, S.21; und Andreas Stupka: Strategie denken: AV + Astoria Druckzentrum. Wien 2008 (Truppendienst-Handbuch), S.25 und Albert A. Stahel, Hans Künzi, Christoph Blocher: Strategisch denken. Ziel - Mittel - Einsatz in Politik, Wirtschaft und Armee: vdf Hochsch.-Verl. an der ETH. Zürich 1997 (Strategische Studien, 14), S.1.

17) Vgl. Harald Hungenberg: Strategisches Management in Unternehmen. Ziele - Prozesse - Verfahren. 5., überarb. und erw. Aufl.: Gabler, Wiesbaden 2008, S.5 und Stahel et al., a.a.O., S.2.

18) Vgl. Stupka 2008, a.a.O., S.41.

19) Stupka 2008, a.a.O., S.41.

20) Duden. Fremdwörterbuch (1982): Dudenverlag. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich 1982 (Band 5), S.730.

21) Vgl. Hungenberg, a.a.O., S.4 und Lombriser, Abplanalp, a.a.O., S.41; siehe auch Dieter Hahn, Harald Hungenberg: PuK. wertorientierte Controllingkonzepte: Gabler. Wiesbaden 2001; Gerry Johnson, Kevan Scholes (2005): Exploring Corporate Strategy: Pearson Higher Education. Hahn, Hungenberg, a.a.O., S.100f; Günter Müller-Stewens, Christoph Lechner: Strategisches Management: Schäffer-Poeschel. Stuttgart 2005, S.15ff.; Johnson, Scholes 2005, S.16ff.

22) Vgl. Lombriser, Abplanalp 2005, a.a.O., S.47.

23) Vgl. Hungenberg 2008, a.a.O., S.438 und Lombriser, Abplanalp 2005, a.a.O., S.48.

24) Vgl. Hungenberg 2008, a.a.O., S.24 und 457.

25) Omar Bradley zitiert in: Fink, Siebe 2006, a.a.O., S.80.

26) Vgl. Hungenberg 2008, a.a.O., S.10 und Lombriser, Abplanalp, a.a.O., S.50.



Dr. Bernhard Richter

Geb. 1969; Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes; eingrückte im Oktober 1988 beim LWSR 41 in Enns als Einjährig Freiwilliger; 1994-1997 Theresianische Militärakademie in Wr. Neustadt. Ausmusterungsjahrgang „Ritter von Trapp“ als Panzergrenadier zum Panzergrenadierbataillon 13; 1997-2002 Zug- und Kompaniekommandant in der 1/13; 2002-2005 Lehr- und Hauptlehroffizier Panzergrenadier an der Panzertruppschule; 2002-2007 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien; 2007-2010 Doktoratsstudium Politikwissenschaft an der Universität Wien; seit 2005 Referent für Zukunfts- und Trendanalyse im Büro für Sicherheitspolitik/BMLVS.

Ist Algerien immun gegenüber dem arabischen Umbruch?

Martin Pabst

In den zahlreichen Neuerscheinungen zur „Arabischen Revolte“ wird Algerien kaum behandelt, und wenn, dann meist nur am Rande als vergleichsweise stabiler Staat. Doch das Land ist zu wichtig, um es mit wenigen Sätzen abzutun.

Mit 2,38 Mio. Quadratkilometern ist Algerien nicht nur größter Flächenstaat in Afrika, sondern auch im MENA-Raum (Middle East/Northern Africa). In punkto Bevölkerungszahl steht es dort nach Ägypten (ca. 83 Mio.) mit 38 Mio. Einwohnern an zweiter Stelle. Aufgrund seiner reichen Vorkommen an Erdöl und Erdgas besitzt Algerien erhebliche geostrategische Bedeutung. So ist es zehntgrößter Erdgasproduzent der Welt und für 25% der EU-Erdgasimporte verantwortlich - die EU kann damit ihre Abhängigkeit von russischen Lieferungen reduzieren.¹⁾ Als größter Saharastaat hat Algerien zudem erhebliches Potenzial bei erneuerbaren Energien und spielt eine wichtige Rolle im von der Union für den Mittelmeerraum unterstützten DESERTEC-Projekt.²⁾

Algerien ist auch ein Brückenland zwischen Europa und Sub-Sahara-Afrika und verfügt über erheblichen Einfluss im instabilen Sahel-Raum. Mit dem Zerfall der syrischen Armee stellt Algerien heute im MENA-Raum nach Ägypten die zweitstärksten Sicherheitskräfte. Die im Anti-Terror-Kampf erprobte Wehrpflichtigenarmee zählt 130.400 Mann (Heer 110.000, Luftwaffe 14.000, Marine 6.000) zuzüglich 150.000 Reservisten. Hinzu kommen 187.200 Paramilitärs (Gendarmerie 20.000, Nationale Sicherheitskräfte 16.000, Republikanische Garde 1.200, kommunale Milizen ca. 150 000).³⁾

So stark Algerien nach außen auftritt, so groß sind freilich seine Probleme im Innern, die denen anderer arabischer Staaten ähneln: hohe Jugendarbeitslosigkeit, desaströse Lebensverhältnisse vieler Bürger, mangelhafte staatliche Dienstleistungen, Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen, staatliche Legitimitätsdefizite. Immer wieder versuchen perspektivlose junge „harraga“ (Passverbrenner), sich nach Frankreich, Italien oder Malta durchzuschlagen.

Schon vergessen ist, dass das Land Anfang Januar 2011 ein Auftaktsignal für die „Arabischen Revolte“ gab: In mehreren Provinzen lieferten sich viele Tausende Jugendliche Straßenschlachten mit der Polizei. Doch ebten die nicht koordinierten Proteste nach Konzessi-

onen der Regierung wieder ab. Und im Oktober 1988 war Algerien das erste arabische Land gewesen, wo ein autoritäres System durch Jugenddemonstrationen nachhaltig erschüttert und zur Demokratisierung gezwungen wurde. Das algerische Exempel illustriert aber auch die möglichen Rückschläge beim Reformprozess in einem Land mit verkrusteten Machtstrukturen, beschränktem Bildungsstand und unzureichender demokratischer Erfahrung.

Das kommende Jahr ist für Algerien ein entscheidendes: 2014 wird nicht nur ein Nachfolger für den 77-jährigen, kränkelnden und



Plakat mit der Aufschrift: „Ein starkes und sicheres Algerien - Abd al-Aziz Bouteflika“ (Bild).

wahrscheinlich nicht mehr kandidierenden Staatspräsidenten Abd al-Aziz Bouteflika gewählt, sondern es steht auch die überfällige Ablösung der Generation des Befreiungskrieges (1954-62) an, so wurde Armeechef Generalleutnant Ahmed Gaïd Salah im Jahr 1940, Geheimdienstchef Generalleutnant Mohammed Médiène 1939 geboren. Der anstehende Wechsel birgt Chancen und Risiken.

Der algerische Sonderweg

Um das heutige Algerien zu verstehen, ist ein Blick auf seine besondere Geschichte erforderlich. Gerade die Erfahrungen der letzten 200 Jahre haben die Mentalität seiner Bewohner und die politische Kultur geprägt.⁴⁾

Algerien, Marokko und Tunesien wurden im 7. Jahrhundert Teile des arabischen Großreiches, doch konnte sich Marokko unter der Dynastie der Idrisiden bereits im Jahr 788 verselbstständigen. Hingegen standen Algerien und Tunesien immer wieder unter fremdem Einfluss, so in der frühen Neuzeit unter osmanischer Oberherrschaft.

Alle drei Länder gerieten im 19./20. Jahrhundert unter den Einfluss europäischer Kolonialmächte, doch wurde Algerien davon früh und brutal erfasst, Marokko und Tunesien hingegen eher spät und eingeschränkt. Dort etablierten Frankreich (1881 in Tunesien und 1912 in Marokko) und Spanien (1912 in Marokko) Protektorate, die die regierenden Dynastien und Verwaltungsstrukturen zumindest formal unangetastet ließen. Kultur, Lebensweise und Religion der arabischen und berberischen Einwohner blieben weitgehend intakt, Siedler wanderten nur in beschränkter Zahl ein. Als sich Unabhängigkeitsbewegungen formierten, gaben Paris und Madrid bald nach, und die Entlassung beider Staaten in die Unabhängigkeit (1956) vollzog sich überwiegend gewaltfrei. Marokko und Tunesien blieben politisch, kulturell und wirtschaftlich eng mit Frankreich verbunden.⁵⁾

Ganz anders vollzog sich die Entwicklung in Algerien. Bereits 1830 wurde die halbautonome osmanische Provinz Cezayir französisch, als die Bildung einer algerischen Nation noch in den Anfängen steckte. Eine 37.000 Mann starke Invasionsarmee eroberte das Land. Frankreich setzte den Dey (Militärbefehlshaber) ab und übernahm die Verwaltung. Der 15-jährige Widerstand des Berberfürsten Abd el-Kader wurde unter Einsatz harscher Kampfmethoden wie „verbrannter Erde“ bis 1847 gebrochen. Ebenso brutal wurde der 1871 in der Kabylei ausgebrochene Aufstand niedergeschlagen. Diese Region wurde unter Ausnahmezustand gestellt, die Anführer wurden exekutiert oder deportiert, 36 Mio. Francs Kontributionen eingetrieben und 450.000 Hektar Land zur Strafe beschlagnahmt. Am 26. August 1881 wurde Algerien gar zum Bestandteil Frankreichs erklärt und in die drei Departments Oran, Algier und Constantine zuzüglich des nach Sonderstatut verwalteten Sahara-Territoriums gegliedert. Im Unterschied zu Marokko und Tunesien galt damit in Algerien allein der Gedanke an nationale Unabhängigkeit als Hochverrat.

Die autochthone Bevölkerung in Algerien besteht zu 70-80% aus Arabern, zu 20-30% aus Berbern. Letztere sind insbesondere in der Kabylei, den Aurès-Bergen, um Ghardaïa und im saharischen Tuareggebiet ansässig. Fast alle Araber und Berber bekennen sich zum sunnitischen Islam, der sufistische und orthodoxe Strömungen aufweist. Nach der französischen Eroberung wurden die Einheimischen zu

Untertanen erklärt, da ihnen Paris wegen angeblicher kultureller Rückständigkeit das Bürgerrecht verwehrte. Nur wenn sie sich individuell assimilierten und das muslimische Familien- und Erbrecht aufgaben, konnten sie den Antrag auf die französische Staatsbürgerschaft stellen.

Die rechten französischen Parteien legten in Algerien den Schwerpunkt auf nationale Interessen sowie die Förderung der europäischen Besiedlung und des Christentums. Die linken Parteien beriefen sich auf die emanzipatorischen Ideen von 1789 und stellten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in Aussicht. Doch waren die französischen Sozialisten bis Ende der 1950er-Jahre davon überzeugt, dass die muslimische Bevölkerung rückständig sei und nur im Rahmen der französischen Republik zu allmählicher Emanzipation finden könne. Noch 1954 verteidigte François Mitterrand als sozialistischer Innenminister vehement die Zugehörigkeit Algeriens zu Frankreich und rechtfertigte das harsche Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Aufständische. Nur die Kommunistische Partei Frankreichs unterstützte grundsätzlich die Unabhängigkeit.

Die europäischen Einwanderer waren sprachlich und kulturell heterogen zusammengesetzt. Im Westen wanderten überwiegend Spanier ein, in der mittleren Küstenzone Franzosen und Italiener, im Osten Franzosen, Italiener und Malteser. Darunter fanden sich reiche Großgrundbesitzer und Unternehmer, mehrheitlich aber Angehörige der unteren Mittelschicht und Arbeiter. Franzosen in Europa pflegten mit Geringschätzung auf die *pieds-noirs*⁶⁾ herabzublicken - sie betrachteten die Algerienfranzosen als keine echten Franzosen, als proletarische Emporkömmlinge oder als nach Afrika ausgewanderte gescheiterte Existenzen. Viele *pieds-noirs* kompensierten ihren Minderwertigkeitskomplex einerseits mit lautstarkem französischen Nationalismus, andererseits mit der Diskriminierung der als barbarisch und bedrohlich empfundenen muslimischen Bevölkerung. Bestrebungen der Metropole, den muslimischen Einwohnern mehr Rechte zu verleihen, setzten die Siedler vor Ort und über ihre Lobby in Paris hartnäckigen Widerstand entgegen. Darüber hinaus kämpften die *pieds-noirs* auch gegen die Emanzipation der kleinen, 1927 ca. 74.000 Menschen zählenden jüdischen Minderheit, da sie darin den ersten Schritt zur Gleichstellung der Muslime sahen.

Bevölkerungsentwicklung in Algerien				
Abb.1	1926	1961	1990	2008
Jahr				
Einwohner	5.984.000	10.700.000	25.324.000	34.080.000
Algerier	5.147.000	ca. 9.700.000	ca. 24.360.000	ca. 34.000.000
Europäer	836.000	ca. 1.000.000	60.000	wenige Zehntausend
Jährl. Zunahme	k.A.	k.A.	3,1% (Ø 1980-88)	1,7% (Ø 2000-09)

Quellen: Gothaisches Jahrbuch 1928, Der Fischer Weltatlas 1963/1992/2012 Gestaltung: Redaktion ÖMZ/Dieter Hüttner

Die meisten muslimischen Algerier empfanden die französische Herrschaft als brutale Usurpation. Die Siedler kontrollierten über 2 Mio. Hektar des besten Landes. Kultur und Religion der angestammten Bewohner wurden als rückständig und minderwertig angesehen. In der Mehrzahl der ländlichen „communes mixtes“ wurde die muslimische Bevölkerung von französischen Beamten fremdverwaltet. In städtischen Gebieten dominierten die europäischen Siedler die Verwaltung, und nur in kleinen Schritten erhielten die Muslime mehr Rechte zugestanden. De facto herrschte eine soziale Segregation. Nur wenige Muslime hatten die Möglichkeit, französische Schulen zu besuchen, und sie unterstanden diskriminierenden Strafgesetzen. Ökonomischer Druck zwang viele von ihnen, Land zu verkaufen und bei französischen Bauern, Händlern oder Unternehmern zu arbeiten. Algerienfranzosen bejegneten ihnen nicht selten mit Rassismus. Wer

sich wie der in Algier aufgewachsene Dichter Albert Camus für einen Interessenausgleich einsetzte, wurde von Landsleuten angefeindet.

Manche muslimischen Algerier, die französische Schulen besucht oder im europäischen Frankreich gearbeitet hatten, wurden von der „mission civilisatrice“ angezogen. So erklärte 1936 der gemäßigte muslimische Politiker Ferhat Abbas, dass es keine algerische Nation gebe und die Geschicke des Landes untrennbar mit der französischen Mission verbunden seien. Doch leisteten die Siedler erfolgreichen Widerstand gegen einen Assimilationskurs. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die große Mehrzahl der Muslime dezidiert von Frankreich abwandte, eine eigene nationale Identität suchte und die vollständige Unabhängigkeit anstrebte. Auch Ferhat Abbas wählte schließlich diesen Weg und schloss sich 1954 dem Befreiungskrieg an.

Im Jahr 1931 rief Abdelhamid Ben Badis die „Vereinigung der islamischen algerischen Gelehrten“ ins Leben. Sie stellte der französisch-europäischen eine algerisch-muslimische Identität entgegen und förderte die Emanzipation von unten durch Gründung muslimischer Schulen, Vereine und Selbsthilfeeinrichtungen. Insbesondere auf dem Land ist die algerische Gesellschaft überwiegend konservativ-religiös, und der Islam wurde zu einer wichtigen Inspiration des als „Dschihad“ bezeichneten Befreiungskampfs.

In beiden Weltkriegen kämpften Hunderttausende Algerier für Frankreich bzw. arbeiteten im Mutterland in Waffenfabriken. Die im Zeichen der Selbstbestimmung stehende, von General Charles de Gaulle mitgetragene „Atlantikcharta“ (1941) weckte große Erwartungen bei Algeriern. Doch nach Kriegsende waren de Gaulle und seine Nachfolger bestrebt, die Macht der „Grande Nation“ in Afrika und Asien wieder herzustellen. Als heimkehrende muslimische Soldaten bei der Siegesfeier am 8. Mai 1945 in Sétif erstmals öffentlich grün-weiße nationalistische Fahnen schwenkten, kam es zu Scharmützeln mit Polizisten, und aufgebrachte Muslime töteten an die 100 Europäer. Noch fataler war die darauf folgende Repression: Französische Soldaten, Polizisten und Siedlermilizen brachten zwischen 10.000 und 45.000 Muslime um, auch in von Unruhen gar nicht betroffenen Gebieten.

Sétif war ein Wendepunkt; die 1949 von den Behörden organisierte Wahlfälschung tat ein Übriges. Nationalisten organisierten nun im Untergrund die Front de libération nationale (FLN) mit dem militärischen Arm Armée de libération nationale (ALN). Am Allerheiligentag 1954 schlugen die Freischärler an mehreren Orten gleichzeitig zu. Zunächst hielt man in Paris und Algier die Aufstände für lokale Ereignisse, doch spätestens 1955 wurde klar, dass man es mit einer landesweiten, gut organisierten Rebellion zu tun hatte, die sich auch auf externe Hilfe stützen konnte (an erster Stelle das Ägypten von Gamal Abdel Nasser). Auch wurde der Aufstand durch eine zündende Ideologie zusammengeschweißt: Kampf für eine unabhängige algerische Nation auf der Grundlage des arabischen Sozialismus und des Islam. Die Mischung aus Sozialismus und Religion war Algerien-typisch - vorherrschend war in der arabischen Welt damals ein säkularer sozialistischer Nationalismus.

Immer wieder musste Algerien den Franzosen als Kompensationsobjekt für vorangegangene Niederlagen herhalten: Nach dem Sturz Napoleons I. in den 1830er-Jahren, nach

dem Verlust Elsass-Lothringens (1871), nach der Demütigung durch das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg wie auch nach dem Verlust der Schlacht von Dien Bien Phu und damit Indochinas (Mai 1954). Bewusst suchte die FLN damals die Schwäche Frankreichs zu nutzen und begann sechs Monate später am 1. November 1954 den Aufstand. Regierung und Armee nahmen die Herausforderung an und sahen in Algerien die Gelegenheit zur Revanche.

Frankreich bekämpfte die Aufständischen mit großer Brutalität: Dörfer und Felder wurden mit Napalmbomben belegt, ganze Landstriche ausgehungert und umgesiedelt, gefangene Kämpfer gefoltert, mitunter auch liquidiert. Frankreich konnte beachtliche militärische Erfolge feiern: Hochrangige FLN-Politiker einschließlich des späteren Staatspräsidenten Ahmed Ben Bella wurden am 22. Oktober 1956 gefangen genommen, als die französische Armee ihr von Rabat nach Tunis fliegendes marokkanisches Verkehrsflugzeug über dem Mittelmeer zur Landung in Algier zwang. In der „Schlacht um Algier“ wurde 1957 die FLN-Führung in der Metropole zerschlagen. Die Grenzen zu Tunesien und Marokko wurden mit Sperranlagen erfolgreich abgeriegelt. Den im Landesinnern verbliebenen Guerilleros wurde der Nachschub durch die zwangsweise Umsiedlung von 2 Mio. Algeriern in Wehrdörfer gekappt. Die viertgrößte Militärmacht der Welt bot über 400.000 Soldaten auf und rekrutierte 60.000 Mann muslimische Hilfstruppen (harkis) zuzüglich Dorfmilizien. Die 1959 von General Maurice Challe eingeleitete Offensive fügte der ALN schwere Verluste zu. Die Zahl ihrer Kämpfer im Land sank von 21.000 auf 10.000.

Allerdings konnte Frankreich den Gegner nie vollständig niederkämpfen. Noch entscheidender war, dass Paris den Krieg politisch verlor. Die Regierenden erkannten nicht, wie groß Ablehnung und Hass inzwischen waren. Die brutalen Kampfmethoden untergruben die Legitimität des Vorgehens, im Mutterland wie auf internationaler Bühne, und trieben zögerliche Muslime auf die Seite der FLN. Auch kamen die Mitte der 1950er-Jahre einsetzenden französischen Reformversprechen zu spät, um eine kritische Masse von Algeriern für eine von Frankreich offerierte Lösung zu gewinnen. Schließlich entglitt dem Mutterland die Kontrolle über die pieds-noirs und Teile der in Algerien-Armee, die mit militanten Demonstrationen, Streiks, einem Putschversuch (21. April 1961) und brutalem Terror in Algerien und im Mutterland den „Ausverkauf“ zu stoppen suchten. Doch verscherzten sich die Algerienfranzosen damit die Sympathien einer zunehmend kriegsmüde werdenden französischen Bevölkerung.

Wechselnde schwache Regierungschefs der IV. Republik versuchten erfolglos, das Algeriendesaster zu lösen. Die Wende kam mit Charles de Gaulle: Die Algerienkrise brachte ihn im Mai 1958 als „starken Mann“ an die Regierung zurück. Vor Ort setzten Siedler und Militärs illusionäre Erwartungen in de Gaulle. Denn dieser sah im Algerienkonflikt primär ein Mittel zur Etablierung einer reformierten V. Republik mit auf ihn zugeschnittener, präsidialer Verfassung.

Als de Gaulle im Mai 1961 den Tabubruch direkter Verhandlungen mit dem FLN wagte und schließlich der Unabhängigkeit Algeriens zustimmte, wurde dies von den meisten Siedlern und manchen Offizieren als „Verrat“ empfunden. Richtig ist, dass sich de Gaulle schrittweise von der Algérie française verabschiedete. Doch wollte er das Territorium nicht völlig aufgeben. Wie in seiner Rede vom 16. September 1959 ausgeführt, präferierte er ein mit Frankreich außenpolitisch und wirtschaftlich eng verbundenes Algerien, das entsprechend seiner komplexen Bevölkerungsstruktur föderal organisiert war. Sein Ziel war es, den militärischen Druck zu erhöhen und der FLN die muslimische Bevölkerung durch politische Reformen und ein großzügiges Entwicklungsprogramm abspenstig zu machen. Doch war er in den Folgejahren Realist genug, um zu erkennen, dass keine algerischen

Verhandlungspartner für den favorisierten „Dritten Weg“ zur Verfügung standen. Zudem kam de Gaulle zum Ergebnis, dass eine fortdauernde Aufstandsbekämpfung auf lange Zeit erhebliche Ressourcen binden und Frankreich außenpolitisch isolieren würde. Dies hätte sein vorrangiges Ziel gefährdet, Frankreich als europäische Vormacht und atomar bewaffnete Großmacht in Distanz zu den USA zu etablieren.

Für die leichtlebigen, rebellischen, im Zweiten Weltkrieg eher Vichy-nahen Algerienfranzosen hegte der katholische, auf Disziplin bedachte de Gaulle ohnehin keine großen Sympathien. Neuere Forschungen verweisen auch darauf, dass er angesichts der demographischen Entwicklung eine künftige Masseneinwanderung algerischer Muslime nach Frankreich fürchtete und deren Integrierbarkeit bezweifelte.⁷⁾ Denn Frankreich stand vor dem gleichen Dilemma wie heute die Befürworter eines „Groß-Israel“: Eine Demokratie kann langfristig einem Teil der Bevölkerung auf seinem Staatsgebiet gleiche staatsbürgerliche Rechte nicht verweigern.

Im „Abkommen von Evian“ (18. März 1962) musste de Gaulle frühere Forderungen herunterschrauben. Immerhin konnte er Garantien für die französischen Interessen in der Sahara, eine befristete Weiternutzung der Flottenbasis Mers-el-Kebir, weiterer Stützpunkte und des nuklearen Sahara-Testgeländes sowie eine dreijährige Übergangsfrist für verbleibende Algerienfranzosen bis zur Option für die algerische oder französische Staatsbürgerschaft durchsetzen. Der Verbleib der Europäer war freilich infolge des Terrors radikaler Siedler und des FLN-Gegenterrors keine realistische Option mehr. Über 800.000 Algerienfranzosen setzten sich panikartig ab 1962 nach Frankreich ab.

Es gelang de Gaulle, den Verlust Algeriens mit wirtschaftlichem Aufschwung und neuer außenpolitischer Größe zu überspielen. Doch ist das Thema Algerien bis heute ein nationales Trauma. Die Beziehungen zwischen Paris und Algier sind von Hassliebe geprägt, obwohl bis heute eine enge wirtschaftliche Verflechtung besteht. Erst 1999 erklärte sich Frankreich bereit, den achtjährigen Kampf als „Krieg“ anzuerkennen - bis dahin hatte man an der Fiktion einer „Polizeiaktion“ festgehalten. Bedauern über die dunklen Seiten der französischen Herrschaft wird inzwischen offiziell eingeräumt, doch wird die von Algerien geforderte Entschuldigung bis heute verweigert. Und erst im April 2012 erkannte Staatspräsident Nicolas Sarkozy die französische Verantwortung für das Schicksal der Harkis an - de Gaulle hatte ihnen 1962 kategorisch die Übersiedlung nach Frankreich verweigert, Zehntausende wurden nach der Unabhängigkeit von FLN-Anhängern als „Verräter“ massakriert, und diejenigen Harkis, denen dennoch die Flucht nach Frankreich gelang, leben dort bis heute in häufig erbärmlichen Verhältnissen.

Die Folgen des Befreiungskriegs für die algerische Politik

Der Befreiungskrieg wurde zum Gründungsmythos des unabhängigen Algerien. In der Tat entstand erst im Widerstand die algerische Nation. Basierend auf den historischen Erfahrungen ist die algerische Politik bis heute in besonderem Maß um Unabhängigkeit und Autarkie bemüht. So werden externe Interventionen in Nordafrika und im Sahelraum dezidiert abgelehnt.⁸⁾

Freilich ist das offizielle Geschichtsbild von Mythen überlagert und dient der Rechtfertigung autoritärer Strukturen. Eine Generation lang konnte die Einheitspartei FLN von der Dankbarkeit der Algerier profitieren, die sich noch gut an koloniale Unterdrückung erinnern konnte. In den 1980er-Jahren begann sich dies zu ändern. Junge Algerier kannten den Befreiungskrieg allenfalls aus Erzählungen und maßen die Politiker an ihren aktuellen Leistungen.

Problematisch war, dass bei der Befreiungsbewegung von Anfang an der militärische den politischen Flügel dominierte. Vielleicht war ein solches Vorgehen notwendig, um den Widerstand gegen einen übermächtigen Gegner zu stärken. Doch führte es zu einer Militarisierung des algerischen Staates.⁹⁾

Im Krieg übte die Befreiungsbewegung massive Gewalt auch gegen Algerier aus. Wer mit Frankreich paktierte, wurde verstümmelt oder exekutiert. Aber auch die Anhänger des rivalisierenden Nationalisten Messali Hadj wurden brutal verfolgt. Schließlich wurden interne Machtkämpfe mit Gewalt gelöst, so wurde 1957 Ramdane Abbane von Rivalen ermordet. Vor der Unabhängigkeit (5. Juli 1962) verdrängte die Allianz zwischen Ahmed Ben Bella und Generalstabschef Houari Boumedienne gewaltsam die von Ben Youcef Ben Khedda geführte „Provisorische Regierung“ und deren Anhänger. Boumedienne hatte im Krieg den Militärgesamtdienst mit aufgebaut. Nach der Unabhängigkeit wurde die „SM“ (Securité militaire) zu einem gefürchteten 1962 lebten noch sechs der neun „historischen FLN-Führer“ - davon wurden fünf ins Exil getrieben, drei schließlich gar ermordet.

Als sich der erste Staatspräsident Ben Bella zunehmend dem Marxismus zuwandte, die wirtschaftlichen Probleme nicht in den Griff bekam und die Macht seines Verteidigungsministers Boumedienne zu beschränken suchte, setzte ihn dieser am 19. Juni 1965 durch einen Militärputsch ab und übernahm das Präsidentenamt.

Kritische Algerier sehen einen Gegensatz zwischen der „demokratischen FLN“ von 1954, die in ihrer am 1. November verabschiedeten Charta „die Wiederherstellung des souveränen, demokratischen und sozialen Staats im Rahmen der islamischen Prinzipien“ und „die Respektierung aller Grundfreiheiten ohne Unterschied der Rasse oder der Konfession“¹⁰⁾ versprochen hatte, und der „autokratischen FLN“ späterer Jahre, die sich zur alleinigen Vollstreckerin des Volkswillens erklärte. Wer politischen oder kulturellen Pluralismus forderte, wurde unter Ben Bella wie Boumedienne inhaftiert oder ins Exil getrieben. Pfeiler der Macht waren Militär, Geheimdienste und Ministerialbürokratie; die FLN wurde zu einer eher einflusslosen, entpolitisierten Fassade degradiert. Manche Forscher sprechen mit Bezug auf osmanische Vorbilder von einer „Serail“-Herrschaft: Staat und Institutionen sind de facto entmachtet, eigentliche Träger der Macht Cliques, die sich auf Klientelnetzwerke stützen.¹¹⁾

Bereits 1963 hatte der FLN-Mitbegründer Mohammed Boudiaf in seinem Gefängnistagebuch „Wohin geht Algerien?“ fundamentale Fehlentwicklungen angeprangert: „*Totale Abwesenheit von Ausdrucks- und Meinungsfreiheit (...), absolute Kontrolle über die Presse und alle Propagandamittel (...), Verstärkung des Polizeiapparats (...), Existenz und Verstärkung eines Militärapparats (...), demagogischer Appell an die Massen (...), Rückgriff bei jeder neuen Schwierigkeit auf Ablenkungsmanöver*“¹²⁾ und Boudiaf prophezeite, dass das Regime entweder untergehen oder mit Gewalt an der Macht bleiben würde.

Bei der Unabhängigkeit wurde die Zulassung von Pluralismus mit dem Argument unterbunden, dass angesichts der kriegsbedingten Zerrüttung des Landes bis auf Weiteres eine straffe Führung erforderlich sei. In der Tat: 70% der Algerier waren 1963 arbeitslos, Millionen Landbewohner waren vertrieben, 90% der Lehrer nach Frankreich zurückgekehrt, und noch 1964 deckten die Einnahmen nur 60% der

Ausgaben.¹³⁾ Doch als Algerien seine Gründungsprobleme überwunden hatte, saßen die Machthaber fest im Sattel, und eine offene Diskussion fand nicht mehr statt. Mit populistischen Referenda verschafften sie sich Legitimation, so 1976 bei der Abstimmung über Boumediennes neue Verfassung, die den Sozialismus auf islamischer Grundlage festschrieb und die Position des exekutiven Staatspräsidenten stärkte.

Die Staatspartei verordnete Algerien eine unitaristische Identität: Die Nation wurde als arabisch-islamisch definiert. Allein deshalb sahen Christen und Juden in ihrer Heimat keine Zukunft, und die berberische Minderheit wurde massivem Assimilierungsdruck ausgesetzt. In der auch entwicklungsmäßig benachteiligten Kabylei kam es immer wieder zu Unruhen und Aufständen (1963, 1974, 1980, 2001).

Schon bald nach der Unabhängigkeit wurden Arabisierungskampagnen gestartet, um den Einfluss des Französischen und der Berberdialekte zurückzudrängen. Doch pflegte die Elite weiterhin Französisch zu sprechen und bilinguale Schulen und Universitäten zu besuchen. Die Arabisierungskampagnen produzierten Generationen benachteiligter Nur-Arabophoner, die kaum Chancen auf Anstellung hatten. Problematisch war auch, dass hierfür Lehrer aus Ägypten eingestellt werden mussten, die mit den Ideen der Muslimbrüder sympathisierten. Zunehmend machten islamistische Organisationen dem modernistischen, vom Ministerium für Religiöse Angelegenheiten überwachten Staatsislam Konkurrenz. In Armenvierteln gründeten sie Schulen, Krankenhäuser und Sozialeinrichtungen. Zulauf hatten die Islamisten insbesondere bei den in die Städte gezogenen, kulturell entfremdeten Landbewohnern, bei kleinen Geschäftsleuten sowie bei perspektivlosen Jugendlichen, die im Islamismus ein neues Lebens- und Selbstwertgefühl fanden - selbst wenn sie inhaltlich nicht mit allen Regeln und Normen übereinstimmten.

Der Weg in die Krise

Der asketisch auftretende Sozialist und fromme Muslim Houari Boumedienne genießt noch heute Ansehen bei älteren Algeriern. Seine auf Schwerindustrialisierung zielende sozialistische Entwicklungspolitik schuf Arbeitsplätze und weckte Hoffnungen auf eine bessere Zukunft. 1971 nationalisierte Boumedienne die bis dahin weitgehend französische Ölindustrie und vollendete damit in den Augen vieler Algerier den Kampf um nationale Unabhängigkeit. Auch gefiel seine selbstbewusste Außenpolitik: Boumedienne stand für Entkolonialisierung, Blockfreiheit und eine

neue Weltwirtschaftsordnung. Als Sprecher der Dritten Welt konnte sich Algerien international profilieren.

Doch legte Boumedienne auch die Grundlagen für den Überwachungsstaat. Verdiente FLN-Rivalen wie Mohammed Khider (1967) und Krim Belkacem (1970) wurden ermordet. Persönlich war er nicht korrupt, doch duldete er bei manchen Amtsinhabern Verfehlungen, da sie dann erpressbar waren. Seine Fokussierung auf Schwerindustrie und landwirtschaftliche Kollektivierung produzierte eine ineffektive, bürokratische Staatswirtschaft. Insbesondere in der Landwirtschaft löste diese gescheiterte Politik eine bis heute anhaltende Krise aus. Algerien wurde vom Selbstversorger zum Importeur von Grundnahrungsmitteln.

Nach Boumediennes unerwartetem Tod (1978) setzte sich der Reformler Chadli Benjedid durch. Er versprach den Algeriern ein „besseres Leben“ und investierte nun in die Konsumgüterproduktions- und Sozialinfrastruktur. Schrittweise rückte er von der sozialistischen Planwirtschaft ab und eröffnete dem Privatsektor größere Entfaltungsmöglichkeiten innerhalb der fortbestehenden Staatswirtschaft. Damit ging freilich eine zunehmende Bereicherung der Machteliten einher, denn sie konnten als Vermittler oder Lizenzgeber bei Außenhandelsgeschäften und Auslandsinvestitionen mitkassieren.

Benjedid suchte den islamischen gegen den sozialistischen FLN-Flügel zu instrumentalisieren. 1984 initiierte er ein neues Familienstatut, das die Frauen weitgehend dem Familienoberhaupt bzw. Ehemann unterstellte und den einstigen Idealen der FLN widersprach. Islamistische Kräfte gewannen dadurch Selbstbewusstsein und forderten weitergehende Veränderungen, manche gar einen islamischen Staat. Von 1984-87 musste die Armee erstmals eine islamistische Aufstandsbewegung unter Mustafa Bouyali niederkämpfen.

Zunehmend konzentrierte sich Algerien nun auf den einträglichen Erdöl- und Erdgassektor. Damit machte sich das Land aber abhängig von Importen von Nahrungsmitteln und Verbrauchsgütern. 98% der Deviseneinnahmen entfielen auf den Energiesektor. Als der Ölpreis 1986 dramatisch einbrach, brach auch das Vertrauen in das herrschende



Vom Balkon des französischen Generalgouvernements in Algier rief Charles de Gaulle am 4. Juni 1958 den „pieds-noirs“ den zweideutigen Satz „Je vous ai compris“ (Ich habe Euch verstanden) zu. An der Stelle des einstigen Monuments für die französischen Gefallenen steht heute ein Denkmal (Bild) des Befreiungskrieges.

System zusammen. Die Exporteinnahmen schrumpften um die Hälfte. Algerien musste 87% seiner Deviseneinnahmen für den Schuldendienst verwenden und massive Ausgaben- und Importkürzungen verfügen. Die Schere zwischen Bevölkerungswachstum und - 1987/88 sogar negativem - Wirtschaftswachstum klappte immer weiter auseinander, die Arbeitslosigkeit stieg 1988 auf 25%. Die Preise für Grundnahrungsmittel schnellten empor, die Dienstleistungen des Staates brachen vielerorts zusammen.

Demokratisches Experiment nach dem „Schwarzen Oktober“ 1988

Der Oktober 1988 war der größte Einschnitt in der Geschichte des unabhängigen Algerien. Eine überregionale Jugendrevolte fegte binnen weniger Tage die Einheitspartei FLN weg. Säkulare Gegendemonstranten vereinigten sich mit Islamisten gegen die Staatsmacht und ließen ihre Wut an den „Profiteuren“ aus. Wie auch heute in der arabischen Welt entluden sich auf den Straßen jahrzehntealte Frustrationen, doch fehlte es an konkreten politischen Programmen, und nur eine einzige Bewegung war gut organisiert: die Islamisten.¹⁴⁾

Die Jugendrevolte wurde schließlich von der Armee blutig gestoppt. Rund 500 Menschen wurden getötet. Damit diskreditierte sich das Militär allerdings - die „Armee des Volkes“ hatte auf die eigenen Kinder geschossen. Staatspräsident Bendjedid setzte daraufhin eine Öffnung durch: In der neuen Verfassung von 1989 wurden das Monopol der FLN aufgegeben, Mehrparteiensystem und Meinungsvielfalt zugelassen, der Sozialismus abgeschafft sowie die Grund- und Menschenrechte garantiert. Es war ein faszinierendes Experiment. Nach jahrzehntelangem autoritärem Mief wurde nun erstmals öffentlich frei diskutiert, und der algerische Staat genehmigte auch die Gründung islamisch orientierter Parteien - im Gegenzug ließen sich diese auf die nicht von allen Anhängern befürwortete Demokratie ein.

Doch bedeuteten Mehr-Parteien-Wahlen noch nicht das Ende des autoritären Systems. Armee und Geheimdienste waren es gewohnt, aus dem Hintergrund die Fäden zu ziehen. Hatten sie dieses Spiel früher mit den Flügeln der Einheitspartei FLN praktiziert, setzten sie es nun mit den neu gegründeten Parteien fort. Bis heute erfolgt Manipulation: Wahlergebnisse werden korrigiert, regierungsnahe Parteien gefördert, unerwünschte benachteiligt, durch Gründung konkurrierender Parteien marginalisiert oder durch Provokateure diskreditiert. Hugh Roberts sieht das Dilemma in der strukturellen Militarisierung des algerischen Staates: Judikative, Legislative und selbst die Exekutive bis hinein ins Präsidialbüro würden von den Sicherheitskräften kontrolliert. Erst nach Beseitigung dieser strukturellen Militarisierung sei echte Demokratisierung möglich.¹⁵⁾

Benjedid förderte die neu gegründete Front islamique du salut (FIS), da er die Linke endgültig entmachten und eine Allianz aus Liberalen und gemäßigten Islamisten schmieden wollte. In der ersten Runde der Parlamentswahl am 26. Dezember 1991 zeichnete sich freilich ein unerwarteter Erdrutschsieg der Islamisten ab. Erfolgreich hatte sich die FIS als neue „Front“ gegen das verhasste System und legitimer Erbe der „wahren“, islamisch fundierten FLN positioniert.

Zwei Wochen danach erfolgte am 11. Januar 1992 ein Staatsstreich der Armee. Geschickt hatten Armee und Geheimdienst die FIS vor der Wahl durch Schikanen, Ver-

haftungen und Provokateure radikalisiert, um einen Vorwand zum Eingreifen zu haben. Der Staatsstreich richtete sich aber nicht nur gegen die heraufbeschworene „islamistische Revolution“, sondern auch gegen Benjedids Reformpolitik, die die Pfründe des Establishments bedrohte.

Das „schwarze Jahrzehnt“

Die Verdrängung der Islamisten von der Macht führte zu einem von beiden Seiten erbittert geführten Bürgerkrieg. Parteichef Abbassi Madani hatte die FIS auf einen gemäßigten Kurs verpflichtet, dem sich auch sein radikalerer, salafistisch ausgerichteter Stellvertreter Ali Benhadj unterordnete. Nun waren alle FIS-Führer in Haft, und der islamistische Widerstand zersplitterte und radikalisierte sich. Le Seur weist darauf hin, dass die Mehrheit der Wähler die Islamisten im Parlament sehen wollte - doch infolge des Staatstreichs hatten nun immer radikalere Salafisten das Sagen. Sie lehnten die Demokratie grundsätzlich ab und hatten nun eine Rechtfertigung für einen nihilistischen Dschihad zur Etablierung einer islamistischen Utopie.¹⁶⁾ Zwischen 150.000 und 200.000 Menschen sollen zwischen 1991 und 2002 getötet worden sein, viele von ihnen in blutigen Massakern. Je fanatischer die radikalste Organisation Groupe Islamique Armé (GIA) agierte, desto brutaler und zynischer war die Antwort der Sicherheitskräfte und ihrer Hilfsmilizen. Nicht alle den Mudschaheddin angelasteten Morde wurden wirklich von diesen begangen. Bis heute ist der islamistische Terror Staatsfeind Nr. 1, doch dient er auch Militärs zur Rechtfertigung des eigenen Machtapparats und westlicher Subsidien. Bei der „Terrorisierung der Terroristen“ leisteten westliche Staaten diskrete Unterstützung. So lieferte Frankreich Nachtsichtgeräte und Hubschrauber.

Um dem Staatsstreich Legitimität zu verschaffen, wurde im Februar 1992 der angesehene FLN-Mitgründer Mohammed Boudiaf aus dem marokkanischen Exil geholt und als Vorsitzender des „Hohen Staatsrates“ eingesetzt. Doch nur vier Monate später wurde Boudiaf unter dubiosen Umständen von einem Leibwächter ermordet, der angeblich Islamist war. Nur wenige Algerier wollten dieser Version Glauben schenken. Mit seinem Vorgehen gegen Korruption hatte sich Boudiaf bei den Eliten Feinde gemacht. Seine Ermordung fügte dem Säkularismus einen schweren Schlag zu, wurde dadurch doch ein Politiker ausgeschaltet, der durch eine echte Reform von Staat und Politik den Islamisten Paroli bieten wollte.¹⁷⁾

Mit der Wahl von General a.D. Liamine Zéroual zum Staatspräsidenten (1995) wurde wieder mehr Pluralismus möglich. 1997 folgte eine Parlamentswahl mit wenigen zugelassenen Parteien, 1999 eine erneute Präsidentschaftswahl, die der frühere Außenminister Abdelaziz Bouteflika gewann. Zweimal wiedergewählt, amtiert er bis heute. Mit einem Amnestie- und Versöhnungsprogramm konnte Bouteflika 2002 den Bürgerkrieg beenden. Gemäßigte islamistische Parteien wurden in Koalitionen einbezogen, die FIS blieb aber verboten. Bouteflika galt zwar als Kandidat der Armee, doch gelang es ihm, Algerien wieder ein zivileres Gesicht zu geben. Nach seiner Wiederwahl 2004 war er stark genug, den Rücktritt des mächtigen Generalstabschefs Generalleutnant Mohammed Lamari und weiterer 36 Generäle durchzusetzen. Der Preis für den partiellen Rückzug des Militärs war freilich die von der Bevölkerung in einem Referendum mitgetragene Generalamnestie für alle Angehörigen der Sicherheitskräfte. Bis heute im Amt ist allerdings der dienstälteste Geheimdienstchef der Welt, der seit 1990 amtierende Generalleutnant Mohammed Médiène alias „Toufik“, ein Hardliner.

Im Frühling 2001 kam es in der Kabylei erneut zu Berber-Unruhen. Bouteflika gab schließlich nach, ließ unberechtigte Polizeigewalt verfolgen, erkannte Tamazight als „nationale Sprache“ an (weiterhin

hat es aber nicht den Status einer Amtssprache) und versprach ein regionales Entwicklungsprogramm. Doch steht eine nachhaltige Lösung der Berberfrage noch aus.

Seine Wiederwahl erreichte Bouteflika 2004 mit dem Versprechen eines umfassenden Reform-, Modernisierungs- und Sozialprogramms. Algerien investierte seit der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre erfolgreich in die Erschließung neuer Erdöl- und Erdgasvorkommen und Modernisierung der bestehenden Förderanlagen. Ab 2004 konnte das Land von einem hohen Ölpreis profitieren. Heute verfügt das Land über Devisenreserven von 200 Mrd. USD und ist nur noch gering verschuldet. Doch sind die Versäumnisse der Vergangenheit immens, und die bürokratischen Mühlen mahlen langsam.

Rückzugsgebiete der Dschihadisten

Eine islamistische Fraktion kämpft bis heute, was auch Vorteile für die Regierung hat, konnte sie sich doch nach dem 11. September 2011 als enger Partner der USA im Anti-Terror-Kampf positionieren. 1998 hatte sich die Groupe salafiste pour la prédication et le combat (GSPC) von der GIA abgespalten. Im Januar 2007 benannte sie sich in Al Qaida des Islamischen Maghreb (AQIM) um und änderte ihre Strategie und Taktik, griff z.B. nun auch zu Suizidanschlägen. Im Fokus ist nun auch der „ferne Feind“ (USA, Europäische Union). Sie sieht sich als Teil des weltweiten Al Qaida-Netzwerks, dürfte aber eigenständig operieren.¹⁸⁾

Unter wachsendem Verfolgungsdruck zog sich AQIM-Führer Abdelmalek Droukdel mit vielleicht 1.000 Mann in das schwer zugängliche Bergland der Kabylei zurück, wo viele Berber der arabisch dominierten Regierung in Algerien misstrauisch gegenüberstehen. Immer wieder glückten der AQIM Anschläge auch anderswo, z.B. im Einzugsgebiet von Algier. Doch konnten die Sicherheitskräfte zuletzt Erfolge feiern. So wurde am 14. Oktober 2012 in der Nähe des mutmaßlichen AQIM-Hauptquartiers deren Beauftragter für auswärtige Angelegenheiten, Boualem Bekai alias Khaled al-Mig, getötet. Danach konnten vier weitere AQIM-Führer liquidiert werden. Die jüngsten Erfolge beruhen auch darauf, dass sich die örtliche Berber-Bevölkerung zunehmend von kriminellen Aktivitäten der AQIM wie Lösegeldentführungen brüskiert sieht und der Polizei Hinweise gibt.

Angesichts des Verfolgungsdrucks im Norden gewinnt seit 2009 der Sahelraum für die AQIM an Bedeutung. Die zwei bedeutendsten Kampfgruppen im Grenzgebiet Algerien/Mauretanien/Mali/Niger zählen jeweils ca. 150 bis 200 Mann. Sie operieren weitgehend autonom von der AQIM-Führung und finanzieren sich mit Verschleppungen von Europäern und Schutzdiensten für Schmuggler. 2012 mischten sie tatkräftig beim islamistischen Umsturz in Nordmali mit.

Im Mali-Konflikt setzte Algerien auf eine politische Lösung. Staatspräsident Bouteflika rang sich nur dazu durch, die im Dezember 2012 vom UNO-Sicherheitsrat beschlossene Militärmission der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS inklusive einer EU-Ausbildungsmission zu dulden. Eine aktive Unterstützung lehnte er ab. Diese Haltung wurzelt zum einen in der algerischen Politik prinzipieller Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Zum anderen verfolgt Algerien eine „Festungsstrategie“, d.h.



Autor

„Paris in Afrika“: Die von den Franzosen angelegte Neustadt in Algier wird heute von Algeriern bewohnt (Bild).

die Abriegelung seiner Südgrenze gegenüber Terroristen. Manche Beobachter unterstellten den Sicherheitskräften gar eine pragmatische Duldung der AQIM-Süd im Sahelraum - um sie fernzuhalten bzw. zu instrumentalisieren.

Angesichts des unerwarteten Vormarsches islamistischer Milizen in Mali Richtung Süden entschloss sich Frankreich am 11. Januar zu einer riskanten Militärintervention. Die algerische Regierung gewährte der französischen Luftwaffe Überflugrechte, was bei vielen Algeriern höchst unpopulär ist, da man die frühere Kolonialmacht nicht an seiner Südgrenze stationiert wissen will. Auch musste man für diese Entscheidung mit einem Racheakt bezahlen: Auf Befehl von „Emir“ Mokhtar Belmokhtar nahm ein Dschihadisten-Kommando in der Sahara-Gasanlage In Amenas am 16. Januar rund 800 Geiseln. Nach tagelanger Belagerung wurde das Gelände von algerischen Spezialeinheiten gestürmt. An die 40 Ausländer wurden getötet. Die Erstürmung einer von Hunderten Soldaten bewachten Anlage war eine Demütigung der Staatsmacht, der es bisher gelungen war, Angriffe auf den Energiesektor auf kurzfristige Unterbrechungen von Pipelines zu beschränken. Jeremy Keenan hält sogar eine Geheimdienst-gesteuerte Operation für möglich, die gegebenenfalls aus dem Ruder lief. Ziel sei wahrscheinlich gewesen, Bouteflikas frankreichnahen Kurs zu unterminieren und die westlichen Mächte vor den Folgen weiterer Militärinterventionen zu warnen.¹⁹⁾

Berichte von der Tötung Belmokhtars bestätigten sich nicht. Doch wurde nachweislich der Führer der zweiten Sahara-Kampfgruppe, „Emir“ Abdelhamid Abu Zaïd, von mit Frankreich verbündeten tschadischen Soldaten getötet.

Wirkliche Reformen stehen noch aus

Die Regierung reagierte 2011 auf die Jugendrevolten sowie kleinere Demonstrationen von Gewerkschaften, Bürgerrechts- und Oppositi-



Blick auf die „weiße Stadt“ Algier.

onsgruppen mit einer Doppelstrategie aus Nachgiebigkeit und Repression. Staatspräsident Bouteflika sagte die Ausarbeitung einer neuen Verfassung im Dialog mit den Bürgern zu. Die Preiserhöhungen wurden zurückgenommen und die Gehälter von Beamten und Polizisten erhöht. Demonstrationen wurden erlaubt, aber nicht mehr in der Hauptstadt Algier, und von einem massiven Aufgebot an Sicherheitskräften begleitet. Der 19 Jahre alte Ausnahmezustand wurde im Februar 2011 aufgehoben, doch finden sich auch in vielen Sicherheitsgesetzen Bestimmungen für repressives Vorgehen. Auch wird zu massiver Cyber-Kontrolle bzw. -Attacken gegriffen.

Bereits 2010 wurde ein 286 Mrd. USD umfassender Fünfjahresplan zum Bau von Transportinfrastruktur, Kraftwerken, Wohnungen, Krankenhäusern usw. aufgelegt. Nachhaltige Verbesserungen der Lebensverhältnisse werden nun in der Tat angegangen. So wurden 2011-13 in Algier eine U-Bahn sowie in Algier, Constantine und Oran moderne Straßenbahnbetriebe eröffnet. Für die nächsten zehn Jahre plant die Regierung den Aufbau von Tramsystemen in 14 weiteren Städten (!) mit einem Investitionsvolumen von 4,6 Mrd. EUR. In einem Joint-Venture mit dem französischen Konzern Alstom werden die Straßenbahnfahrzeuge künftig im Land produziert und damit Arbeitsplätze geschaffen.²⁰⁾

Vor den Parlamentswahlen im Mai 2012 wurden zu den 23 bestehenden 21 weitere Parteien zugelassen. Die regierende FLN und ihr Koalitionspartner konnten ihre führende Stellung ausbauen. Hingegen erhielten drei erstmals in einer „Grünen Allianz“ vereinte islamistische Parteien überraschend nur 15,6%. Aufsehen erregte die Wahl von 145 statt bisher 31 Frauen ins Parlament aufgrund einer neu eingeführten Frauenquote. Ausländische Wahlbeobachter gratulierten, doch erhoben neun Oppositionsparteien den Vorwurf umfassenden Wahlbetrugs. Die Wahlbeteiligung betrug offiziell 42,9%. An vielen Wahllokalen hatten Journalisten und Beobachter freilich ein weit geringeres Interesse konstatiert.

Warum hat sich die Unruhe in der arabischen Welt bisher nicht stärker in Algerien bemerkbar gemacht? Mehrere Ursachen sind hierfür verantwortlich.²¹⁾ So besteht hier in der Tat ein gewisses Maß an Pluralismus und Pressefreiheit. Die Unzufriedenheit über die desaströsen Lebensverhältnisse, Behörden- und Polizeiarroganz sowie die Bereicherung der Eliten ist immens, doch weiß man, anders als in Ägypten, Tunesien oder Libyen, nicht so recht, gegen wen man die Wut richten soll. Staatspräsident Bouteflika ist vergleichsweise beliebt bzw. gilt als kleineres Übel. Die wirkliche Macht, genannt „le pouvoir“, liegt bei einem undurchschaubaren Zirkel von Generälen, Geheimdienstchefs, Bürokraten und lokalen Wirtschaftsklans. Gemäß Isabelle Werenfels wird das Land von „multiplen algerischen Machtzentren“ gesteuert, die nur schwer attackiert werden können.²²⁾ Auch verfügen sie neben politischer und militärischer über beträchtliche ökonomische Macht, die sie geschickt nutzen.

Die Unterschichten sind frustriert. Das Wirtschaftswachstum betrug zwischen 2006 und 2010 nur 2-3%. Zwei Drittel der Algerier wohnen bereits in Städten, pro Jahr kommen weitere 2,5% hinzu. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 10%, real mindestens bei 30%. 98% der Exporteinnahmen entfallen auf die Energieindustrie, doch bietet sie den Algeriern nur wenige Arbeitsplätze. 70% der Bevölkerung sind unter 30 Jahre und von Arbeitslosigkeit überproportional betroffen. Ein Drittel der unter 15-Jährigen kann weder lesen noch schreiben.²³⁾ Viele Jugendliche wohnen in völlig überbelegten Wohnungen und verbringen ihren Tag als „hitiste“ (Mauersteher) oder „trabendiste“ (Schmuggler). Gewalttätiger Protest ist zu einem alltäglichen Mittel der Kommunikation mit der Regierung geworden - 2011 gab es 11.000 solcher Aktionen, ausgelöst durch lokale Probleme. Und nicht weniger als 130 verzweifelte Algerier zündeten sich in diesem Jahr selbst an.²⁴⁾

Gewalttätige Jugendgangs haben in vielen grauen Trabantsiedlungen „no go areas“ für die Sicherheitskräfte etabliert, doch setzen sie bislang eher auf Abkoppelung vom Staat respektive Auswanderung nach Europa als auf die Reform des politischen Systems. Zu den Gewerkschaften und den Bürgerrechts- und Oppositionsgruppen der Mittelschicht gibt es kaum Verbindungen. Parteipolitiker gelten als egoistisch, machthörig und korrupt, sie können keine glaubwürdigen Führer aufbieten. Auch ist die algerische Gesellschaft sozial, kulturell und regional fragmentiert, was oppositionelle Kooperation erschwert.

Der Islam ist eine allgemein respektierte, nicht desavouierte Kraft, doch haben islamistische Parteien und Führer aufgrund der Exzesse des Bürgerkriegs an Renommee verloren. Die legalen islamistischen Parteien sind kooptiert und in Klientelnetzwerke eingebunden, was ihre Glaubwürdigkeit mindert. Zulauf hat laut Isabelle Werenfels an Moscheen und Universitäten derzeit der nicht gewaltorientierte Salafismus - vielleicht kommen von hier politische Impulse.²⁵⁾

Entscheidend ist zudem, dass die algerische Gesellschaft zutiefst traumatisiert ist: vom erbitterten Befreiungskrieg gegen Frankreich (1954-62), vom dauernden Machtkampf in der FLN und dem ständigen Feldzug gegen Abweichler und Minderheiten, schließlich vom Terror und Gegenterror des Bürgerkriegs (1991-2002). Viele Algerier ziehen sich resigniert ins Privatleben zurück und fürchten nichts mehr

als eine erneute Entfesselung der Barbarei. Die von der Regierung natürlich instrumentalisierten Beispiele Libyen und Syrien haben die politische Risikobereitschaft all jener Bürger weiter gedämpft, die etwas zu verlieren haben.

Ein wichtiges Datum wird 2014 sein, wenn die nächste Präsidentschaftswahl ansteht. Wie der scheidende Staatspräsident Bouteflika explizit ankündigte, wird dann ein umfassender Generationswechsel anstehen. Dieser Verjüngungsprozess wird zu Umwälzungen und Machtkämpfen führen. Junge, glaubwürdige, charismatische Führungspersönlichkeiten, die die politische Fragmentierung überwinden können, sind freilich weder bei der säkularen noch der islamistischen Opposition erkennbar. Auch das Regierungslager hat sich anscheinend noch nicht auf einen Nachfolgekandidaten für Bouteflika einigen können - zum neuen Premierminister wurde 2012 der eher farblose Technokrat Abdelmalek Sellal ernannt.

Noch offen ist, welche Folgen die vom Mali-Konflikt ausgelösten jüngsten Ereignisse in der algerischen Innenpolitik haben werden. Den Hardlinern könnten sie als Vorwand für einen repressiven Kurs dienen.

Das Jahr 2014 ist für Algerien Chance und Risiko zugleich. Gelingt ein geordneter Übergang mit mehr Pluralismus und weniger Einfluss der Sicherheitskräfte, kann sich Algerien auf die Lösung seiner sozio-ökonomischen Probleme konzentrieren, die vom Erdöl- und Erdgaspreis abhängige Rentenökonomie in eine arbeitsplatzschaffende diversifizierte Wirtschaft umbauen, statt der verordneten Einheitsidentität eine von allen Algeriern getragene nationale Identität suchen und regionalpolitische Verantwortung übernehmen, Differenzen mit dem Rivalen Marokko ausräumen, vielleicht auch Anstöße zur Wiederbelebung der Arabischen Maghreb-Union (AMU) geben. Bleibt es beim Status quo in neuem Gewand, wird Algerien weiter mit sich selbst beschäftigt sein. Sozio-ökonomische Fortschritte und (moderate) politische Reformen sind in diesem Fall nicht ausgeschlossen, doch ist bei einem Fortbestehen der Macht- und Klientelnetzwerke keine grundständige Besserung wahrscheinlich. Die Frustration vieler Algerier wird zunehmen und sich irgendwann explosiv entladen. Algerien würde dann anstelle eines Stabilitätsfaktors zum Stabilitätsrisiko für die Region werden. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Angus MacKinnon: West sees Algeria as solution, not problem in Sahel crisis. AFP, 23.1.2013. Internet-Dokument: <http://oil.fuelspace.com/2013/01/23/west-sees-algeria-as-solution-not-problem-in-sahel-crisis/> (Zugriff 16.4.2013).
- 2) Das Vorhaben bezweckt die Erzeugung von Strom durch Sonnenwärmekraftwerke, Windkraftanlagen und Photovoltaik sowie dessen Übertragung nach Europa. Internet-Dokument: <http://www.desertec.org> (Zugriff 15.4.2013).
- 3) International Institute for Strategic Studies: IISS Military Balance 2012, London 2012.
- 4) Zur Geschichte Algeriens bis 1962: Alistaire Home: A Savage War of Peace. Algeria 1954-1962, London 1987; Benjamin Stora: Algeria, 1830-2000: A Short History, Ithaka, New York 2004; John Ruedy: Modern Algeria. The Origins and Development of a Nation, Bloomington, Indianapolis 2. Aufl. 2005, S.16-194; Martin Evans/John Phillips: Algeria. Anger of the Dispossessed, New Haven/London 2007, S.1-66; Martin Evans: Algeria: France's Undeclared War, Oxford 2012.
- 5) Schwieriger entwickelten sich die Beziehungen zwischen Marokko und Spanien wegen fortdauernder marokkanischer Territorialansprüche (Tarfaya, Ifni, Spanisch-Sahara, Ceuta, Melilla, Jaafariya-und Perejil-Inseln). Heute

sind als Streitpunkte Ceuta, Melilla und die Inseln geblieben.

- 6) Der Ausdruck pied-noir (Schwarzfuß) kommt möglicherweise von den schwarzen Militärstiefeln, die Soldaten und auch Kolonisten trugen (Home, wie Anm. 4, S. 30).
- 7) Evans (wie Anm. 4), S.266.
- 8) Zur Geschichte des unabhängigen Algerien von 1962-1988: Stora (wie Anm. 4), Ruedy (wie Anm. 4), S.195-256; Evans/Phillips (wie Anm. 4), S.67-142.
- 9) Ebenda.
- 10) Zit. nach Samuel Schirmbeck: Hinter den Schleieren von Algier, Hamburg 1996, S.220.
- 11) Evans (wie Anm. 4), S.342.
- 12) Zit. nach Schirmbeck (wie Anm. 10), S.70f.
- 13) Ruedy (wie Anm. 4), S.195, 215, 226.
- 14) Zur Entwicklung Algeriens seit 1988: Schirmbeck (wie Anm. 10), Stora (wie Anm. 4), Ruedy (wie Anm. 4), S.257-288; Evans/Phillips (wie Anm. 4), S.143-300; James D. La Seur: Between Terror and Democracy. Algeria since 1989, Black point, Nova Scotia 2010.
- 15) Hugh Roberts: Demilitarizing Algeria (= Carnegie Papers 86), Washington D.C. u.a., Mai 2007.
- 16) Le Seur (wie Anm. 14), S.58.
- 17) Ruedy 2005, S.260.
- 18) Siehe hierzu Martin Pabst: Staatliche Schwäche begünstigt Dschihadisten: Neuer Risikoraum Sahelzone. In: S+F Sicherheit und Frieden, Baden-Baden (2013) 1, S.1-12.
- 19) Jeremy Keenan: A New Phase in the War on Terror? International State Crime Initiative, 14.2.2013. Internet-Dokument: http://statecrime.org/online_article/a-new-phase-in-the-war-on-terror-a-report-on-events-in-algeria-and-mali (Zugriff 16.4.2013).
- 20) Ausschreibungen von Großprojekten in Algerien. Germany Trade & Invest, 21.1.2013. Internet-Dokument: <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=745146.html> (Zugriff 16.4.2013).
- 21) Hierzu Hanspeter Mattes: 50 Jahre Unabhängigkeit Algeriens: Konfliktbeladene Vergangenheit, schwierige Zukunft. Giga-Fokus, Hamburg (2012) Nr. 7; Claire Spencer: Strategic Poster Review: Algeria. World Politics Review, 25.7.2012; Lamine Chikhi/Christian Lowe: Is an Arab Spring in the air for Algeria. Reuters, 15.2.2012. Internet-Dokument: <http://www.reuters.com/article/2012/02/15/us-algeria-vote-idUSTRE81E15420120215> (Zugriff 16.4.2013).
- 22) Isabelle Werenfels: Algeriens islamistische Akteure: Trittbrettfahrer des „Arabischen Frühlings“ mit bescheidenem Erfolg. In: Sigrid Faath: Islamische Akteure in Nordafrika (hg. Von der Konrad-Adenauer-Stiftung), Sankt Augustin, 15. Okt. 2012, S.73 (57-78).
- 23) Raoul Rigault: Reich und rückständig. Junge Welt, 8.2.2011.
- 24) Der schöne Schein demokratischer Wahlen. Interview mit dem algerischen Publizisten Adlène Meddi. Qantara, 8.5.2012; Algeria: The revolution that never was. Al Jazeera, 17.5.2012. Internet-Dokumente: Internet-Dokument: <http://de.qantara.de/Der-schoene-Schein-demokratischer-Wahlen/19051c20035i0p> bzw. <http://www.aljazeera.com/programmes/peopleandpower/2012/05/2012516145457232336.html> (Zugriff 16.4.2013).
- 25) Werenfels (wie Anm. 22), S.74.



Dr. Martin Pabst

Geb. 1959; Reserveoffizier; Studium der Geschichte, Politischen Wissenschaft und Anglistik in München und Würzburg; Lehrtätigkeit, Forschungsstipendien in Lomé (Togo), London und Oxford; seit 1992 Leitung des Büros Forschung & Politikberatung in München; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; ständiger Mitarbeiter der ÖMZ zu Sub-Sahara/Afrika; 2011 Recherchen in Algerien.

Die neue geopolitische Rolle der Türkei

„Strategische Tiefe“ als außenpolitisches Konzept?

Heinz Brill

Geopolitisches Denken und Handeln nimmt bei der Beurteilung internationaler Beziehungen ständig zu. Ein Paradebeispiel dafür, wie Geopolitik systematisch erforscht und für die nationalen Interessen genutzt wird, sind die USA. Aber auch in Russland und China hat bei den Machteliten die Geopolitik ihren festen Stellenwert. Während die Geopolitik der Welt- und Großmächte (USA, Russland, China u.a.) ständig im Fokus von Wissenschaft und Politik stehen, gehören geopolitische Analysen über die Regionalmächte der Gegenwart zu den vernachlässigten Forschungsgebieten. Dies gilt mit einer großen Ausnahme - nicht - für die Türkei!

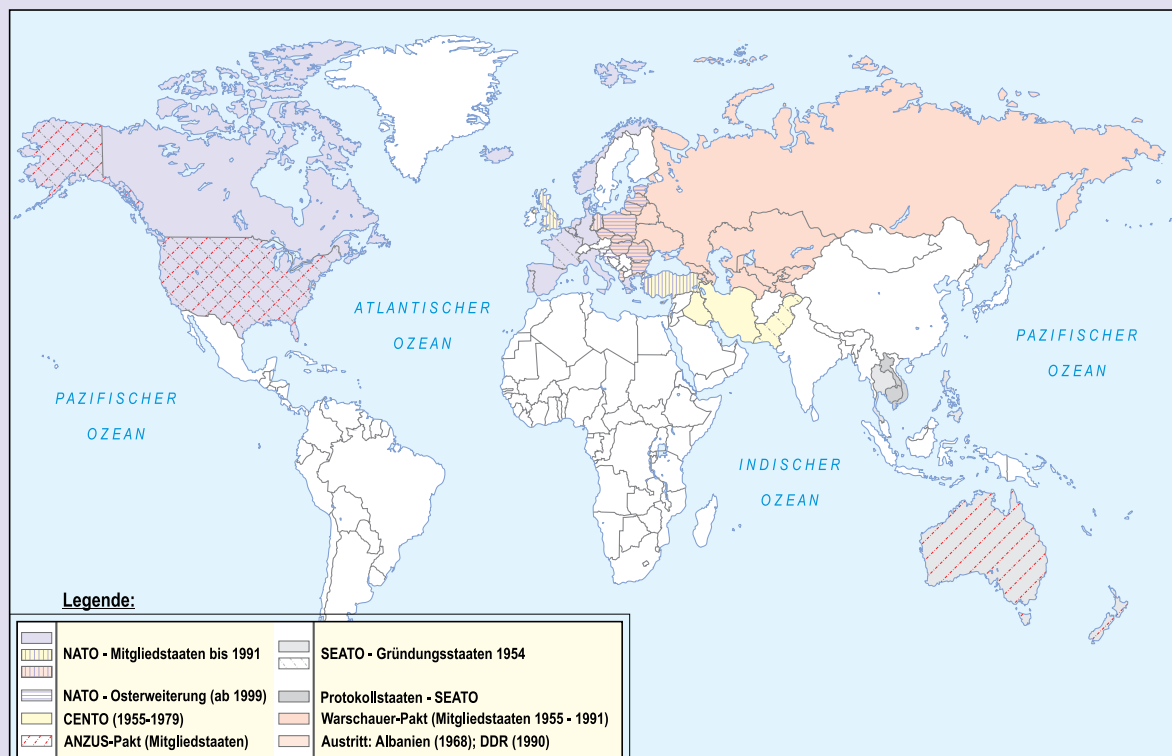
Im Falle der Türkei kann vielmehr die Feststellung getroffen werden, dass nahezu bei jeder internationalen Diskussion die besondere geopolitische Bedeutung des Landes hervorgehoben wird. Allerdings geschieht dies in der Regel in allgemeiner

Form! Aus diesem Grund soll das hier anzuzeigende Thema die neue geopolitische Lage und Rolle der Türkei in ihren unterschiedlichen räumlichen Dimensionen national, regional, kontinental und global behandelt werden. Denn aufgrund der Lage der Türkei an der Schnittstelle geopolitischer Großräume und der veränderten Raum-Mächte-Konstellation in Eurasien, dem Nahen Osten und Nordafrika ist die „Geopolitik“ nicht nur ein zentraler Begriff, sondern ein zentrales Kriterium bei der neuen „Lagebeurteilung“ türkischer Interessen geworden. Aufschlussreich ist hierbei die Entwicklung vom Objekt (bzw. Passiv-Akteur) zum Subjekt in der internationalen Politik.

Die Türkei als Juniorpartner in der Globalstrategie der USA (1947-1990)

Die USA gründeten nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen ihrer „Containment-Politik“ eine Reihe von Bündnissystemen und schlossen mit zahlreichen Staaten bilaterale Abkommen zur Eindämmung des

Abb.1 Verteidigungssysteme der USA und der Warschauer Pakt nach dem Zweiten Weltkrieg



Quelle: NATO (2013): NATO Member Countries. http://www.nato.int/cps/en/natolive/nato_countries.htm, Stand: 24.5.2013.

Nowkam, Nina-Firouzeh (2008): Iran, Chronik des 20. Jahrhunderts, Books on Demand GmbH, Norderstedt, S.223, Seidler, Christoph (o.J.): Die SEATO, http://www.geocities.ws/cseidler_m_seato.pdf, Stand: 24.5.2013, Wienecke-Janz, Detlef u.a. (2006): Die Chronik, Geschichte des 20. Jahrhunderts bis heute, Chronik Verlag, Gütersloh/München, S. 401.

ÖMZ 4/2013-Online

kommunistischen Machtbereiches. Zu den größeren regionalen Bündnissystemen gehörten bzw. gehören der Rio-Pakt, NATO, CENTO, SEATO und der ANZUS-Pakt. Die global-strategischen Motive der USA in der Nahost-Region beinhalteten außer der politisch-ideologischen Komponente und dem Schutz Israels v.a. ökonomische Interessen (Öl- und Gasversorgung) und die damit verbundene freie Benutzung der internationalen Verkehrswege (Suezkanal, Straße von Hormus etc.).

Mit der Türkei schlossen die USA bereits 1947 einen Beistandspakt, der 1952 zur Mitgliedschaft in der NATO führte. Ergänzend zur NATO-Mitgliedschaft hatte die Türkei im Februar 1955 mit dem Irak den Bagdad-Pakt geschlossen, dem Großbritannien, Pakistan und Iran beitraten. Der in Bagdad geschlossene Vertrag wurde im internationalen Sprachgebrauch auch als „Middle East Treaty Organization“ (METO) bezeichnet. Der Bagdad-Pakt bzw. METO war gleichzeitig die Verbindungsorganisation zwischen NATO und SEATO. Allerdings war der Bagdad-Pakt nur von kurzer Dauer. Nachdem der Irak 1959 formell aus dem Bagdad-Pakt ausgetreten war, erfolgte von den verbliebenen vier Mitgliedstaaten – Türkei, Iran, Pakistan und Großbritannien - eine Neustrukturierung und Umbenennung in „Central Treaty Organization“ (CENTO). Das Sekretariat wurde von Bagdad nach Ankara verlegt. Im März 1959 schlossen die USA im Rahmen des CENTO-Vertrages Sicherheitsabkommen mit der Türkei, Iran und Pakistan und erhielten damit den Status eines assoziierten Mitgliedes. Während die USA in den Komitees des CENTO-Vertrages Vollmitglied waren, nahmen sie an den Ratssitzungen nur als Beobachter teil. Damit waren die USA partiell Mitglied des CENTO-Vertrages. Die ca. 20-jährige Vertragsdauer des CENTO-Vertrages endete im Jahre 1979 infolge der iranischen Revolution.

Bei einer geopolitischen und geostrategischen Bewertung der amerikanischen „Bündnissysteme“ während der Zeit des Ost-West-Konflikts spielten in Vorder- und Südasien zwei Staaten eine besondere Rolle: die Türkei und Pakistan. Aufgrund ihrer geopolitischen Lage und mangels weiterer geeigneter Verbündeter waren sie Mitglied in je zwei Bündnissystemen:

- die Türkei in NATO und CENTO
- Pakistan in CENTO und SEATO!

Die Türkei hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg der weltpolitischen Polarisierung nicht entziehen können. Die Sonderbeziehung Ankara-Washington blieb während der Zeit des Ost-West-Konflikts eine wichtige „Achse“. Aber auch traditionelle Beziehungen können auf den Prüfstand gestellt werden. Aufgrund der weltpolitischen Entwicklungen seit Beginn der 1990er-Jahre und der damit verbundenen neuen Raum-Mächte-Konstellation veränderte sich die geopolitische und geostrategische Lage der Türkei von einem Rand- bzw. Flankenstaat zu einer eurasischen Regionalmacht. Geostrategen stellen bereits die Frage: „Die Türkei - die neue ‚Central Region‘ der NATO?“⁽¹⁾ Denn die Türkei hat sich von einem relativ passiven Partner des Westens zu einem Mitgestalter der internationalen Politik entwickelt.

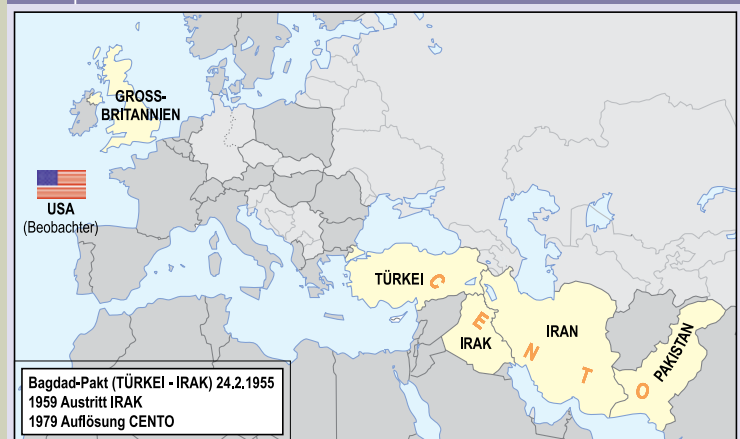
Von der Südostflanke der NATO zur eurasischen Zentralregion

Während der 1990er-Jahre haben zahlreiche Ereignisse die politische Landkarte Eurasiens radikal verändert. Dazu gehörten v.a. Zerfall und Aufstieg von Staaten. Paul Kenne-

dys „The Rise and Fall of the Great Powers“⁽²⁾ stand zu Beginn der 1990er-Jahre nicht ohne Grund auf den Bestsellerlisten. Zu den „Zerfallstaaten“ gehörten die Vielvölkerstaaten Sowjetunion, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Zu den neuen „Aufstiegsstaaten“ zählen Deutschland und die Türkei. Eine der Thesen für die Bewertung der derzeitigen internationalen Beziehungen lautet daher: Aufstieg und Zerfall von Staaten bedingen einander.

Der Politikwissenschaftler Pierre Hassner bemerkte zu den politischen Veränderungen in Europa Anfang der 1990er-Jahre aus französischer Sicht: „Was wir heute nach dem Niedergang des Russischen Reiches (Sowjetunion) erleben, ist die Revanche der beiden im Ersten Weltkrieg besiegten Reiche. Nach diesem Szenario würde sich das Deutsche Reich nach Zentraleuropa (Ostmitteleuropa) ausdehnen und hier (gewiss in neuer, ökonomischer Form) den Norden einnehmen; das Osmanische Reich hingegen orientierte sich auf den Balkan und nach Transkaukasien ... Heute hat die Türkei, ebenso wie Deutschland, den Weg der inneren Stärke beschritten. In beiden Fällen findet die Zunahme von Macht und Einfluss eher in ökonomischer und kultureller Form statt als in militärischen Kategorien.“⁽³⁾ Und der türkische Staatspräsident Abdullah Gül vertrat anlässlich seines Deutschlandbesuches im September 2011, nahezu zwei Jahrzehnte später, die Meinung: „Wenn wir uns Europa heute anschauen, sehen wir, dass es eigentlich nur zwei aufstrebende Länder gibt: Deutschland und die Türkei.“⁽⁴⁾ Die These von den beiden aufstrebenden Staaten in Europa bzw. Eurasien wird von zahlreichen Akteuren vertreten. Doch stellt sich die Frage: Stimmen geopolitische und geopsychologische Einschätzungen auch mit den Realitäten überein? Im Falle der Türkei sind jedenfalls die geographischen Realitäten beeindruckend.

Abb.2 Central Treaty Organization (CENTO) 1955 - 1979



Quelle: Nowkam, Nina-Firouzeh (2008): Iran. Chronik des 20. Jahrhunderts. Books on Demand GmbH, Norderstedt, S.223. Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

Das Territorium der Türkei umfasst ca. 780.000 km² und ist damit mehr als doppelt so groß wie Deutschland. Die Türkei hat eine Ost-West-Ausdehnung von ca. 1.600 km und eine Nord-Süd-Ausdehnung von ca. 650 km. Die Bevölkerungszahl nähert sich der 80 Millionen-Grenze.

Die Türkei grenzt im

- Norden an Bulgarien und das Schwarze Meer;
- im Osten an Georgien, Armenien und Iran;
- im Süden an Irak, Syrien, Zypern und das Mittelmeer;
- im Westen an die Ägäis und Griechenland.

Die in Paris erscheinende Tageszeitung „International Herald Tribune“ brachte die türkische Nachbarschaftspolitik Mitte der 1990er-Jahre auf den Punkt, indem sie schrieb: „Schon bei einem Blick auf die Landkarte der Türkei bietet sich der Ausblick auf alle Troublespots

der Welt nach dem Kalten Krieg. Die Türkei ist geographisch, ethnisch und politisch mit den Problemen des Irak, Irans, Armeniens, Aserbajdschans, Persiens, Zyperns, Griechenlands, Bulgariens, Russlands, Tadschikistans, Syriens und des islamischen Fundamentalismus verbunden. Was den Türken noch fehlt, ist eine Grenze mit Tschetschenien. Die türkische Außenpolitik ist ein Alptraum von 360 Grad!“⁵⁾ Und das Weißbuch des türkischen Verteidigungsministeriums (1998) beschrieb die geopolitische Lage des Landes: „*Surrounded by three seas and linking Europe and Asia, Turkey has a very special geostrategic location. Given its location, Turkey simultaneously belongs to many regions. It is a European, Balkan, Middle Eastern, Mediterranean, and Black Sea country. Turkey is not only a member of the western world but also a member of the Islamic world. It takes its roots from Central Asia. In short, Turkey is a Euro-Asian nation.*“⁶⁾

Bei den türkischen Machteliten wurden diese Lagebeschreibungen zur Leitlinie ihres Handelns und stellten seit dem Ende des Ost-West-Konflikts von Özal bis Erdogan für die türkische Politik eine ständige Herausforderung dar.

Turgut Özals Vision für das 21. Jahrhundert

Turgut Özal war von 1983-1989 Ministerpräsident und von 1989-1993 Präsident der Türkei. Sein angeblicher Herztod 1993 wird bis heute in Frage gestellt. Von Özal stammt die Prognose, dass das 21. Jahrhundert ein „Jahrhundert der Türkei“ sein und deren Einflussphäre von der Adria bis Zentralasien reichen werde. Turgut Özals Vision⁷⁾ über die Zukunft der Türkei basierte im Wesentlichen auf folgenden Schwerpunkten:

- Politische Leitlinie: Islamisch-neo-osmanisch. Der Begriff des „Neo-Osmanismus“ kam während seiner Amtszeit erstmalig auf.
- Kooperation aller Turkvölker unter Führung der Türkei. Der Begriff „Pantürkismus“ spielte während seiner Amtszeit vorübergehend eine Rolle.
- Wirtschaftliche Neuordnung und Modernisierung: z.B. Südostanatolien-Projekt (GAP), Frieden durch Handel, Bemühungen um eine Freihandelszone mit den USA, Orientierung an den asiatischen „Tigerstaaten“.
- Brücke zwischen Orient und Okzident (Mittlerfunktion).
- Lösung der Zypern- und der Kurdenfrage.
- Großmachtambitionen.

Özals politisches Programm sollte v.a. das Machtbewusstsein der Türkei in der internationalen Politik stärken und deckte sich mit den Erwartungen und Interessen vieler westlicher Staaten - v.a. der USA -, die von der Türkei nach dem Zerfall der Sowjetunion die Rolle einer regionalen Führungsmacht im Nahen Osten und in Zentralasien erwarteten.⁸⁾ Aufgrund seiner „Großmachtambitionen“⁹⁾ konnte Turgut Özal nicht nur als „Reformer“, sondern auch als „revolutionärer Staatsmann“ bezeichnet werden, zumal es sich um eine Abkehr von den Grundprinzipien türkischer Außenpolitik handelte. Inspirierend scheint „Özals Vision“ von einer neuen türkischen Außenpolitik insbesondere auf den jetzigen türkischen Außenminister Ahmet Davutoğlu gewirkt zu haben. Schon als junger Wissenschaftler setzte er sich mit seinen Ideen auseinander und entwickelte sie fort.

Ahmet Davutoğlu's Studie: Stratejik Derinlik („Strategische Tiefe“)

Im Jahr 2001 legte der Politologe Ahmet Davutoğlu sein Grundlagenwerk „Stratejik Derinlik“ („Strategische Tiefe“) vor. Während der Zeit von 2002-2009 war er außenpolitischer Berater des türkischen Ministerpräsidenten, der ihn im Mai 2009 zum türkischen Außenminister berief. Seit dieser Zeit wird immer wieder auf sein geopolitisches Standardwerk als Leitfaden und Orientierungshilfe zum Verständnis der neuen türkischen Außen- und Sicherheitspolitik verwiesen. In der Kritik wird das Werk oft als „Blaupause“ bezeichnet. Das Credo der von Davutoğlu entwickelten Konzeption lautet: Null-Probleme und maximale Kooperation mit unseren Nachbarn.

In der Türkei hat sich das Buch zu einem Bestseller entwickelt. Im Jahr 2007 erschien die 21. Auflage. Eine offizielle Übersetzung des Buches ins Englische oder Deutsche konnte von der Deutschen Nationalbibliothek dennoch nicht ermittelt werden.¹⁰⁾ Aus diesem Grund bezieht sich der hier wiedergegebene Inhalt des Buches auf die Auswertung von Türkei-Experten. Eine gute Übersicht gibt Joshua W. Walker unter dem Titel „Understanding Turkey's Foreign Policy Through Strategic Depth“. Der Kern seiner Auswertung lautet: „*Davutoğlu's Strategic Depth argues that a nation's value in world politics is predicated on its geo-strategic location and historical depth. Following the logic of Davutoğlu's proclaimed theory, Turkey is uniquely endowed both because of its location in geopolitical areas of influence, particularly its control of the Bosphorus, and its historical legacy as heir to the Ottoman Empire (...). Beyond the academic discussions surrounding Turkey's potential and place in the world, 'strategic depth' as applied to Davutoğlu's emerging foreign policy agenda seeks to counterbalance Turkey's dependencies on the West by courting multiple alliances to maintain the balance of power in its region.*“¹¹⁾ Damit wollte und will Davutoğlu die traditionelle, nach seiner Auffassung einseitige West-Orientierung der türkischen Außenpolitik korrigieren und durch eine regionale Dimension ergänzen.¹²⁾

Den besten deutschsprachigen Beitrag zur Analyse von Konzept, Zielen und Prinzipien der „Strategischen Tiefe“ stammt von der Berliner Politikwissenschaftlerin Gülistan Gürbey. Für sie sind bei der Bewertung der „Strategischen Tiefe“ in Bezug auf die Türkei zwei Komponenten von besonderer Bedeutung: „*Erstens wird eine enge Verbindung zwischen Geographie, Geschichte, Identität und Realpolitik hergestellt. Denn Davutoğlu entwickelt seine Außenpolitik auf der Basis einer neuen geographischen Auffassung, die mit der historisch-osmanischen Vergangenheit in Zusammenhang steht. (...) Zweitens wird eine enge Verknüpfung von innenpolitischer Transformation und Außenpolitik hergestellt.*“¹³⁾

Das Konzept der „Strategischen Tiefe“ beruht nach Gürbey auf fünf Prinzipien:

- „*Das Prinzip eines umfassenden Außenpolitik-Ansatzes, der auf der Grundlage multipler regionaler Identitäten die vielfältigen außenpolitischen Fragen der Türkei berücksichtigt, die jeweiligen Regionen nicht vernachlässigt und sich nicht ausschließlich auf eine einzige Priorität festlegt (...)*

- *Proaktive und multidimensionale außenpolitische Linien (...)* sollen durch eine rhythmische bzw. proaktive Diplomatie unterstützt werden. Oberstes Prinzip dieser Herangehensweise ist die so genannte ‚Null-Problem-Politik‘ (zero problem policy) und die ‚Politik der maximalen Integration‘ (maximum integration policy) zu allen Nachbarstaaten - wie sie Davutoğlu selbst nennt.

- *Die Fähigkeit, mit politischen Initiativen stets präsent zu sein, um Einfluss auf die Entwicklungen im regionalen Umfeld zu nehmen (z.B. auf Konfliktbewältigung, Krisenmanagement).*

- Politik der Äquidistanz, die alle relevanten Akteure berücksichtigt, eine Äquidistanz zu allen Akteuren pflegt und Parteinahme mittels einer moderaten und vorsichtigen Diplomatie der Türkei vermeidet.

- Ein Verständnis von Außenpolitik, welches die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft als Teil der Außenpolitik begreift, deren Unterstützung mobilisiert und sie in den Prozess der Außenpolitik-Findung einbindet. ¹⁴⁾

Zusammenfassend besagt das Konzept der „Strategischen Tiefe“ nach einer Bewertung von Asiye Öztürk: „dass die Türkei kein Peripheriestaat Europas, des Nahen Ostens oder Zentralasiens sei, sondern ein ‚Schlüsselstaat‘ (pivotal state), der durch die Verfolgung nationaler Interessen und durch die Nutzung mehrdimensionaler Außenbeziehungen sowie der geografischen Lage zu einer einflussreichen Regional- und Ordnungsmacht werden könne.“ ¹⁵⁾

Fazit: Die neue türkische „Strategie“ beruht auf zahlreichen Neubewertungen von Fakten und Prognosen. Ahmet Davutoğlu gilt als Vordenker und stärkster Vertreter der neuen multi-dimensionalen türkischen Außenpolitik. Die operative Umsetzung der Politik der „Strategischen Tiefe“ soll ausgehend von der geopolitischen Lage der Türkei in alle Nachbarschaftsräume, aber auch global wirken. Zu ihrer Untermauerung spielen die von Özal eingebrachten und von Erdogan weitergeführten Wirtschaftsfaktoren (Wasser, Energie, Politik des Handels etc.) eine entscheidende Rolle. Die von der US-amerikanischen Politikberatung vertretene Handlungsmaxime - von der Geostrategie zur Geoökonomie - versucht Davutoğlu auch für die Türkei mit seiner relativ hohen Streitkräftestärke (ca. 700.000) nutzbar zu machen. Mit rasanten Wachstumsraten von 9,2% im Jahr 2010 und 8,5% 2011 avancierte die türkische Volkswirtschaft zur 17-größten der Welt¹⁶⁾ und wurde Mitglied der G-20. Zurzeit ist eine Reihe von Großprojekten in Planung: Bau eines Groß-Flughafens im Raum Istanbul zu einem Weltverkehrskreuz; Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke Istanbul-Ankara; neuer Schifffahrtskanal entlang des Bosphorus etc. Zugleich unterstützen die wachsende Wirtschaftskraft und der Ausbau der Infrastruktur den Führungsanspruch der Türkei in der Region.

Im zentralen Teil dieser Studie soll anhand von Fallbeispielen herausgearbeitet werden, welche Stärken und Schwächen die von dem charismatischen türkischen Premier und von seinem strategisch denkenden Außenminister konzipierte Politik der „Strategischen Tiefe“ kennzeichnen und ob diese infolge der rasanten Machtverschiebungen und Konfliktfelder in der Nahost-Region und Nordafrika als außenpolitisches Konzept (noch) tauglich ist. Denn der geopolitische Aktionsradius und damit die Multidimensionalität türkischer Außen- und Sicherheitspolitik ist regional involviert bzw. tangiert von zahlreichen Räumen und Akteuren.

Die Türkei gewinnt im „Pipelineepoker“ als geopolitisches und geoökonomisches Drehkreuz zunehmend an Bedeutung

Die von Außenminister Davutoğlu entworfene Politik der „strategischen Tiefe“ hat sich auf dem Sektor der Geoökonomie weitaus erfolgreicher erwiesen als auf

anderen Feldern. Insbesondere im eurasischen Energiepoker wird die geopolitische Lage der Türkei von der türkischen Regierung geschickt als Trumpf ausgespielt. Treffend formuliert Jan Senkyr in seiner Länderstudie „Türkei“: „Im Einklang mit der neuen Doktrin einer multidimensionalen Außenpolitik verfolgt die Regierung in Ankara das Ziel, die Türkei als ein Energie-Drehkreuz zwischen Europa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Zentralasien zu etablieren.“¹⁷⁾ Ein Blick auf die Landkarte erklärt die besondere geopolitische Lage der Türkei und warum sie so wichtig für die westliche Energieversorgung ist. Die Türkei liegt mitten in der „Energie-Ellipse“ (Naher Osten/Zentralasien), in der ein Großteil der weltweiten Gas- und Ölreserven lagern. Die Trassen von den wichtigsten Förderländern zu den wichtigsten Verbraucherländern führen zwangsläufig über die Türkei, wenn man Russland und Iran umgehen will. Mit jeder weiteren Pipeline stärkt die Türkei ihre Position als Energiekorridor.

Um ihre Bedeutung als Transitland für Europas Gasversorgung und die Ölversorgung der USA zu festigen, unterstützt die Türkei im internationalen Verbund Pipeline-Projekte in die Fördergebiete Nahost- und Zentralasiens.¹⁸⁾ Tendenz steigend! Aufgrund ihrer geopolitischen Lage ist die Türkei an fast allen Pipeline-Projekten - mittelbar oder unmittelbar - beteiligt, ob amerikanisch, europäisch oder russisch.¹⁹⁾ Im Wettstreit zwischen South Stream und Nabucco-Pipeline hat Ankara sogar eine Schlüsselposition. Die Türkei ist aber nicht nur ein Drehkreuz für „Gas- und Ölpipelines“, vielmehr kann die Energieversorgung unschwer mit der „Wasserversorgung“ verbunden werden. Denn wer vitale Versorgungslinien planen und sichern möchte, muss neben Gas- und Ölpipelines auch die „Fernwasserleitungen“ in die geopolitische Gesamtbetrachtung einbeziehen. Hierbei spielt das GAP-Projekt eine zentrale Rolle.

„Wasserpolitik“ als strategische Ressource

Die Euphrat- und Tigris-Region hat sich zum Zentrum türkischer „Wasserpolitik“ entwickelt.²⁰⁾ Das türkische Staudammprojekt GAP (Great Anatolian Project) an Euphrat und Tigris ist eines der größten wasserbaulichen Vorhaben der Welt und zugleich das umfangreichste Entwicklungsvorhaben in der Geschichte der Türkei. Mit ihm sollen der Aufbau einer modernen Agrarproduktion, die Nutzung des Wasserkraftpotenzials, die industrielle Erschließung Südostanatoliens und die Belebung des Tourismus erreicht werden.

Die Türkei kontrolliert fast das gesamte Euphrat- und über 50% des Tigriswassers und damit die Lebensadern des Irak und Syriens. Die unterschiedlichen Interessen zwischen den drei Anrainern an Euphrat und Tigris haben keineswegs allein wasserwirtschaftliche oder technische, sondern auch historische oder politische Gründe. Die kurdische Frage ist ein klassisches Beispiel, wie strategische Interessen den Wasserkonflikt überlagern bzw. instrumentalisieren. Die Türkei hat als Oberlieger die strategische Kontrolle über Euphrat und Tigris. Die geopolitische Machtüberlegenheit würde es sogar erlauben, das Wasser im Konfliktfall als „ökologische Waffe“ einzusetzen. Für die Region des Nahen Ostens kann die Türkei durchaus als „Wassermopolist“ bezeichnet werden, denn sie ist das einzige Land im Nahen Osten, das über einen Wasserüberschuss verfügt.

Die bereits von Özal oft beschworene „neue Größe“ der Türkei hatte und hat u.a. die Nutzbarmachung eigener Ressourcen zum Ziel. Dazu gehört v.a. das „Wasser“. Es verwundert daher nicht, wenn Özals Wasserpolitik von seinen Nachfolgern konsequent fortgesetzt wird. Auch ihre politische Leitlinie lautet, die Türkei in eine unbestrittene Hegemonialmacht der Region zu erheben. Dieses strategische Ziel

hängt allerdings von einer wesentlichen Voraussetzung ab: der Lösung der Kurdenfrage, verbunden mit einer stärkeren Kooperationsbereitschaft mit Syrien und Irak. Sollte dies nicht gelingen, müssten große Teile der Gewinne aus dem GAP in die innere und äußere Sicherheit investiert werden und würden so der Entwicklung des Landes entzogen.

Streitfragen in den türkisch-griechischen Beziehungen

Griechenland war vom 15. bis 19. Jahrhundert Teil des Osmanischen Reiches. Der jahrhundertalte Streit zwischen Griechenland und der Türkei ist von zahlreichen Konfliktfeldern gekennzeichnet. Nach dem Ersten Weltkrieg fand der so genannte „Bevölkerungsaustausch“ statt, dessen Auswirkungen auch heute noch die Beziehungen belasten. Der historische Faktor im türkisch-griechischen Verhältnis ist nicht nur bei den politischen Eliten, sondern auch bei der Wahrnehmung beider Völker unvergessen. Einer der Gründe, warum beide Staaten im Jahre 1952 (zeitgleich!) unter amerikanischer Hegemonie Mitglieder der NATO wurden, liegt sicherlich auch in der Minderung dieses Spannungsverhältnisses begründet.

Während der vergangenen Jahrzehnte ging es zwischen den beiden Staaten im Wesentlichen um folgende Streitfragen:

- Abgrenzung des Festlandssockels;
- Ausdehnung der Territorialgewässer;
- Aufteilung der Wirtschaftszonen in der Ägäis;
- Status der ostägäischen Inseln. Dies betrifft v.a. Lemnos;

Nach türkischer Ansicht ist Lemnos gemäß dem Vertrag von Lausanne (1923) entmilitarisiert. Laut Griechenland ist dies durch die Konvention von Montreux (1936) aufgehoben;

- Souveränität über einzelne Kleininseln/Felsen des Dodekanes: (Streit um Imia/türk. Kardak);
- Hoheitsrechte im Luftverkehr;
- und nicht zuletzt die „Zypern-Frage“.

Während der Streit um die Remilitarisierung der griechischen Inseln abgeklungen ist, ist der Streit um den Festlandssockel (wegen der Rohstoffe) und das Zypern-Problem (wegen seiner geostrategischen und neuerdings wegen seiner geökonomischen Bedeutung) im Fokus der Auseinandersetzung. Zur Lösung der „Zypern-Frage“ sind drei Optionen in Diskussion:

- Wiedervereinigung beider Inselstaaten,
- eine Zwei-Staaten-Lösung oder
- Beitritt bzw. Annexion der „Türkischen Republik Nordzypern“ an die Türkei.

Die dritte Option „Nordzypern zu einer türkischen Provinz“⁽²¹⁾ zu machen, wird v.a. von der Türkei immer wieder ins Spiel gebracht. Der Fortbestand der beiden britischen Militärbasen auf Zypern wurde von den „Konfliktparteien“ bisher nicht in Frage gestellt.

In dem seit 1974 andauernden Zypern-Konflikt und durch die neuen „Gasfunde“ im östlichen Mittelmeer zeichnet sich zurzeit zwischen den Akteuren die Tendenz „Null Toleranz statt Null Probleme“ ab.⁽²²⁾ Im Oktober 2009 ließ Premier Erdogan zwar verlauten, dass die Maxime türkischer Außenpolitik „Null Probleme mit den Nachbarn“⁽²³⁾ auch im Verhältnis zu Griechenland gelten sollte, doch in keiner der Streitfragen gibt es bis heute eine konkrete Annäherung.

Die Türkei und der Balkanraum

Die Türkei war zu Beginn des Balkan-Konflikts gegen den Zerfall Jugoslawiens und während des Irak-Konflikts für den Erhalt des irakischen Staates, weil sie sich vor den destabilisierenden Wirkungen auf die ethnischen und nationalistischen Bewegungen in der Türkei fürchtete.⁽²⁴⁾ Dennoch erhielt die türkische Balkan-Politik relativ früh scharfe Konturen. Staatspräsident Turgut Özal sagte am 3.12.1991 in Istanbul: „Die derzeitige historische Konjunktur gibt der Türkei die Chance, durch die Aktivierung der muslimischen Minderheiten in Albanien, Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland den Schrumpfungsprozess umzudrehen, der vor den Mauern Wiens begonnen hat.“⁽²⁵⁾ Hinzu kam, dass die Türkei in ihren Bemühungen, den muslimischen Minderheiten auf dem Balkan zu größerer Autonomie zu verhelfen, nicht allein war. Für diesen Zweck erhielt sie beträchtliche finanzielle Unterstützung aus Saudi-Arabien und anderen Staaten der islamischen Welt.⁽²⁶⁾ In sicherheitspolitischen Analysen wird von der „islamischen Dimension des Balkan-Krieges“ gesprochen.⁽²⁷⁾ Anfang 1994 unternahm die damalige türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller zusammen mit der pakistanischen Ministerpräsidentin Benazir Bhutto einen publizistisch viel beachteten Sarajevo-Besuch, bei dem eine gemeinsame Deklaration unterzeichnet wurde. Der bosnischen Seite wurde die Solidarität der Türkei und Pakistans versichert. Die von Özal, Ciller u.a. vertretene türkische Interessenpolitik gegenüber dem Balkanraum wurde von ihren Nachfolgern kontinuierlich fortgesetzt.

Nimmt heute Premier Erdogan oder sein Außenminister Davutoğlu zu den Balkanstaaten Stellung, fehlt in ihren Reden, wie Michael Martens feststellte, „selten ein Hinweis auf die osmanische Epoche als ‚goldenes Zeitalter‘ der Region. Vor allem Sarajevo (auf türkisch heißt die Stadt Saray Bosna, zu Deutsch etwa ‚Bosnischer Palast‘) hat es den Türken angetan.“⁽²⁸⁾ Wie die türkische politische Elite diese Vergangenheit sieht, beschrieb Außenminister Davutoğlu Ende 2009 in einer Rede in Sarajevo unter dem Titel „Das osmanische Erbe und die muslimischen Gemeinden des Balkans“. Davutoğlu wies in seiner Rede darauf hin, „dass in Sarajevo seit Jahrhunderten Kirchen (orthodoxe und katholische) neben Moscheen und Synagogen existieren, was ein Beleg für das Wohlwollen der osmanischen Herrschaft sei. (...) Die osmanischen Jahrhunderte seien ‚Erfolgsgeschichten‘ für den Balkan gewesen - die sich übrigens wiederholen ließen.“⁽²⁹⁾ Dies kann allerdings im Hinblick auf den europäischen Einigungsprozess partiell durchaus geschehen.

Die EU-Erweiterungspolitik gegenüber den Balkanstaaten stagniert, weil zurzeit die Mehrzahl der EU-Staaten eine Politik der „Konsolidierung“ vor „Erweiterung“ der EU verfolgt. Nach Slowenien wird voraussichtlich am 1. Juli 2013 Kroatien als 28. Staat Mitglied der EU werden. Danach sind derzeit keine weiteren „konkreten“ Mitgliedschaften geplant. Aus diesem Grund fürchten einige der in Frage kommenden Beitrittskandidaten sogar eine Aufhebung der Abschlusserklärung des „EU-Westbalkan-Gipfels“ von Porto Carras (Griechenland) aus dem Jahre 2003. Die fehlende Beitrittsperspektive zur EU könnten sich aber andere Mächte zunutze machen. Zurzeit wird von einer „östlichen Idee“ gesprochen. Als treibende Kraft dieser „östlichen Idee“ wird die Türkei genannt,⁽³⁰⁾ die bestrebt sein könnte, weil ihre eigenen EU-Beitrittsbemühungen ebenfalls stagnieren, mit den muslimischen „Staaten des Balkans (Albanien, Kosovo, Mazedonien, Bosnien) eine „neo-osmanische Integrationszone“ zu schaffen. Diese Vision ist nicht unbegründet. Die wirtschaftliche Stärke der Türkei nimmt zu, und Premier Erdogan bezeichnet insbesondere Bosnien als „81. osmanische Provinz“ und die Bosniaken als „Brudervolk“.⁽³¹⁾ In Bosnien selbst stößt die türkische Sichtweise auf Wohlwollen. Elvir Camdžić, der außenpolitische Be-

rater des für die Boshjaken in das Staatspräsidium gewählten Präsidenten Haris Silajdžić vertritt die Meinung, „dass die Türkei ‚mindestens‘ so viel Recht auf eine Vermittlerrolle in Bosnien habe wie die EU. (...) Historisch und kulturell betrachtet, versteht die Türkei die Region im Allgemeinen und Bosnien im Besonderen sehr viel besser als die meisten, wenn nicht alle Staaten der EU. Es ist daher vollkommen normal und logisch, dass die Türkei die Rolle übernommen hat, die sie nun spielt.“³²⁾

Insgesamt kann als Ergebnis der türkischen Balkan-Politik festgestellt werden, dass Ankara aufgrund eines gewissen Desinteresses von EU und USA in der Region seine Einflussphäre erweitern konnte.

Die türkische Nahost-Politik

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die türkische Nahost-Politik im Wesentlichen - wie oben dargelegt - von der amerikanischen Containment-Politik (NATO, CENTO etc.) bestimmt. Die arabischen Nachbarn spielten keine besondere Rolle in der türkischen Außenpolitik. Erst Anfang der 1970er-Jahre wurden von der türkischen Regierung so genannte „Politische Richtlinien“ entwickelt, nach denen die außenpolitischen Beziehungen der Türkei zu den arabischen Staaten gestaltet und verfolgt werden sollten. Die Durchsetzung der „Politischen Richtlinien“ und deren Prinzipien legt Mehmet Ata Bakis in einer Studie³³⁾ anhand folgender Fallbeispiele dar: keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten; Neutralität gegenüber innerarabischen Konflikten; Entwicklung der bilateralen Beziehungen; Schutz der gegenwärtigen Grenzen in der Region; politische Unterstützung für die Araber in ihrem Konflikt mit Israel; diplomatische Beziehungen zu Israel; Berücksichtigung der Verbindungen mit dem Westen auf die türkisch-arabischen Beziehungen; Förderung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den arabischen Ländern.

Heute gehört die Türkei auf dem arabisch-islamischen Schachbrett zu den zentralen Akteuren. In der arabischen Staatenwelt wird sie von vielen als Reformmodell angesehen, weil sie Islam und Modernität verbindet. Für den deutsch-libanesischen Journalisten Abdel Mottalebe El Hussein³⁴⁾ stellen sich für die neue türkische Nahost-Politik eine Reihe von Fragen:

- Stellt die eindrucksvolle Rückkehr in die nahöstliche und zentralasiatische Arena eine Gesetzmäßigkeit der Geopolitik oder eine Belebung der imperialen osmanischen Träume dar?
- Kehrt die Türkei zu ihren islamischen Wurzeln zurück?
- Was steht innenpolitisch hinter dem türkischen Engagement in der arabischen Welt?
- Welche Folgen hat die neue türkische Politik für das politische Kräfteverhältnis in der Region?

Aufschlussreich für die Beantwortung dieser Fragen ist eine Rede, die Erdogan Anfang Januar 2011 in Kuwait gehalten hat, in der er für eine neue Allianz bzw. Union zwischen Türken und Arabern zur Lösung der Probleme von Gaza bis Irak plädierte. Erdogan sagte: „Heute gilt es, die alte ‚1000-jährige Brüderlichkeit‘ zu neuem Leben zu erwecken, eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Union zu werden. Wir sind Angehörige derselben Zivilisation. Wir haben eine gemeinsame Geschichte. Wenn

man zueinander hält und stärker zusammenarbeitet, dann ‚hat diese Region das Potenzial, die ganze Welt zu gestalten‘“, sagte Erdogan.³⁵⁾ Neben diesen Visionen erwähnte Erdogan auch die EU: „Einerseits werden wir weiterhin Verhandlungen mit der EU führen, andererseits werden wir den Regionen nicht den Rücken kehren, mit denen wir Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte teilen.“ (...) „Wir bestimmen unsere eigene Außenpolitik. Wir machen unsere eigene Agenda. Die Araber sind unsere Brüder und Schwestern.“³⁶⁾ Die Politikwissenschaftlerin Gülistan Gürbey (FU Berlin) vertrat bei einer Expertentagung die Meinung: „Die Gebiete, die früher unter osmanischer Herrschaft waren, werden als natürlicher Einflussbereich betrachtet.“ Einerseits brauche die wirtschaftlich boomende Türkei neue Märkte in Nahost und propagiere eine Strategie der „Null Probleme mit den Nachbarn“, andererseits gebe es „massive Divergenzen um die Führungsrolle in der Region.“³⁷⁾ Den türkischen Gestaltungswillen im Nahen Osten untermauerte Außenminister Ahmet Davutoğlu in einem Interview mit der „New York Times“. Die Türkei werde in der Region eine „Achse der Demokratie“ mit Ägypten bilden. Die Türkei befinde sich „genau im Zentrum von allem“, sagte er.³⁸⁾

Allerdings dürfte eine Achse Ankara-Kairo die Rivalität zwischen der Türkei und Iran wegen des Syrien-Konfliktes nicht unberührt lassen. Denn Mursis Friedensplan zur Lösung des Syrien-Konfliktes ist um die vier Schwergewichte des Nahen Ostens - Türkei, Iran, Saudi-Arabien und Ägypten - aufgebaut. Mursis unorthodoxe Kontaktgruppe regionaler Schwergewichte soll v.a. den Iran mit ins diplomatische Boot holen, den engsten Verbündeten Syriens in der Region. „Wenn die Kontaktgruppe funktioniert, wäre der Iran Teil der Lösung und nicht mehr Teil des Konfliktes“, erklärte Mursis Sprecher Yassir Ali.³⁹⁾ Aufgrund der ägyptischen Initiativen und sicherlich auch weil die Türkei in den Syrienkonflikt involviert ist, hat die syrische Opposition ihr Zentrum von Istanbul nach Kairo verlegt.

Hält das Kooperationsdreieck USA - Türkei - Israel?

Wie auf globaler Ebene fördern die USA auch auf regionaler Ebene Allianzen. Als Fallbeispiel kann die im Jahre 1996 geschlossene Allianz zwischen der Türkei und Israel bewertet werden.⁴⁰⁾ Die beiden Regionalmächte Türkei und Israel selbst ergänzten sich durch „Raum“ und „Technologie“ und bildeten zusammen mit der Weltmacht USA ein „Kooperationsdreieck“.

Die einst stabile Phase der „Dreiecksbeziehung“ hat sich zunehmend verändert, seit die Regierung Erdogan dem arabischen Raum eine höhere Priorität einräumt. In der aktuellen Politik spielen hierbei Erdogans Unterstützung der Palästinenser und seine Kritik an Israel eine besondere Rolle. 2010 kam es zum offenen Bruch, als israelische Soldaten ein türkisches Schiff enterten, das die Gaza-Blockade durchbrechen wollte. In der Folge hat ein türkisches Gericht Anklage gegen die verantwortlichen israelischen Offiziere erhoben. Seither gelten die Beziehungen als zerrüttet. Damit haben sich die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel von einer strategischen Partnerschaft zu einer strategischen Gegnerschaft entwickelt.

Der ehemalige ägyptische Außenminister Amr Mussa sah die militärische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Israel bereits kurz nach den vertraglichen Abmachungen mit einer gewissen Skepsis. Er sagte: „Ankara behauptet, sie (die Allianz) sei nicht strategisch, Israel behauptet das Gegenteil: Wir wollen abwarten. Soviel steht allerdings fest: Solche Zusammenschlüsse widersprechen dem Friedensprozess im Nahen Osten. Und was noch wichtiger ist: Allianzen dieser Art führen normalerweise zur Bildung von Gegenallianzen.“

Eine neue Blockbildung wäre dann möglich.“⁴¹⁾ Wie die neue türkische Nahost-Politik zeigt, befindet sich die gesamte Region in einem „Gärungsprozess“. Nichts bleibt, wie es ist! Von Interesse für die internationale Sicherheitspolitik ist in diesem Zusammenhang die Frage: Wie verhalten sich die USA als Initiator des Kooperationsdreiecks aufgrund der veränderten Beziehungen ihrer Allianzpartner? Einen Hinweis zur Beantwortung dieser Frage gab der amerikanische Politologe George Friedman bei einer Veranstaltung in Istanbul. Sinngemäß sagte er, „mit schwindender amerikanischer Gestaltungsmacht in der Region habe die Türkei größere Möglichkeiten, als ‚Problemlöser‘ im Nahen Osten aufzutreten. Dabei könne sie (militärisch) ‚harte‘ mit wirtschaftlicher und politischer ‚weicher‘ Macht zu etwas vereinigen, was Friedman ‚deep power‘ nennt.“⁴²⁾

Doch Friedmans Einschätzung ungeachtet ist die Weltmacht USA an dem Großprojekt „friedenstabilisierende Lösung des Nahost-Konflikts“ weiterhin gefordert. Denn eine Schwächung oder ein Rückzug der USA aus der internationalen Allianzpolitik (man spricht bereits von einer „Obama-Doktrin“) könnte auch eine Weltordnung ohne US-Leadership bedeuten.

Kristallisationspunkt der Politik der „strategischen Tiefe“ ist Syrien

Die türkisch-syrischen Beziehungen haben eine wechselvolle Geschichte, die von Rivalität, Konflikten und Kooperation gekennzeichnet ist. Syrien ist der zentrale Staat im „Mittleren Osten“. Mit Syrien hat die Türkei die längste Landgrenze. Zu den wichtigsten Konfliktfeldern gehören:

- der seit 1938/39 schwelende Konflikt um die Provinz „Hatay“;
- der Ressourcenkonflikt um das „Euphrat-Wasser“ (Türkei Oberlieger - Syrien Unterlieger);
- der grenzüberschreitende Kurdenkonflikt.

Obwohl all diese Konfliktfelder auch während der Regierungszeit Erdogans nicht gelöst werden konnten, wurden sie noch Anfang 2011 der „Null-Probleme-Politik“ untergeordnet. Die „Null-Probleme-Phase“ war allerdings nur von kurzer Dauer. Unmittelbar nach Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges wechselte Ankara die Seite und unterstützte die syrische Opposition. Repräsentanten der syrischen Opposition konnten temporär ganz offiziell und mit Duldung der türkischen politischen Führung ihr Zentrum nach Istanbul verlegen.

Nach Meinung von Mesut Yilmaz, der mehrmals Ministerpräsident der Türkei war, hatte bisher einen derart weitgehenden Schritt noch keine türkische Regierung gewagt. Bewusst übernehme die Türkei die Gefahren, die mit einer solchen Politik einhergehen und die nicht zu unterschätzen seien. Doch genau dies sei die Haltung, die einem Staat mit internationaler Verantwortung abverlangt werde. Die Türkei sei dazu fähig und bereit, ihre neue Aufgabe als Regionalmacht zu erfüllen. Die EU müsse die geänderten internationalen Realitäten (noch) erkennen.⁴³⁾ Sollte Yilmaz mit seiner Kritik das mangelnde Verständnis der EU-Staaten für „Geopolitik“ gemeint haben, dann hat er recht. Denn die EU „hat seit Ausbruch des Bürgerkrieges auf eine Übergangsregierung aus möglichst allen Kräften des Landes gesetzt und den Aufständischen mehrfach deutlich gemacht, dass politische und

wirtschaftliche Hilfe von Europa nur zu erwarten sind, wenn das neue Syrien demokratisch ist und Minderheiten schützt.“⁴⁴⁾ Doch der Ruf der EU nach Freiheit und Menschenrechten im syrischen Bürgerkrieg ist nur eine Seite der Medaille. Andererseits geht es bei dem Konflikt in und um Syrien um ein nur schwer lösbares regionales und globales Interessengeflecht:

- den USA geht es v.a. um die Stabilisierung der Region;
- für Russland ist Syrien einer seiner letzten Verbündeten in der Region. Von besonderem Interesse ist die Marinebasis Tartus;
- der Iran sieht nicht nur seine „Vereinte Front“ mit Syrien, sondern auch seine „Verbindungszone“ zum Mittelmeer in Gefahr;
- Saudi-Arabien, der große Konkurrent des Iran in Nahost, versucht durch einen Regimewechsel in Damaskus den Iran zu schwächen;
- der irakische Ministerpräsident Maliki wirft der Türkei vor, durch Ölförderung türkischer Unternehmer mit der autonomen Region Irakisch-Kurdistan die „Einheit des Iraks zu untergraben“. Im Hintergrund steht die Kirkuk-Frage;
- der Syrienkonflikt wirkt sich u.a. auch auf die Kurdenfrage aus. Im Norden Syriens sind zum Teil mit Duldung der Assad-Regierung Regionen entstanden, die von Kurden kontrolliert werden. Die mögliche Autonomiebestrebung ruft wiederum die Türkei auf den Plan.

Die Türkei selbst, die gegenüber dem Nachbarland Syrien eine „Null-Probleme-Politik“ vertreten hat, ist wieder zum Frontstaat geworden. Mehr noch: Aufgrund der Auswirkungen syrischer Kampfhandlungen auf türkischem Gebiet hat die Türkei ca. eineinhalb Jahre nach Beginn des syrischen Bürgerkrieges das Nachbarland zum Feind erklärt. Am 4. Oktober 2012 erteilte das türkische Parlament der Regierung Erdogan das Mandat, das die Streitkräfte zu grenzüberschreitenden Operationen in Syrien ermächtigt.⁴⁵⁾ Die NATO erklärte sich gegenüber der Türkei im Rahmen von Defensivmaßnahmen solidarisch und warnte zugleich vor einer weiteren Ausweitung und Internationalisierung des Konflikts.

All dies (und mehr!) sind Positionen der Akteure im regionalen und weltpolitischen Kräftefeld. Denn bei dem Konflikt in und um Syrien geht es, anders als im Westen immer wieder verlautet, eben nicht nur um humanitäre Fragen, sondern auch um Geopolitik.

Fazit: Die türkische Regierung hat offenbar die Kompliziertheit der syrischen Krise und ihre regionalen und internationalen Komponenten unterschätzt.⁴⁶⁾ Statt sich auf eine Vermittlerrolle zu beschränken, wurde die Türkei aufgrund einer Reihe von Fehleinschätzungen und einseitigen Parteinahmen für die so genannte „Sunnitische Front“ gegen Assad immer mehr in den innersyrischen Konflikt gezogen bzw. Teil des Konflikts. Damit erlitt die immer wieder betonte „Regionalmachtrolle“ einen herben Rückschlag, und die Politik der „Null-Probleme“ verlor in der politischen Realität an Glaubwürdigkeit.

Resümee

Aufgrund der internationalen Strukturveränderungen und der neuen Raum-Mächte-Konstellation in Vorder-, Zentralasien und in Nordafrika hat sich die geopolitische, geostrategische, geokulturelle und geökonomische Interessenlage der Türkei grundlegend geändert. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die Türkei auf der Suche nach ihrer neuen Rolle in Eurasien. Wie diese Analyse zeigt, ist die von Ahmet Davutoğlu angeregte „Strategiedebatte“ eine Herausforderung an die türkische und internationale Sicherheitspolitik.

Das von Davutoğlu vorgelegte Konzept der „Strategischen Tiefe“ ist das eine, die praktische Umsetzung das andere. Das Reizvolle an der innersyrischen „Strategiedebatte“ ist, dass die gleiche Person an der theoretischen Ausarbeitung wie an der operativen Planung maßgeblich beteiligt war. Seine Leitlinie für die türkische Außen-

und Sicherheitspolitik lautet(e): „*Maximale Kooperation, verbunden mit friedlicher Nachbarschaftspolitik.*“ Ihr Credo: „*Keinerlei Konflikte mit unseren Nachbarn und in unserer Nachbarschaft.*“ Im Grunde ein „Soft-Power“-Konzept!

Gegen diesen Anspruch gab es seit Bekanntwerden drei kritische Einwände:

- Erstens werde die Türkei selbst ihrem Modell nicht gerecht, weil im eigenen Land die Menschenrechte verletzt würden.

- Zweitens sei die türkische Außenpolitik ehrgeiziger, als es ihren Mitteln entspricht.⁴⁷⁾

- Drittens bedingt die beanspruchte Rolle einer Regionalmacht inneren Frieden und Stabilität für äußere Handlungsfähigkeit. Darüber hinaus brachte der so genannte „Arabische Frühling“ Davutoğlus Strategie auf zentralen Feldern nahezu zum Scheitern. Aus diesem Grund wurde vom türkischen Außenministerium eine neue Strategie ausgearbeitet, deren Essenz Davutoğlu als „Maximierung des Einflusses der Türkei“⁴⁸⁾ bezeichnete. Mit dieser neuen Strategie der „flexiblen Reaktion“ fand die türkische Nachbarschaftspolitik zurück zur politischen Realität. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Bülent Güven: Die Türkei - eine Republik vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte. In: Wasser-Konfrontation oder Kooperation. Hrsg. Jörg Barandat, Baden-Baden 1997, S.157.
- 2) Vgl. Paul Kennedy: The Rise and Fall of the Great Powers. New York 1987. Deutsche Ausgabe, Frankfurt a. M. 1989.
- 3) Pierre Hassner: Das Zentrum als Peripherie. Zur geopolitischen Situation Zentraleuropas. In: Transit, 7/1994, S.18.
- 4) In: SZ, Nr. 214, 16.9.2011, S.8.
- 5) In: International Herald Tribune, 18.5.1995. Zitiert nach Udo Steinbach: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Bergisch Gladbach 1996, S.80.
- 6) Zitat nach Jane's Defence Weekly (JDW), 19.8.1998, S.24.
- 7) Zitiert nach Ramazan Gözen: Turgut Özal and Turkish Foreign Policy: Style and Vision. In: Foreign Policy. Hrsg. Turkish Foreign Policy Institute/Ankara. Nr. 3-4, 1996, S.69-102.
- 8) Vgl. Bahri Yilmaz: Regionalmacht Türkei. In: Internationale Politik, 5/1995, S.37-42.
- 9) Vgl. statt vieler Wolfgang Günter Lerch: Die Türkei als regionale „Großmacht“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B38-39, 17.9.1993, S.3-10.
- 10) Schriftliche Mitteilung an den Verfasser vom 17.7.2012.
- 11) <http://www.transatlanticacademy.org/publications/understanding-strategic-depth-joshua-walker>. Hierbei beruft sich Walker auf Alexander Murinson: The Strategic Depth Doctrine of Turkish Foreign Policy. In: Middle Eastern Studies, 42:6 (November 2006).
- 12) Vgl. Horst Bacia: Null Probleme. In: FAZ, Nr. 119, 25.5.2009, S.10.
- 13) Gülistan Gürbey: Wandel in der türkischen Außenpolitik unter der AKP-Regierung. In: Südosteuropa Mitteilungen, 2/2010, S.21/22.
- 14) Ebenda.
- 15) Asiye Öztürk: Die geostrategische Rolle der Türkei in Vorderasien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 4/2006, S.26.
- 16) Zitiert nach dem früheren türkischen Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz. In: vbw-Unternehmermagazin, Nr. 3/2012, S.13.
- 17) Jan Senkyr: Türkei sammelt Trümpfe im Energiepoker. Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, 31.8.2009.
- 18) Detaillierte Informationen zu den Pipeline-Projekten finden sich auf der Homepage des staats eigenen Unternehmens BOTAS, das auf türkischer Seite für die Realisierung der Projekte verantwortlich ist.
- 19) Vgl. Michael Thumann: Die neue Mitte. Die Türkei wird zum strategischen Knotenpunkt für Energielieferungen nach ganz Europa. In: Die Zeit, Nr. 38, 10.9.2009, S.29.
- 20) Vgl. Heinz Brill: Die Türkei auf dem Weg zu einer „Wassergroßmacht“. In: ÖMZ, 5/2006, S.547-554.
- 21) Vgl. Gerd Höhler: Türkei will Nordzypem zu Provinz machen. In: Kölner Stadt-Anzeiger, 6.3.2012, S.4.
- 22) So die Einschätzung von Michael Martens. In: FAZ, Nr. 223, 24.9.2011, S.12.

23) Vgl. Gerd Höhler: Türkischer Premier Erdogan geht auf den „Erbfeind“ zu. In: General-Anzeiger (Bonn), Nr. 259, 9.11.2009, S.8.

24) Vgl. Godehard Uhlemann: Kurden und Kosovo: Peinliche Ähnlichkeiten. In: Rheinische Post, 15.10.1998, S.5.

25) Zitiert nach Rainer Mennel: Der Balkan. Osnabrück 1999, S.196.

26) Vgl. Islam-Konferenz fordert Intervention in Bosnien. In: Welt am Sonntag, 15.11.1992, S.6.

27) Vgl. statt vieler Bassam Tibi. Die islamische Dimension des Balkan-Krieges. In: Europa-Archiv 22/1993, S.635-644.

28) Zitiert nach Michael Martens: Die Türkei und der Balkan. In: FAZ, Nr. 9, 11.1.2012, S.8.

29) Zitiert nach Michael Martens, ebd.

30) Vgl. Michael Martens, ebd.

31) Zitiert nach Enver Robelli: Vorwärts in die Vergangenheit. In: SZ, Nr. 252, 31.10.2012, S.9.

32) Zitiert nach Michael Martens: Nach einem Jahrhundert. In: FAZ, Nr. 103, 5.5.2010, S.8.

33) Mehmet Ata Bakis: Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein Beitrag zur türkischen Außenpolitik (1945-1991). Frankfurt a. M. 1993, S.164-167.

34) Abdel Mottaleb El Hussein: Aufbruch des starken Mannes am Bosphorus. In: Handelsblatt, Nr. 15, 22.1.2010, S.8/9.

35) Zitiert nach Boris Kalnoky: Mit Erdogan die Welt neu gestalten. In: Die Welt, 13.1.2011, S.6.

36) Ebenda.

37) Zitiert nach Stephan Baier. In: Die Tagespost Nr. 35, 22.3.2012, S.3.

38) Zitiert nach „Neue Achse mit Ägypten“. In: Die Presse, 20.9.2011, S.7.

39) Zitiert nach „Mursis Friedensplan“. In: Die Presse, 28.8.2012, S.6.

40) Vgl. Heinz Brill: Geopolitische Analysen. Bissendorf 2005, S.418.

41) Zitiert nach Evangelos Antonaros: „Ost-Jerusalem muss die Hauptstadt der Palästinenser sein“. In: Die Welt, 1.10.1999, S.9.

42) Zitiert nach Michael Martens: In: FAZ, Nr. 129, 8.6.2010, S.5.

43) Mesut Yilmaz. Die Türkei hat eine neue Rolle. In: Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Unternehmermagazin, 3/2012, S.13.

44) Zitiert nach „Friedensplan Syrien“. In: SZ, Nr. 299, 28.12.2012, S.8.

45) Vgl. Erdogan hat Mandat für Syrien-Invasion. In: Die Presse, 5.10.2012, S.1.

46) Abdel Husseini: Erdogan hat viel zu verlieren. In: Handelsblatt, Nr. 199, 15.10.2012, S.8/9.

47) Zitiert nach „Die Türkei, ein eigensinniger Mittler. In: LE MONDE. Atlas der Globalisierung. Copyright der deutschen Ausgabe. Berlin 2012, S.89.

48) Vgl. Welt am Sonntag, Nr. 41, 7.10.2012, S.8/9.



Dr. disc. pol. Heinz Brill

Geb. 1940; Wissenschaftlicher Direktor a.D. und Oberstleutnant d.R. (Luftwaffe), zuletzt stellvertr. Fachbereichsleiter für Sicherheitspolitik im Zentralen Forschungs- und Studienbereich des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr. Studium der Politikwissenschaft. Promotion an der Universität Göttingen. Forschungsschwerpunkt: Internationale Sicherheitspolitik/ Geopolitische Analysen der Gegenwart. Lehrtätigkeit an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und an den Universitäten Göttingen, Köln und Würzburg; seit 2005 Gastdozent an der Akademie Mitteleuropa.

Konfrontation, Kooperation oder Kompromiss?

Russland und die Raketenabwehr

Michael Paul

Mitten im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf äußerte Präsident Barack Obama gegenüber dem russischen Präsidenten Dimitri Medwedew, er werde nach der Wahl im November 2012 „mehr Flexibilität“ in der strittigen Frage der Raketenabwehr haben.¹⁾ Nach seiner erfolgreichen Wiederwahl eröffnen sich damit neue, aber auch bereits bekannte Optionen, um die Differenzen zu überwinden.²⁾ Falls keine Einigung erzielt werden kann, könnte sich die NATO in wenigen Jahren mit nuklearwaffenfähigen Kurzstreckenraketen in der russischen Exklave Kaliningrad konfrontiert sehen, und die bereits angespannten Beziehungen zu Russland dürften sich noch verschlechtern. Darüber hinausgehende Befürchtungen, es könne zu einem amerikanisch-russischen Rüstungswettlauf kommen, sind zwar weitgehend unbegründet,³⁾ nicht aber Sorgen über die möglichen Folgen des Misstrauens. Der beste Weg, um Missverständnisse zu überwinden, wäre eine Kooperation in der Raketenabwehr in Form eines intensiveren Informationsaustauschs und einer Kombination von Fähigkeiten. Eine andere Möglichkeit wäre ein Kompromiss, der ebenfalls die Chancen auf eine weitere Abrüstung strategischer und substrategischer Nuklearwaffen eröffnen würde. Welche Wahl der wiedergewählte amerikanische Präsident treffen wird, ist offen. Sicherlich wird aber die Entscheidung darüber auf höchster Ebene mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu treffen sein.

Russland und die Raketenabwehr nach dem NATO-Gipfeltreffen in Chicago

Auf dem NATO-Gipfeltreffen in Chicago wurde im Mai 2012 die strategische Partnerschaft zwischen der Allianz und der Russischen Föderation einmal mehr bekräftigt.⁴⁾ Die NATO betrachtet Russland nicht als Bedrohung, und manche sehen in den von Moskau angekündigten Maßnahmen gegen das Raketenabwehrsystem der Allianz schlichtweg eine ungerechtfertigte Verschwendung russischer Ressourcen.⁵⁾ Gleichwohl handelt es sich bei den russischen Warnungen nicht um bloße Rhetorik; so ist die Stationierung von Kurzstreckenraketen des Typs Iskander inzwischen Teil des russischen Programms zur Modernisierung seiner Streitkräfte. Auf den ersten Blick mag es für manche komfortabel erscheinen, auf dem Status quo zu beharren, statt die Beziehungen

zu vertiefen. Denn eine Zusammenarbeit in der Raketenabwehr würde Moskau eine echte Chance bieten, an NATO-Projekten zu partizipieren, wohingegen manche NATO-Partner einer weitergehenden Annäherung - geschweige denn Zusammenarbeit - skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Aber das Vorhaben der Allianz stellt eine einmalige Gelegenheit zur Kooperation dar, die zu einer längerfristigen Verbesserung des Verhältnisses genutzt werden sollte. Putins Dekret besagt schließlich auch, dass Moskau die Zusammenarbeit auf eine „wirklich“ strategische Ebene heben möchte.⁶⁾ Und welches Projekt wäre ambitionierter und dafür besser geeignet?

Die Weiterverbreitung ballistischer Raketen und der Phasenansatz der NATO

Die Weiterverbreitung ballistischer Raketen ist der entscheidende Grund für die Errichtung eines Raketenabwehrsystems (Ballistic Missile Defense, BMD). Eine Vielzahl von Staaten verfügt inzwischen über ballistische Raketen und Massenvernichtungswaffen oder beabsichtigt, sich diese anzueignen. Nordkorea, das im Dezember 2012 erfolgreich eine Langstreckenrakete startete, hat mehrfach Raketen-technologie exportiert.⁷⁾ Der Besitz dieser Waffensysteme hat, selbst wenn sie nur in geringer Zahl existieren, direkten Einfluss auf regionale Kräfteverhältnisse. Entsprechend stellte der russische General Wjatscheslaw Trubnikow fest, dass selbst wenn in Zukunft weder Iran noch Pakistan oder Nordkorea zu Feinden Russlands würden, das bereits existierende und eventuell atomraketenfähige Potenzial solcher Länder die regionalen Verhältnisse destabilisiere.⁸⁾ Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat ballistische Raketen mit Massenvernichtungswaffen gegen Europa, Russland oder die USA einsetzen würde, ist gering. Aber die wachsende Zahl von Staaten, die über ballistische Raketen verfügen, macht eine Sicherheitsvorsorge notwendig. Darüber hinaus könnte allein die Drohung mit ihrem Einsatz die Bereitschaft der USA oder ihrer Verbündeten schwächen, auf eine Aggression zu reagieren. Natürlich würde Washington selbst angesichts von Massenvernichtungswaffen handeln, wenn es vitale amerikanische Interessen bedroht sähe. Allerdings stellen Gefährdungen des internationalen Friedens nicht unbedingt direkte Risiken für vitale Interessen dar, sodass die Furcht vor dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen auf den Entscheidungsprozess der USA und der NATO einwirken - und die Handlungsfähigkeit des Bündnisses beeinträchtigen - könnte.⁹⁾ Deshalb ist die Raketenabwehr aus Sicht ihrer Befürworter ein geeignetes Instrument, um sich vor Erpressung und Drohungen durch Staaten zu schützen, die solche Fähigkeiten besitzen.

Der Plan zur stufenweisen Errichtung eines Raketenabwehrsystems für Europa (European Phased Adaptive Approach, EPAA), den

Präsident Barack Obama am 17. September 2009 bekanntgab, ist eine Antwort auf die sich abzeichnenden Risiken. Ein Jahr später, im November 2010, entschieden die Staats- und Regierungschefs auf dem NATO-Gipfeltreffen in Lissabon, eine Raketenabwehr aufzubauen, die die Bevölkerung, das Territorium und die Streitkräfte der NATO-Staaten gegen die Bedrohung durch die Raketenproliferation schützen soll, und verknüpfen dies mit einem Kooperationsangebot an Russland.

Geplant sind vier Stationierungsphasen: In der ersten Phase haben eine Radarstation in der Türkei und ein Raketenabwehrkreuzer mit SM-3-Block-Raketen (SM=Standard Missile) im Mittelmeer die Abdeckung von Teilen Europas übernommen. Auf dem NATO-Gipfeltreffen in Chicago wurde eine „Interimfähigkeit“ konstatiert, also die einstweilige Operabilität der Raketenabwehr. Am 21. Mai 2012 übernahm die NATO-Kommandobehörde zur Führung von Luftstreitkräften in Ramstein das Kommando und die Kontrolle. Die Interimfähigkeit ermöglicht es, eine begrenzte BMD-Planung vorzunehmen und Informationen mit nationalen Einrichtungen auszutauschen. Dazu wurde die Kontrolle über die amerikanische Radaranlage in der Türkei vom US-Präsidenten an die NATO übergeben, und amerikanische BMD-Schiffe können künftig, falls notwendig, der NATO unterstellt werden (so auch vier Schiffe auf der spanischen Marinebasis Rota ab 2014-15).¹⁰⁾

In der zweiten Phase (Zeitraumen bis 2015) soll eine weiterentwickelte Version der SM-3-Abfangrakete (Block IB) stationiert werden. Vorgesehen ist eine Bodenstation in Rumänien, die die Abdeckung gegen Kurzstreckenraketen (Reichweite 150-800 km) und Mittelstreckenraketen (800-2.400 km) vergrößern wird. Diese Anfangsbefähigung zur Raketenabwehr soll in den Folgejahren zur vollen Einsatzbereitschaft ausgebaut werden: In Phase 3 (Zeitraumen bis 2018) soll eine abermals weiterentwickelte Version der SM-3 (Block IIA) stationiert werden, um auch Mittelstreckenraketen größerer Reichweite (2.400 bis 5.500 km) erfassen zu können. Außerdem soll eine Bodenstation in Polen errichtet werden. In der vierten Phase (Zeitraumen bis 2020) soll eine komplett neue Abfangrakete (SM-3 Block IIB) stationiert werden, die gegen Mittelstreckenraketen größerer Reichweite und künftige potenzielle Bedrohungen der USA durch ballistische Raketen interkontinentaler Reichweite (Intercontinental Ballistic Missiles, ICBMs) einsetzbar ist.¹¹⁾

In jeder Phase sollen die jeweils erneuerten Abfangraketen in die ihrerseits modernisierte Radar- und übrige Sensortechnologie eingepasst werden, und zwar dergestalt, dass vorhandene Raketen- und Luftverteidigungsprogramme auf europäischer (und möglicherweise russischer) Seite miteinander verbunden werden.¹²⁾ Einmal angenommen, dass die Planungen für die Raketenabwehr realisierbar sind (und die Einschätzung der technischen Machbarkeit bleibt höchst kontrovers),¹³⁾ richten sich die russischen Befürchtungen weniger auf die ersten beiden Phasen, sondern auf die Zeit nach 2018 und insbesondere nach 2020, wenn plangemäß eine Abwehrfähigkeit gegen Bedrohungen durch zukünftige ICBMs etabliert werden soll. Denn auch in Zukunft werden landgestützte Interkontinentalraketen den Schwerpunkt der strategischen Nuklearwaffensysteme Russlands - und damit der Abschreckungsfähigkeit gegenüber den USA - bilden.

Die russische Position

Am ersten Tag seiner dritten Amtszeit als russischer Präsident unterzeichnete Wladimir Putin ein Präsidialdekret, in dem er die Position des Kreml zur Raketenabwehr festlegte: Die russische Regierung solle weiterhin auf eine feste Zusage der NATO hinwirken, dass die in Europa stationierten Abfangraketen nicht gegen die russischen nuklearen Fähigkeiten gerichtet seien.¹⁴⁾ Wenige Tage zuvor hatte Generalstabschef Nikolai E. Makarow anlässlich einer internationalen Konferenz in Moskau frühere Warnungen wiederholt, dass Russland als äußerste Reaktion auf das Raketenabwehrsystem erwäge, in seiner Exklave Kaliningrad Kurzstreckenraketen zu stationieren und einen präemptiven Schlag gegen das Abwehrsystem auszuführen, falls sich die Lage eines Tages zuspitzen sollte.¹⁵⁾ Im selben Monat Mai wurde der Test einer neuen Interkontinentalrakete zur Reaktion auf die Raketenabwehrpläne erklärt,¹⁶⁾ nachdem Putin zuvor angekündigt hatte, dass innerhalb der nächsten Dekade 400 neue strategische Nuklearwaffen (sowie zehn Brigaden mit Iskander-Kurzstreckenraketen) eingeführt werden sollen.¹⁷⁾ Im Oktober 2012 folgte die umfassendste Übung der russischen Triade land-, luft- und seegestützter strategischer Nuklearwaffen seit dem Ende der Sowjetunion.¹⁸⁾

Moskau ist besorgt, dass die Abfangraketen der nächsten Generation, die in Europa stationiert werden sollen, insgeheim gegen russische Interkontinentalraketen gerichtet sind - wenn nicht heute, so möglicherweise in Zukunft unter einer neuen Führung in den USA. Washington und Brüssel bleiben dagegen bei ihrer Aussage, dass die Raketenabwehr auf die Abschreckung eines möglichen Angriffs mit ballistischen Raketen aus anderen Regionen konzentriert ist. Natürlich gibt es einen Unterschied zwischen einer BMD-Architektur, die auf regionale Bedrohungen ausgerichtet ist, und einer Raketenabwehr, die zum Ziel hat, die russische Abschreckungsfähigkeit zu neutralisieren. Selbst die von US-Präsident Ronald Reagan am 23. März 1983 bekanntgegebene Strategische Verteidigungsinitiative (Strategic Defense Initiative, SDI) machte den Amerikanern wenig Hoffnung, dass die USA jemals wieder - wie vor dem Raketenzeitalter - die Fähigkeit erlangen würden, ihre Städte vor Überraschungsangriffen zu bewahren, und Moskau seine Fähigkeit verlieren würde, einen - wenn auch höchst unwahrscheinlichen - amerikanischen Erstschatz zu erwidern. Nichtsdestotrotz bleiben amerikanische Raketenabwehrpläne ein Menetekel für Russlands politische und militärische Elite. Präsident Putin sieht Amerika weiter von der Idee beherrscht, „absolute Unverwundbarkeit“ erlangen zu wollen.¹⁹⁾ Außerdem wird SDI mitverantwortlich für den Zusammenbruch der Sowjetunion gemacht - für Putin die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts.²⁰⁾ Die derzeit erfolversprechendste Technologie zum Abfangen durch Direkttrefferwirkung (hit-to-kill) ist ein Ergebnis der durch SDI intensivierten Forschung, die im Gegensatz zu den exotischen „Star Wars“-Varianten schon im Juni 1984 erfolgreich getestet wurde (Homing Overlay Experiment). In der Tat würden sich theoretisch eine regional und eine global ausgerichtete Abwehr überlappen: Ob das geplante Projekt nun gegen Russland intendiert ist oder nicht, in den Phasen 3 und 4 wird damit eine inhärente Fähigkeit gegen russische strategische Waffensysteme verknüpft sein.²¹⁾ Eben dies meinte der russische stellvertretende Generalstabschef Waleri W. Gerasimow, als er anlässlich der Moskauer Konferenz im Mai 2012 äußerte, dass die in Polen stationierten Abwehr raketen die strategischen Nuklearstreitkräfte Russlands bedrohten (was manche Experten als technisch unsinnig beurteilen),²²⁾ während sie seiner Meinung nach keinen Schutz für Westeuropa gegen eine Raketenbedrohung aus dem Süden sicherstellten.²³⁾ Aus dieser Perspektive erscheint man-

chen russischen Experten der Phasenansatz von Präsident Obama sogar weit gefährlicher als die früheren Planungen von Präsident George W. Bush.²⁴⁾

Die Kontroverse zwischen der NATO und Russland konzentriert sich also auf zukünftige Fähigkeiten, die naturgemäß nur schwer abzuschätzen sind. Aber einige Punkte auf der langen Liste russischer Kritikpunkte sind relativ einfach widerlegbar oder können auch völlig anders interpretiert werden. In technischer Hinsicht ist an erster Stelle hervorzuheben, dass es keinen undurchdringlichen „Schild“ gegen Raketen geben wird (und keine Wiedergeburt von SDI), sondern die geplante Raketenabwehr im Wesentlichen als Sicherheitsvorsorge dient. Sie soll im Falle eines Angriffs durch ballistische Raketen das Ausmaß des Schadens begrenzen und damit die Handlungsfähigkeit der Allianz gewährleisten.²⁵⁾ Außerdem ist das Projekt nicht gegen Russland gerichtet, das über weit mehr, schnellere und technisch fortschrittlichere ballistische Raketen verfügt als Länder wie Iran und Nordkorea, die im Mittelpunkt des Abwehrsystems stehen. Auch in Kombination mit 26 amerikanischen Abwehrraketen in Alaska und vier Abwehrraketen in Kalifornien - gemäß Pentagon das „Rückgrat einer kontinuierlichen operativen Fähigkeit zum Schutz der USA“²⁶⁾ - werden Washington und die NATO in absehbarer Zeit über keine ausreichende Zahl an Abwehrraketen verfügen, um die russische Abschreckungsfähigkeit substanziell zu gefährden und Moskau die Zweitschlagsfähigkeit zu nehmen. Wäre dies das Ziel, so müssten weit mehr Systeme - nach Auffassung mancher Experten „Hunderte“ von Interzeptoren²⁷⁾ - in den USA selbst oder entlang der amerikanischen Küstenlinie stationiert werden. Solche Duell-Szenarien entstammen dem Kalten Krieg, setzen einen umfangreichen, präemptiven Erstschlag der USA voraus und entsprechen einfach nicht mehr der heutigen Realität. (Und neben der fehlenden Absicht existieren auf amerikanischer Seite auch nicht mehr die entsprechenden Fähigkeiten.) Eine Variante dieses Themas bildet die Sorge russischer Militärs, dass im Norden Europas (in Polen oder auf Aegis-Schiffen in der Nordsee) stationierte Abwehrraketen russische Raketen mit Ziel Nordamerika abfangen könnten. Auch Flugbahnen, die russische Raketen über dem Schwarzmeer oder der norwegischen See nehmen könnten, lassen deren Abschuss theoretisch als möglich erscheinen. Wer aber daraus eine Bedrohung der russischen Abschreckungsfähigkeit ableitet, geht erneut von überhöhten Annahmen bezüglich der Zahl der Abwehrraketen und der Qualität des Gesamtsystems aus.²⁸⁾ So könnte den in Polen stationierten Interzeptoren kein Abschuss gelingen, selbst wenn die Abwehrrakete kurz nach der Startphase einer russischen ICBM abgefeuert werden würde und dazu die nötigen Sensordaten zur Verfügung stehen würden (was frühestens 2020 möglich wäre).²⁹⁾ Die Startgeschwindigkeit der neuen SM-3 (Block II) könnte dies ändern, selbst dann wäre es aber einfacher und erfolgversprechender, russische Raketen vor der US-Küste abzufangen.³⁰⁾

Auf militärstrategischer Ebene wird die Raketenabwehr in der Tat die bereits bestehende konventionelle und technologische Überlegenheit der USA noch verstärken. Aber eine amerikanisch-russische Kooperation würde Moskau befähigen, entstehende amerikanische Fähigkeiten zu antizipieren und entsprechend zu reagieren. Außerdem könnten strategische konventionelle Systeme der USA (Prompt

Global Strike) in weitergehende Vereinbarungen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle eingebunden werden. Auch in anderer Hinsicht können russische Befürchtungen aufgelöst werden, wenn sich der Kreml einer zeitgemäßen Sicht der Dinge anschließen würde. So wird aus russischer Sicht durch die Einbindung einer wachsenden Zahl von Verbündeten in das Abwehrsystem „die NATO zementiert“.³¹⁾ Die Stärkung des Bündnisses mag in der Tat aus amerikanischer und europäischer Perspektive ein erwünschtes Nebenprodukt sein. Da die Allianz aber nie nur eine militärische Organisation war, sondern vielmehr ein politisches Bündnis, kann dies der Sicherheit Russlands nur förderlich sein; dieses Argument entspricht allerdings nicht der in Moskau gepflegten Sicht der NATO, die - auch mangels ausgewogener Bedrohungseinschätzungen³²⁾ - weiter als nützliches Feindbild dient. Schließlich bleibt eine grundsätzlich gegenteilige Auffassung übrig, die so lange nicht aufzulösen ist, wie sich Präsident Putin nicht für eine Beteiligung an der Raketenabwehr entschließen kann: Was in Moskau als Bedrohung der strategischen Stabilität gilt, dient in Washington zu deren Stärkung. Die Raketenabwehr beseitigt aber nicht die nukleare Abschreckung (und auch nicht die russische Abschreckungsfähigkeit), sondern trägt zu deren fortdauernder Wirksamkeit bei, indem sie die Zweifel über die Erfolgsaussichten eines Angriffs mit Massenvernichtungswaffen erhöht und so die Rolle von Nuklearwaffen im Gesamtsystem der Abschreckung ergänzt.

Statt einen Rüstungswettlauf auszulösen, wäre die Raketenabwehr, wenn die NATO und Russland dabei kooperieren, dazu geeignet, die Systeme der Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung zu festigen. Das setzt aber voraus, dass die kommenden Jahre genutzt werden, um substanzielle Fortschritte in der Zusammenarbeit zu erzielen.

Chancen und Probleme einer Kooperation

Die Kooperation mit Moskau könnte die Effektivität und Effizienz der kombinierten Einrichtungen zur Raketenabwehr insgesamt erhöhen und zugleich Russlands Sicherheit verbessern. Als ersten Schritt vereinbarten die NATO und Russland daher im November 2010, eine gemeinsame Einschätzung der Bedrohung durch ballistische Raketen zu erarbeiten, und der NATO-Russland-Rat nahm die Zusammenarbeit in Fragen der Raketenabwehr wieder auf. Mittlerweile sind die Gespräche allerdings in eine Sackgasse geraten, weil Washington es ablehnt, Moskau rechtlich verbindliche Garantien zu geben, dass das Raketenabwehrsystem nicht gegen Russland eingesetzt werden kann. Auf dem NATO-Gipfeltreffen in Chicago gab die Allianz stattdessen die bislang bedeutendste politische Erklärung ab: Die Raketenabwehr der NATO sei nicht gegen Russland gerichtet und werde nicht Russlands strategische Abschreckungsfähigkeiten unterminieren.³³⁾ Traditionelles russisches Denken konzentriert sich indessen mehr auf Fähigkeiten als auf Absichten.³⁴⁾ Wie kommt man aus dieser Sackgasse heraus? Anstelle von Garantien, die kein US-Präsident im Senat durchsetzen könnte, sollten beide Seiten eine pragmatische Zusammenarbeit anstreben. Die militärischen Fähigkeiten sowohl der USA wie der NATO werden allein schon durch die enormen Kosten und den klaren Fokus auf regionale Bedrohungen limitiert. Eine Verteidigung des amerikanischen Festlands und des NATO-Territoriums gegen Hunderte hochentwickelter russischer strategischer Raketen und ihre multiplen nuklearen Gefechtsköpfe ist mit dem Umfang des geplanten Systems und der in „New START“ festgelegten Zahl von Trägersystemen nicht machbar. Das Ziel der Obama-Regierung ist zwar, das Raketenabwehrsystem mit einer flexiblen Aufwuchsfähigkeit auszustatten, um es weltweit (in Ergänzung zum stationären System in den USA) einsetzen zu können.³⁵⁾ Es ist diese Unsicherheit

über einen möglichen Aufwuchs, der russische Militärs besorgt.³⁶⁾ Doch abermals wäre diese Aufwuchsfähigkeit nicht gegen die russische Abschreckung gerichtet, und selbst russische Experten beurteilen diese auch hinsichtlich der geplanten Entwicklung der neuen SM-3-Varianten (Block II) skeptisch.³⁷⁾

Der Vorschlag von Präsident Medwedew vom November 2010 sah eine „sektorale“ Raketenabwehr vor. Dabei würden Teile des NATO-Territoriums in einer russischen „Verantwortungszone“ liegen.³⁸⁾ Die Idee gilt mittlerweile auch unter russischen Experten als unrealistisch, weil damit die Verantwortung für den Schutz von Teilen Europas (und der USA infolge einer möglichen Raketenbedrohung aus dem Iran)³⁹⁾ an Moskau delegiert werden würde. Die Raketenabwehr ist aber ein Mittel der kollektiven Verteidigung und basiert auf dem Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit des Bündnisses. Deshalb kann die Allianz die Sicherheit ihrer Mitglieder unmöglich in die Hände eines Nicht-Bündnispartners legen⁴⁰⁾ und es auch nicht zulassen, dass dieser im Rahmen eines gemeinsamen Systems der Zielerfassung im Entscheidungsprozess der NATO ein Vetorecht erhält. Damit ist relativ klar, wo die Probleme liegen und wie die Zusammenarbeit nicht gestaltet werden kann. Aber worin bestehen die Chancen?

Die Kooperation sollte mit kleinen Schritten beginnen und einem pragmatischen Ansatz folgen. Sie sollte von vertrauensbildenden Maßnahmen flankiert werden und eine klare Zielsetzung haben. Insofern wäre es einfacher, zunächst Informationen gemeinsam auszuwerten, als Hardware zu kombinieren. Das Zusammenführen nachrichtendienstlicher Einschätzungen der Raketenbedrohung auf der Ebene NATO-Russland und USA-Russland ist bereits ein Beispiel für eine solche Zusammenarbeit.⁴¹⁾ Darüber hinaus haben NATO und Russland gemeinsame Übungen auf taktischer Ebene wiederaufgenommen; die letzte fand in Ottobrunn im März 2012 statt (nach Meinung eines russischen Generals „das einzig positive Moment nach Lissabon“).⁴²⁾ Weitere Schritte könnten darin bestehen, Kooperationszentren zu schaffen, die der Sammlung und Verteilung von Informationen und Daten dienen würden, und die gemeinsamen Stabsübungen fortzusetzen, wie es die trilaterale Euro-Atlantische Sicherheitsinitiative vorgeschlagen hat.⁴³⁾

Von Seiten der USA und der NATO werden für ein Raketenabwehrsystem unter russischer Beteiligung zwei separate, aber verbundene Systeme favorisiert (NATO-Territorium einerseits, Russland andererseits). Beide würden unter den Einsatzregeln des Bündnisses bzw. nationalen Regeln geführt werden, aber Frühwarndaten austauschen. Idealerweise würden die Daten der verschiedenen Radaranlagen und Sensoren - sowohl solche über die Bedrohungslage als auch solche über Starts ballistischer Raketen durch andere Staaten wie Iran - in ein gemeinsames System integriert werden. Die Erklärung des Gipfeltreffens in Chicago enthält entsprechend den Vorschlag, ein „NATO-Russia Missile Data Fusion Centre“ und ein gemeinsames „Planning Operations Centre“ zu etablieren, um die Kooperation in der Raketenabwehr planerisch umzusetzen. Zudem soll ein „Transparenzregime“ entwickelt werden, unter dem es einen regulären Informationsaustausch über Abwehrfähigkeiten der NATO und Russlands gibt. Eine solche konkrete Zusammenarbeit sei, so heißt es in der Erklärung, das beste Mittel, um Russland jene Zusicherungen zu

geben, die es bezüglich der Pläne zur NATO-Raketenabwehr und den damit verbundenen Fähigkeiten zu erhalten suche.⁴⁴⁾ Transparenz sollte daher in einem Umfang zugelassen werden, der Moskau die Klarheit darüber verschafft, verlässlich einschätzen zu können, wie viele Systeme stationiert werden und über welche Fähigkeiten sie verfügen.

Langfristig könnte Moskau sogar seine Radareinrichtung in Sofrino (Don-2NP Radar) in ein gemeinsames Raketenabwehrsystem integrieren. Falls ein entsprechendes Übereinkommen zwischen der NATO und Russland erzielt würde, könnte das Radar als Teil eines künftigen Abwehrsystems dienen, das die Bedrohung durch Raketen mittlerer und langer Reichweite abdeckt.⁴⁵⁾ Darüber hinaus gibt es den Vorschlag eines amerikanischen Experten, ein gemeinsames Frühwarnradar in Zentralrussland zu errichten.⁴⁶⁾

Raketenabwehr und Abrüstung

Schon im November 2000 hat Armeegeneral Wladimir Jakowlew, seinerzeit Kommandeur der Strategischen Raketentruppen Russlands, die Einschätzung geäußert, dass das amerikanische Programm zur Entwicklung eines Raketenabwehrsystems voraussichtlich nicht aufzuhalten sein werde, und zwar aufgrund der bereits investierten finanziellen, wissenschaftlichen und technischen Ressourcen.⁴⁷⁾ Damals versuchte Präsident Putin noch den ABM-Vertrag am Leben zu erhalten, indem er dessen Fortbestehen an das Angebot einer Reduzierung strategischer Nuklearwaffen koppelte. Nun droht gelegentlich die russische Aufkündigung selbst des letzten verbliebenen strategischen Rüstungskontrollvertrages „New START“. Nur wenn für das Problem der Zusammenarbeit in der Raketenabwehr eine Lösung gefunden wird, ist es realistisch, dass es zu einer Abrüstung der immer noch höchst umfangreichen Nuklearwaffenarsenale kommt (Die USA und Russland verfügen über mehr als 90% der weltweit vorhandenen Kernwaffen.) Denn je stärker die Einschnitte, desto bedeutsamer wird die Raketenabwehr.

Eine Zusammenarbeit in der Raketenabwehr könnte so auch den Abzug amerikanischer und russischer substrategischer Nuklearwaffen aus Europa ermöglichen. Dies könnte mit einem neuen, innovativen Ansatz verbunden werden, indem alle strategischen und substrategischen Nuklearwaffen auf jeweils nicht mehr als 2.500 Gefechtsköpfe begrenzt werden, mit einer Untergrenze von jeweils nicht mehr als 1.000 stationierten strategischen Gefechtsköpfen.⁴⁸⁾ Eine solche Regelung würde jeder Seite erlauben, zwischen nicht-strategischen Nuklearwaffen und nicht-stationierten Gefechtsköpfen zu wählen. Moskau dürfte die erste und Washington die zweite Variante bevorzugen.

Darüber hinaus könnte Russland an seiner traditionellen Fokussierung auf landgestützte, zunehmend mobile Interkontinentalraketen (ICBMs) festhalten, während die USA auf ICBMs generell verzichten könnten. Auf diese Weise ließe sich eine bessere Balance zwischen Offensiv- und Defensivwaffen herstellen und neben strategischer Stabilität die Krisenstabilität erhöht werden. Der beste Weg, um die russische Abschreckungsfähigkeit zu erhalten, wären solche tiefgreifenden Reduzierungen auch und insbesondere im Bereich substrategischer Nuklearwaffen, die allerdings ein weiteres Mal langwierige Verhandlungen und unter Umständen die Einbindung weiterer Staaten - darunter China⁴⁹⁾ - erfordern würden.

Alternativ zu einem weiteren START-Vertrag könnten verschiedene Vorgehensweisen in den nächsten Monaten mit Moskau eruiert werden. Dabei handelt es sich um eine vorzeitige Implementierung der in New START vorgesehenen Reduzierungen, ein Transparenz- und Verifikationsregime für substrategische Nuklearwaffen sowie unilaterale Reduzierungen aller Nuklearwaffen, falls Russland zur Koordination reziproker Schritte bereit wäre.⁵⁰⁾ Anders als ein

völkerrechtlicher Vertrag könnte eine Vereinbarung über koordinierte Reduzierungen die Verhandlungen mit Moskau wie mit dem Kongress in Washington erleichtern, und der Ratifikationsprozess würde entfallen.

Deutsche Perspektiven

Eine unmittelbare territoriale Bedrohung Deutschlands mit konventionellen militärischen Mitteln ist derzeit nicht erkennbar, jedoch sind Konflikte am Rande und jenseits des NATO-Bündnisgebietes mit Auswirkungen auf die deutsche Sicherheit und Interessen wahrscheinlicher geworden. Aufgrund der technologischen Entwicklung ist absehbar, dass eines Tages weitreichende Trägermittel zur Verfügung stehen, die Mitteleuropa erreichen können. Seitdem Deutschland von Verbündeten und Freunden umgeben ist, ist „diese Bedrohung eine der letztverbliebenen für das deutsche Territorium“.⁵¹⁾

Worin besteht Berlins Ansatz in Sachen Raketenabwehr? Die Fähigkeiten zum Schutz Deutschlands und der Kräfte im Einsatz gegen das gesamte Bedrohungsspektrum aus der Luft schließen die Abwehr ballistischer Flugkörper künftig zwingend ein. Als NATO-Mitglied folgt Deutschland dem Allianzprinzip einer ausgewogenen Teilung der Risiken und Lasten und beherbergt das operative Kommando der NATO-Raketenabwehr in Ramstein. Denkbar ist darüber hinaus die Einrüstung von SM-3-Varianten auf Flugabwehrschiffen europäischer Marinen wie der deutschen Fregatten des Typs F 124, um einen Pool zur maritimen Raketenabwehr zu bilden.⁵²⁾ Als langjähriger, vertrauter Partner kann Berlin helfen, die in Moskau gehegten Befürchtungen über verdeckte Absichten zu zerstreuen, und vertrauensbildende Maßnahmen unterstützen. Probleme und Hindernisse auf dem Weg zu einer umfassenden Kooperation zwischen Russland und den USA bzw. Russland und der NATO sind in der Tat, wie der russische General (und ehemalige Direktor des Auslandsnachrichtendienstes) Wjatscheslaw Trubnikow bemerkte, größtenteils auf Reste des Misstrauens zurückzuführen, die die Zeit des Kalten Krieges überdauert haben.⁵³⁾ Aber Vertrauen und Kooperation bedürfen des Zusammenwirkens beider Seiten.

Aus transatlantischer Sicht ist die Raketenabwehr weit mehr eine Frage der politischen Architektur europäischer Sicherheit als eine militärische Lösung für eine sich abzeichnende Bedrohung. Russische Experten erkennen klar die entscheidende Rolle, die einer Zusammenarbeit in der Raketenabwehr für eine echte strategische Partnerschaft zukommt.⁵⁴⁾ In Brüssel und Moskau sollten daher jeweils NATO-Russland-Kooperationszentren⁵⁵⁾ aufgebaut werden (und in der Übergangsphase schon vorhandene Einrichtungen besser genutzt werden); sie sollten im Sinne einer engeren Zusammenarbeit ein Höchstmaß an Inklusivität und Interoperabilität ermöglichen.

Konfrontation oder Kooperation?

Die Vorteile einer nachhaltigen NATO-Russland-Kooperation sind offensichtlich. Aber es gibt weiterhin Fehlperzeptionen und Misstrauen zu überwinden. So stellt beispielsweise die Rhetorik der russischen Regierung, die Raketenabwehr als Gefahr für die strategische Stabilität abzustempeln, ein schlichtes Instrument dar, um das Projekt zu delegitimieren, das Feindbild NATO im eigenen Land zu erhalten und die

Unterstützung für das Vorhaben in den NATO-Ländern zu schwächen. Sollten wieder Traditionalisten im russischen Militär die Oberhand gewinnen, könnten sie verführt sein, erneut die Bedrohung aus dem Westen zu beschwören - aus alten Feindbildern heraus, aber auch aus veritablen eigenen Interessen.⁵⁶⁾ Darüber hinaus bemüht Moskau immer wieder das Argument, es gebe überhaupt keine Bedrohung durch ballistische Raketen. Jedoch scheint dies nur eine Blockadeposition zu sein, um den Aufbau der Raketenabwehr in Europa zu stören oder Zugeständnisse von amerikanischer Seite zu erlangen.⁵⁷⁾

Moskau verfügt seit Jahrzehnten über ein nationales Raketenabwehrsystem, das allerdings veraltet ist und modernisiert werden muss. Eine Kooperation bei der Raketenabwehr würde Moskau die Chance bieten, an NATO-Entscheidungen mitzuwirken und Kenntnis von neuen technologischen und operativen Entwicklungen zu erhalten.⁵⁸⁾ Dadurch könnte Moskau Fähigkeiten der USA und der NATO antizipieren und darauf gegebenenfalls reagieren. Die Zusammenarbeit in der Raketenabwehr liegt klar im beiderseitigen Interesse, wie NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen zusammengefasst hat: Politisch wäre dies eine unmissverständliche Demonstration, dass die Raketenabwehr nicht gegen Russland gerichtet ist. Und militärisch würde das System dadurch effektiver.⁵⁹⁾ Langfristig kann ein Raketenabwehrsystem nur die europäische Sicherheit stärken, wenn Russland mit an Bord ist. Aber es bedarf sehr viel mehr einer politischen Entscheidung als militärischer Erwägungen, ob eine Zusammenarbeit zustande kommt.

Kompromisslinien

Russland hat sich unter Präsident Putin darauf festgelegt, „feste“ Garantien⁶⁰⁾ zu verlangen, dass das amerikanische Raketenabwehrsystem nicht gegen die russischen Nuklearstreitkräfte gerichtet ist. Präsident Obama kann seinerseits keine „rechtlich verbindlichen“ Garantien geben, da die US-Regierung im Ratifikationsprozess des neuen START-Vertrages (New START) gegenüber dem Senat versprochen hat, keine Begrenzungen des amerikanischen Abwehrsystems zuzulassen - ein Versprechen, an das damalige Kritiker des Vertrages wie Senator Jon Kyl immer wieder erinnern.⁶¹⁾

Präsident Obama hat atmosphärisch und substanziell einen Neustart in den amerikanisch-russischen Beziehungen ermöglicht und so die Grundlagen für eine gleichrangige, konstruktive Zusammenarbeit geschaffen. Ob aber Präsident Putin bereit ist, über die Raketenabwehr eine dauerhafte Kooperation mit der NATO einzugehen, ist fraglich. „New START“ wäre zweifellos ohne den „Reset“ nicht möglich gewesen. Die Rückkehr zu Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe und die amerikanische Anerkennung nuklearstrategischer Parität lagen aber in hervorragender Weise im russischen Interesse.⁶²⁾ Ein amerikanischer Alleingang in der Raketenabwehr würde diesen gerade wieder zurückgewonnenen Status beschädigen und wäre daher für Putin kaum zu akzeptieren. Auf amerikanischer Seite wiederum sind innenpolitische Widerstände gegen einen Kompromiss zu überwinden: Zwar ist Russland nicht „Gegner Nummer 1“⁶³⁾ wie der republikanische Präsidentschaftskandidat Mitt Romney meinte, aber die Vorbehalte sind groß und das bilaterale Verhältnis derzeit mehr von Konkurrenz als von Kooperation geprägt.

Ein Verzicht auf die von Moskau am heftigsten kritisierte letzte Phase des Raketenabwehrsystems wäre ein entscheidendes Zugeständnis, das die Zusammenarbeit im strategischen Dreieck Brüssel, Moskau und Washington befördern könnte. In einem Ausschussbericht des US-Senats wurde die Sinnhaftigkeit der Finanzierung einer weiteren Variante der SM-Interzeptoren bereits kritisch hinterfragt.⁶⁴⁾ Nun verzögert sich die Ausschreibung der Neuentwicklung

des Blocks IIB, die für eine Abwehr ballistischer Raketen längerer und interkontinentaler Reichweite notwendig wäre.⁶⁵⁾ Außerdem kam eine Studie amerikanischer Experten zu dem Ergebnis, dass die bisherige Planung nicht nur unausgereift sei,⁶⁶⁾ sondern dass statt Phase 4 in Europa eine zusätzliche Basis im Nordosten der USA eingerichtet werden sollte, da die geplante Architektur bei einer Raketenbedrohung aus dem Mittleren Osten weder für den Schutz der USA noch Europas optimal wäre.⁶⁷⁾ Inzwischen wird von Experten in Washington explizit ein Verzicht auf Phase 4 gefordert.⁶⁸⁾ Aber selbst wenn auf die Implementierung nicht verzichtet werden sollte, so würde die zeitliche Verzögerung nun die Gelegenheit bieten, weitere Kompromisslinien zu finden. Schließlich erscheint auch die Entwicklung iranischer Raketen interkontinentaler Reichweite, wenn überhaupt, erst in einigen Jahren realistisch und würde ausländischer Unterstützung durch beispielsweise Nordkorea bedürfen, das am 12. Dezember 2012 erfolgreich eine Langstreckenrakete startete.⁶⁹⁾ Das Regime hat damit zum wiederholten Mal gegen eine Sicherheitsratsresolution verstoßen, denn Nordkorea ist durch Resolution 1874 (2009) des Sicherheitsrates jedweder Start ballistischer Raketen untersagt. Darüber hinaus drohte das Regime mit einem weiteren Nukleartest und verband dies mit einer expliziten Drohung an die USA.⁷⁰⁾ Die erfolgreiche Verbindung von Raketentechnologie und nuklearen Gefechtsköpfen wird jedoch in Expertenkreisen als höchst zweifelhaft („Bluff“) eingestuft, sodass auch Nordkorea keine unmittelbare Bedrohung darstellt.⁷¹⁾ Wachsen damit die Chancen für eine amerikanisch-russische Einigung?

In den nächsten Jahren könnte beispielsweise ein Kompromiss erzielt werden, der anstelle von Garantien ein Abkommen über die Zusammenarbeit beinhalten könnte, mit Regeln zur Kooperation wie zur Rüstungskontrolle. Die russischen Vorstellungen, welche Komponenten eines Abwehrsystems in welchem Umfang begrenzt werden sollten, sind weitreichend.⁷²⁾ Aber unter Umständen wäre es ausreichend, wenn Washington sich zur Begrenzung einer verifizierbaren Zahl von Interzeptoren bereit erklärt. Moskau könnte dann beurteilen, ob die Fähigkeiten des Raketenabwehrsystems mit dem erklärten Ziel übereinstimmen oder nicht. Die Zusammenarbeit könnte sich dann pragmatisch weiter entwickeln.

Die Raketenabwehr bietet eine Gelegenheit, die NATO-Russland-Beziehungen langfristig und nachhaltig zu verbessern; in der Tat könnten damit die Spielregeln der NATO-Russland-Beziehungen grundlegend erneuert werden. Ob das Potenzial für Kooperation genutzt wird, ist offen. Aus deutscher und europäischer Sicht wäre eine weitergehende Zusammenarbeit im Sinne einer vertieften Transparenz und Vertrauensbildung sinnvoll und erstrebenswert. Aus amerikanischer Perspektive könnte sie jedoch, sofern Moskau auf Maximalforderungen bestehen sollte, noch schwieriger werden - selbst wenn Präsident Obama nun eine gewisse Flexibilität in dieser Frage hat. Wie im Verhandlungsprozess des „New START“-Vertrages⁷³⁾ bedarf es erneut des persönlichen Engagements beider Präsidenten, wenn signifikante Fortschritte erzielt werden sollen. Diese werden durch den mittlerweile erklärten Verzicht auf die Umsetzung von Phase

4 der amerikanischen EPAA-Planung erleichtert. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) „Obama tells Russia’s Medvedev more flexibility after election“. In: Reuters, 26. März 2012.
- 2) Siehe als erste Einschätzung des Autors: Michael Paul: Raketenabwehr: Probleme und Chancen für die Nato-Russland-Beziehungen, Berlin: SWP, Juni 2012 (SWP-Aktuell 35/2012).
- 3) Selbst bei Verletzung des „New START“-Vertrages durch Moskau wäre die amerikanische Zweitschlagsfähigkeit nach Einschätzung des Pentagon gewährleistet. Siehe Hans Kristensen: DOD: Strategic Stability Not Threatened Even by Greater Russian Nuclear Forces. In: FAS Strategic Security Blog, <http://www.fas.org/blog/ssp/2012/10/strategicstability.php>.
- 4) „We want to see a true strategic partnership between NATO and Russia, and we will act accordingly with the expectation of reciprocity from Russia.“ Chicago Summit Declaration. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Chicago on 20 May 2012, Press Release (2012) 062, #36, http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_87593.htm?mode=pressrelease.
- 5) Jamie Shea: Keeping NATO relevant. In: Carnegie Policy Outlook, April 2012, S.10, http://carnegieendowment.org/files/keeping_nato_relevant.pdf.
- 6) Putin Signs Decree Seeking Closer U.S. Ties, ‚Firm Guarantees‘ On Missile Shield. In: Radio Free Europe/Radio Liberty, 7. Mai 2012, http://www.rferl.org/content/putin_decree_seeking_closer_us_ties_missile_defense/24573415.html.
- 7) Choe Sang-Hun/David E. Sanger: North Koreans Launch Rocket In Defiant Act. In: New York Times, 12. Dezember 2012, S.1.
- 8) Vyacheslav Trubnikov: EuroAMD: Cooperation or confrontation? In: Anti-Ballistic Missile Defense: Cooperation or Confrontation? Moscow 2012, S.144.
- 9) David C. Gompert/Klaus Arnholt: Ballistic Missile Defense. A German-American Analysis, Berlin/Leiden 2001, S.6.
- 10) SECDEF Announces Stationing of Aegis Ships at Rota, Spain. In: Navy News Service, 5. Oktober 2011, http://www.navy.mil/submit/display.asp?story_id=63109.
- 11) Bureau of Arms Control, Verification and Compliance: United States European Phased Adaptive Approach (EPAA) and NATO Missile Defense, 3. Mai 2011, <http://www.state.gov/t/avc/rls/162447.htm>; Daniel Goure: The Obama administration’s phased-adaptive architecture: technological, operational and political issues. In: Defense & Security Analysis, 28 (März 2012) 1, S.23 und 25.
- 12) Siehe Andrew Futter: The elephant in the room: US ballistic missile defence under Barack Obama. In: Defense & Security Analysis, 28 (March 2012) 1, S.9.
- 13) Siehe Kennette Benedict: Dream deterred. In: Bulletin of the Atomic Scientists, 9. Mai 2012, <http://www.thebulletin.org/print/web-edition/columnists/kennette-benedict/dream-deterred>; George N. Lewis/Theodore A. Postol: A Flawed and Dangerous U.S. Missile Defense Plan. In: Arms Control Today, Mai 2010, http://www.armscontrol.org/act/2010_05/Lewis-Postol.
- 14) Putin Calls For Firm NATO Pledge on European Missile Interceptors. In: Global Security Newswire (GSN), 8. Mai 2012, <http://www.nti.rsvp1.com/gsn/article/putin-calls-firm-us-pledge-european-missile-interceptors/?mgh=http%3A%2F%2Fwww.nti.org&mgf=1>.
- 15) „A decision to use destructive force preemptively will be taken if the situation worsens“[...].“ Nikolaus von Twickel: NATO Hopeful as Shield Strain Rises. In: Moscow Times, 4. Mai 2012.
- 16) Andrew Kramer: Russia Tests New Missile to Counter U.S. Shield. In: New York Times, 23. Mai 2012.
- 17) „Within the next decade, the armed forces will receive more than 400 modern ground- and sea-based intercontinental ballistic missiles, eight ballistic missile submarines, about 20 general purpose attack submarines, over 50 surface ships and some 100 military-purpose spacecraft“. Zitiert nach: Putin Pledges 400 ICBMs for Russia in Ten Years. In: RIA Novosti, 20. Februar 2012, <http://en.rian.ru/russia/20120220/171407962.html>.
- 18) Putin Flexes Muscle in Big Test of Nuclear Arsenal. In: Moscow Times, 21. Oktober 2012.
- 19) Angela Stent: US-Russia Relations in the Second Obama Administration. In: Survival, 54 (Dezember 2012-Januar 2013) 6, S.124.
- 20) „[...] SDI countermeasures taken became an excessively heavy burden for Soviet economy and to a great extent were conducive to the disintegration of the Soviet Union.“ Viktor Koltunov/Alexander Kubyshkin/Vladimir Stepanov: Anti-ballistic missile defense: History and modern times. In: Anti-Ballistic Missile Defense: Cooperation or Confrontation? Moscow 2012, S.78. Vgl. James Schlesinger: Rhetoric and Reality in Star Wars. In: Zbigniew Brzezinski (Hrsg.), Promise or Peril. The Strategic Defense Initiative, Washington, D.C. 1986, S.88.
- 21) Yousaf Butt/Theodore Postol: Upsetting the Reset: The Technical Basis of Russian Concern Over NATO Missile Defense. In: FAS Special Report, No.1 (September 2011), S.30. Vgl. Futter, a.a.O., S.12.
- 22) Dean A. Wilkening: Does Missile Defence in Europe Threaten Russia? In:

- Survival, 54 (Februar-März 2012) 1, S.41.
- 23) Presentation by General V.V. Gerasimov: Assessment of BMD Global capabilities. In: International Conference: Missile Defence Factor in Establishing New Security Environment, Moscow, 2-5 May 2012.
- 24) „While the latter supposed to have Europe accommodate AMD assets capable of hitting ICBM midcourse, the system being presently deployed will be capable to intercept ICBM at all flight segments including launching phase“. Leonid Reshetnikov/Grigory Tishchenko: Transformation of the US Military-Political leadership's views on anti-ballistic missile defense problem in Europe: From the 3rd ABM deployment area in Europe to the phased adaptive approach. In: Anti-Ballistic Missile Defense: Cooperation or Confrontation? Moscow 2012, S.93.
- 25) Siehe Gompert/Arnhold, a.a.O., S.6 und Oliver Thranert: Das Raketenabwehrprojekt der Nato. Europäische Interessen und die Umsetzung eines ambitionierten Vorhabens, Berlin 2011 (SWP-Studie 25/11).
- 26) Under Secretary of Defense (Acquisition, Technology & Logistics): Report to Congress on Assessment of the Ground-Based Midcourse Defense Element of the Ballistic Missile Defense System, Mai 2010, S.2. Siehe auch Internet-Dokument: <http://www.mda.mil/system/gmd.html>.
- 27) Siehe Wilkening, a.a.O., S.34.
- 28) „We would need 20 times more interceptors“, Deputy Secretary-General Alexander Vershbow told the Moscow Times in an interview. Nikolaus von Twickel: NATO Hopeful as Shield Strain Rises. In: Moscow Times, 4. Mai 2012, S.1.
- 29) „The NATO system cannot fire, that's today system and the system we might have 10 years from now, until the ICBM that it's targeting has finished its powered flight -- until the engine burns out. And only then it is going into ballistic trajectory,“ he [NATO Deputy Secretary General Alexander Vershbow] said. „By the time it happens, if we are talking about the Russian system, it will be too far to the north. NATO might fire, but it will be chasing the tail of that missile all the way until it crashes into the Arctic Sea.“ Putin Calls For Firm NATO Pledge on European Missile Interceptors. In: GSN, 8. Mai 2012, <http://www.nti.org/gsn/article/putin-calls-firm-us-pledge-european-missile-interceptors/>; Wilkening, a.a.O., S.40f.
- 30) SM-3-Raketen, die vor oder in den USA stationiert wären, könnten in Zukunft russische Raketen in ihrer Flug- und Endphase abfangen. Siehe Wilkening, a.a.O., S.49.
- 31) Reshetnikov/Tishchenko, a.a.O., S.94.
- 32) Siehe Mikhail Tsyarkin: Russia, America and missile defense. In: Defense & Security Analysis, 28 (March 2012) 1, S.57f.
- 33) Chicago Summit Declaration #62.
- 34) „We need legally binding arrangements, because good intentions come and go, while military capability is what stays“, Foreign Minister Sergey Lavrov said. Siehe David Brunnstrom and Arshad Mohammed: Russia says time short in NATO missile standoff. In: Reuters, 8. Dezember 2011, <http://in.reuters.com/article/2011/12/08/nato-russia-idINDEE7B70C820111208>.
- 35) Futter, a.a.O., S.13.
- 36) Ivanka Barzashka: Technical concerns: Why Russia worries about missile defense. In: Bulletin of the Atomic Scientists, 14. Mai 2012, <http://thebulletin.org/web-edition/features/technical-concerns-why-russia-worries-about-missile-defense>.
- 37) Persönliche Information des Autors.
- 38) Sergej Koschelew: Position der Russischen Föderation zur Raketenabwehr. Perspektiven der Zusammenarbeit Russlands und der NATO. In: Behörden Spiegel, Berlin und Bonn: Mai 2012 (Sonderdruck).
- 39) „Any missiles launched from Iran against most of the targets in the United States and Western Europe would inevitably fly over Russian territory. If Washington were to accept Russia's sectoral plan, it would essentially delegate to Moscow all responsibility for protecting the United States and Europe against missile threats.“ Ruslan Pukhov: Joint Missile Defense Is Limited to Data Sharing. In: Moscow Times, 3. Mai 2012, S.9.
- 40) Dies ist kein Grund, der „vorgeschoben“ wurde, sondern Kern der NATO. Siehe Koschelew, ebd.
- 41) Ivanka Barzashka/Timur Kadyshyev/Götz Neuneck/Ivan Oelrich: Bridging the Missile Defense Gap. In: New York Times, 17. Mai 2012.
- 42) Koschelew, ebd.
- 43) Siehe Euro-Atlantic Security Initiative: Missile Defense: Toward a New Paradigm, Moscow/Brussels/Washington DC, Februar 2012, S.11.
- 44) Chicago Summit Declaration, a.a.O., #62.
- 45) NATO Head Rebukes Russia For ‚Pre-Emptive‘ Military Strike Remark. In: GSN, 7. Mai 2012, <http://www.nti.rsvp1.com/gsn/article/nato-head-rebukes-russia-pre-emptive-military-strike-remark/?mgh=http%3A%2Fwww.nti.org&mgf=1>.
- 46) Dean Wilkening: Cooperating With Russia on Missile Defense: A New Proposal. In: Arms Control Today, März 2012, http://www.armscontrol.org/act/2012_03/Cooperating_With_Russia_on_Missile_Defense_A_New_Proposal.
- 47) Confusion over Russian Missile Chief Remarks. In: Disarmament Diplomacy, 52 (November 2000), <http://www.acronym.org.uk/dd/dd52/52conf.htm>.
- 48) Steven Pifer: The Next Round: The United States and Nuclear Arms Reductions after New START, Washington, D.C. 2010 (Arms Control Series, Paper 4); Michael Paul: Neustart 2.0 zur Abrüstung strategischer Nuklearwaffen? Verhandlungsanätze und -modelle, Berlin 2011 (SWP-Studie 14/11).
- 49) Siehe Michael Paul: China und die Raketenabwehr: Instrument zur Einhegung oder Einbindung? Berlin: SWP, Dezember 2012 (SWP-Aktuell 74/2012).
- 50) International Security Advisory Board: Report on Options for Implementing Additional Nuclear Force Reductions, Washington, DC: U.S. State Department, 27. November 2012.
- 51) Vortrag Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Rüdiger Wolf anlässlich der Internationalen Raketenabwehrkonferenz auf Einladung der Russischen Föderation am 3./4. Mai 2012 in Moskau, S.6.
- 52) Infrage kommen Fregatten der Marinen von Dänemark, Niederlande, Norwegen und Spanien.
- 53) Trubnikov, a.a.O., S.143.
- 54) Trubnikov, a.a.O., S.143.
- 55) Euro-Atlantic Security Initiative, a.a.O., S.4.
- 56) Siehe Margarete Klein: Wechsel im russischen Verteidigungsministerium. Risse in der politischen Führung, unklare Zukunft der Militärreform. In: SWP-Aktuell 71, November 2012, S.8.
- 57) Pukhov: Joint Missile Defense Is Limited to Data Sharing, ebd.
- 58) Simon Saradzhyan: A Historic Opportunity for Missile Defense. In: ISN Insights, 14. Juni 2011.
- 59) NATO, Russia start talks on missile defence: Rasmussen. In: Missile Defense, 20. Mai 2010, http://www.spacedaily.com/reports/NATO_Russia_start_talks_on_missile_defence_Rasmussen_999.html.
- 60) Executive Order on measures to implement foreign policy, 7. Mai 2012, <http://eng.kremlin.ru/acts/3764>.
- 61) Siehe Jon Kyl: Missile Defense is Self-Defense. In: Wall Street Journal, 14. Mai 2012.
- 62) Siehe Michael Paul: Atomare Abrüstung. Probleme, Prozesse, Perspektiven, Bonn 2012, S.121-172.
- 63) „This is without question our number one geopolitical foe“. Amy Willis: Mitt Romney: Russia is America's ‚number one geopolitical foe‘. In: The Telegraph, 27. März 2012, <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/us-election/9168533/Mitt-Romney-Russia-is-Americas-number-one-geopolitical-foe.html#>.
- 64) Senate Committee Backs Axing New Missile Interceptor. In: GSN, 26 September 2011, <http://www.nti.org/gsn/article/senate-committee-backs-axing-new-missile-interceptor/>.
- 65) Defense Department Delays Contract for ICBM Interceptor. In: GSN, 6. November 2012, <http://www.nti.org/gsn/article/pentagon-delaying-development-icbm-interceptor/>.
- 66) „[...] interceptors, architecture, and doctrine have shortcomings that limit their effectiveness against even modestly improved threats and threats from countries other than North Korea.“ National Research Council: Making Sense of Ballistic Missile Defense: An Assessment of Concepts and Systems for U.S. Boost-Phase Missile Defense in Comparison to Other Alternatives, Washington, D.C. 2012, S.S-9.
- 67) National Research Council, a.a.O., S.5-13. Vgl. Rachel Oswald: Benefits Seen In Canceling Planned U.S. ICBM Interceptors in Europe. In: GSN, 25. September 2012, <http://www.nti.org/gsn/article/benefits-tradeoffs-seen-canceling-planned-us-icbm-interceptors-europe/>.
- 68) Greg Thielmann: Iran's Missile Program and Its Implications for U.S. Missile Defense, Washington, DC: Arms Control Association, 30. Januar 2013 (Threat Assessment Brief).
- 69) Siehe Jeffrey Lewis: More Iranians in North Korea. In: Arms Control Wonk, 11. Dezember 2012, <http://lewis.armscontrolwonk.com/archive/5951/more-iranians-in-north-korea;iran:sanctions-halt-long-range-ballistic-missile-development>. In: Strategic Comments, 18 (Juli 2012) 22, <http://www.iiss.org/publications/strategic-comments/past-issues/volume-18-2012/july/iran-sanctions-halt-long-range-ballistic-missile-development/?locale=en>; „Iranian ICBM Unlikely Before 2016: CRS Analysis“. In: GSN, 10. Dezember 2012, <http://www.nti.org/gsn/article/iranian-icbm-unlikely-2016-congressional-analysis/>.
- 70) Justin McCurry/Tania Branigan, „North Korea plans nuclear test and says rocket programme is targeted at US“. In: The Guardian, 24. Januar 2013, <http://www.guardian.co.uk/world/2013/jan/24/north-korea-nuclear-rocket-us>.
- 71) Markus Schiller: Characterizing the North Korean Nuclear Missile Threat. Santa Monica, CA: RAND, 2012, S.73, www.rand.org/content/dam/rand/pubs/technical_reports/2012/RAND_TR1268.pdf.
- 72) „The latter [...] include interceptor speed; locations of fixed missile-defense systems and areas of operation of mobile missile-defense systems; number of interceptors deployed; coverage of missile defense systems; power and orientation of missile-defense radars.“ Nikolai Korchunov, „You Say Defense, We See Threat“.

In: New York Times, 6. Juni 2012, <http://www.nytimes.com/2012/06/07/opinion/you-say-defense-we-see-threat.html>; Wilkening, a.a.O., S.50.
73) Siehe Paul: Atomare Abrüstung, a.a.O., S.138 und S.168.



Dr. phil. Michael Paul

Geb. 1959; Senior Fellow in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin; seit 1995 Projektleiter des Deutsch-Russischen und des Deutsch-Ukrainischen Streitkräftedialogs, die jährlich auf Einladung des Generalinspektors der Bundeswehr stattfinden; zahlreiche Publikationen zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, zuletzt „Atomare Abrüstung. Probleme, Prozesse, Perspektiven“, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2012.